M 3477 F

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Neue soziale Bewegungen II: Südostasien

Nr. 142 Juni 1987 DM 5,00

Impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Jutta Aselmann, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Gerhard Braun, Konrad Fisch, Wolf-Matthias Gall, Iris Harnischmacher, Uwe Hartwig, Claudia Heid, Volker Heise, Daniela Heuberger, Peter Hübner, Uwe Jungfer, Christa Kernbichl, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Mechtild Maurer, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Mariele Pelster, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Alexander Spermann, Susanne Vollmer, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 326187

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 77053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 143:
14. Juli 1987

Anzeigenschluß für Nr. 143:
21. Juli 1987

Inhaltsverzeichnis

Der 18. PLO-Nationalrat von Algier .... Seite 3
Zu den Wahlen in Südafrika .... Seite 6
Frauenarbeit auf Mauritius .... Seite 8

Themenschwerpunkt: Neue soziale Bewegungen

NSB in Südostasien — ein Überblick .... Seite 11
Wie autonom sind die NSV in Indien .... Seite 14
Versuch einer ökologischen Entwicklung in Ladakh .... Seite 20
Nicht-Regierungsorganisationen in Thailand ... Seite 23
Spielräume von NRO's in Indonesien .... Seite 29
Frauenselbsthilfeorganisation auf den Philippinen .... Seite 34

Taiwan: Der Griff nach der Bombe .... Seite 38
Interview mit einem äthiopischen Flüchtling ..... Seite 40
Müllsammler von Mexiko-Stadt .... Seite 44
Rezensionen .... Seite 48
Kurz Belichtet .... Seite 56
Neuerscheinungen / Tagungshinweise / Zeitschriftenschau .... Seite 59

Frieden in Sicht?

Der 18. PLO Nationalrat von Algier



Von links nach rechts: Nayef Hawatmeh/DFLP, Mohamed C. Messadia von der algerischen FLN, George Habash/PFLP, Abu Ijad/Fatah und Yassir Arafat. *Foto: Georg Stein*

Fünf Tage und Nächte wurde kontrovers und leidenschaftlich debattiert. Dann war es soweit. In den frühen Morgenstunden des 26. April verkündeten die Führer der drei wichtigsten PLO-Fraktionen, Yassir Arafat (Al Fatah), George Habash (Volksfront/PFLP) und Nayef Hawatmeh (Demokratische Front/DFLP), die endgültige Wiederherstellung der nationalen palästinensischen Einheit. Die Erleichterung und Freude der in Algier versammelten Palästinenser war überschwenglich. Singend und tanzend feierten sie die Aussöhnung.

In der Überwindung der seit 1985 bestehenden PLO-Spaltung liegt zweifelsohne die herausragende Bedeutung der 18. Sitzung des Palästinensischen Nationalrats (PNR), dem Exilparlament und höchsten Entscheidungsgremium der PLO.

Ermöglicht wurde die innerpalästinensische Aussöhnung durch die gemeinsame Verteidigung der palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon. Assads Bemühungen, mit massiver Unterstützung der schiitischen Amal-Milizen die palästinensische Präsenz im Libanon durch militärische Interventionen zurückzudrängen bzw. die PLO zu unterwerfen und zu kontrollieren, führte unter den Palästinensern zu einer starken Solidarisierung. Der Lagerkrieg beschleunigte die allmähliche Distanzierung der in ehemals syrischer Allianz stehenden PFLP und DFLP von Syrien und wurde somit zur entscheidenden Grundlage der Wiedervereinigung.

Die Einberufung des Nationalrats war zudem Resultat intensiver sowjetischer, algerischer und libyscher Vermittlungsbemühungen sowie gegenseitiger Zugeständnisse der einzelnen PLO-Fraktionen im Rahmen einwöchiger Vorgespräche. So kündigten Arafat und das PLO-Exekutivkomitee bereits zwei Tage vor Sitzungsbeginn das „Amman-Abkommen“[1] vom Februar 1985. Die von Anfang an wenig erfolgsversprechende jordanisch-palästinensische Initiative war seit Husseins Bruch mit der PLO im Februar 1986 ohnehin hinfällig geworden. Hussein hatte diesen Bruch herbeigeführt, weil er die PLO als einzige legitime Vertreterin *aller* Palästinenser in Zweifel zog.

Zusätzlich akzeptierte Arafat schon in den Vorgesprächen die Forderung der PFLP und DFLP nach mehr Mitspracherecht im politischen Entscheidungsprozeß. Der Nationalrat beschloß die Einrichtung eines „Komitees der täglichen Führung“ (von einigen Delegierten in Algier auch ‚inneres Sekretariat' genannt). Es soll aus einem Drittel der Mitglieder des Exekutivkomitees bestehen und gemeinsam über politische Entscheidungen befinden. PFLP und DFLP bewerteten die Umstrukturierung des PLO-Führungsgremiums als die lange geforderte „Demokratisierung im Sinne einer kollektiven Führung.“ Habash und Hawatmeh honorierten Arafats doppeltes Zugeständnis ihrerseits mit dem Verzicht auf den ursprünglich geforderten Abbruch aller PLO-Bezieungen zu Ägypten. Im Rahmen dieses politischen Tauschgeschäftes erklärte Habash auch seine Bereitschaft zur Teilnahme an einer internationalen Friedenskonferenz. Die beiderseitige Kompromißbereitschaft, die nicht zuletzt im Hinblick auf eine weitere Unterstützung durch die Sowjetunion erfolgte, garantierte letztendlich die erfolgreiche Aussöhnung.

Deutlich manifestierte sich die nationale Einheit des 18. PNR in der Teilnahme der weitaus meisten PLO-Organisationen. Noch 1984 war der 17. Nationalrat in Amman wegen Arafats Wiederannäherung an

Ägypten und Jordanien mit Ausnahme der Al Fatah und der irakisch beeinflußten Arabischen Befreiungsfront (SLF) von allen Gruppierungen boykottiert worden. In Algier hingegen traten neben der PFLP und DFLP auch wieder die Palästina Befreiungsfront (PLF) und die Palästinensische Volkskampffront (PPSF) dem Nationalrat bei. Nicht vertreten waren lediglich die Sa'iqa, das PFLP-Generalkommando und die 1983 von der Al Fatah abgespaltenen Rebellen unter Führung von Abu Moussa; alle drei Organisationen stehen unter der totalen Vormundschaft Syriens. Neu aufgenommen in den Nationalrat wurde die 1982 gegründete Palästinensische Partei. Sie hatte ebenfalls den Nationalrat 1984 boykottiert.

Teilnehmer an den Vorgesprächen in Algier war zur Überraschung aller auch Atef Abu Bakr von Abu Nidal's Fatah-Revolutionsrat. Die Wiederaufnahme der Abu Nidal-Organisation in den Nationalrat, vor allem diskutiert wegen einer möglichen Neutralisation und Disziplinierung Abu Nidals angesichts der von der PLO anvisierten Friedenskonferenz, wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt.

Neben der Umstrukturierung des organisatorischen Entscheidungsprozesses kreisten die Diskussionen der 319 Nationalratsmitglieder vor allem um zwei Themenbereiche: die Bedingungen für die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz und die künftigen Beziehungen der PLO zu Ägypten.

Unter Bezugnehme auf die UN-Resolutionen 58/58c und 43/41 erklärten erstmals auf einer Nationalratstagung alle wichtigen PLO-Fraktionen ihre Unterstützung für eine internationale Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen. Darin besteht ein bedeutender Unterschied zum 16. Nationalrat 1983. Die Berufung auf „die UN-Resolutionen zur Palästinafrage" indiziert darüberhinaus das Akzeptieren der Resolution 242 im Verbund der Anerkennung aller UN-Resolutionen. Als Einzelresolution wurde die Entschließung 242 vom Nationalrat verständlicherweise erneut abgelehnt, da sie die Palästinenserfrage auf ein reines Flüchtlingsproblem reduziert und die Rechte der Palästinenser auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Gründung eines eigenen Staates mit keinem Wort erwähnt. Die Form der Konferenzbeteiligung der PLO wurde auf dem Nationalrat jedoch nicht abschließend geklärt. Unmißverständlich wurde lediglich die gleichberechtigte Teilnahme gefordert. Die Frage, inwieweit das die Einbeziehung eines PLO-Mitgliedes in eine arabische Delegation oder die Teilnahme von nicht offiziell der PLO angehörenden Palästinensern ermöglicht, wird wohl schon in allernächster Zukunft Gegenstand lebhafter Diskussionen sein.

An der Frage der Beziehungen zu Ägypten entzündeten sich auf dem Nationalrat die heftigsten Kontroversen. Nur wenige Stunden vor Konferenzende drohte die mühsam zusammengeschweißte Einheit an dieser Frage noch einmal zu zerbrechen. Gerettet wurde die Aussöhnung schließlich durch die Übernahme der Beschlüsse des 16. Nationalrats. Dementsprechend verbindet die PLO ihre künftige Wiederannäherung an Ägypten mit dessen Abrücken von den Camp David Beschlüssen. Das bedeutet zwar eine gewisse Einschränkung der PLO-Beziehungen zu Ägypten, für den Abbruch aller Kontakte zu Mubarak fand sich jedoch in Algier keine Mehrheit. Dessen ungeachtet ließ der ägyptische Staatspräsident postwendend alle sieben Büros der PLO in Ägypten schließen. Offensichtlich möchte er Arafat im Vorfeld möglicher Friedensverhandlungen zu noch mehr Kompromißbereitschaft zwingen. Ob diese Rechnung aufgehen wird, bleibt allerdings abzuwarten.

Ungeachtet der Spannungen mit Ägypten war der Nationalrat für die PLO ein großer Erfolg. Im Hinblick auf die internationale Friedenskonferenz hat sie durch ihre Einheit an politischem Gewicht gewonnen. Gleichzeitig bekräftigte sich ihre Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit. Der Nationalrat in Algier hat bewiesen, daß alle Versuche, die PLO zu unterwerfen, erfolglos geblieben sind. Assad ist mit seinen Ambitionen, die PLO zu entmachten, endgültig gescheitert. Die Auflösung der „Palästinensischen Nationalen Rettungsfront" duch Habash ist der unzweifelhafte Beleg dafür. Fehlgeschlagen ist aber auch der israelisch-jordanische Plan, die PLO in den besetzten Gebieten auszumanövrieren. Die Palästinenser in der Westbank und im Gaza-Streifen stehen nach wie vor geschlossen hinter der Palästinensischen Befreiungsorganisation. Allen Unkenrufen und Widersachern zum Trotz, die vielfach totgesagte PLO lebt.

Georg Stein

Anmerkung:

1. **Amman-Abkommen vom 11. Februar 1985**
   Annäherung Arafats an König Hussein von Jordanien durch Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung. Diese sah vor: die Gründung eines palästinensischen Staates auf der Westbank in Föderation mit dem haschemitischen Reich zur Beilegung der Nahostkrise unter Abzug aller israelischen Truppen aus den 1967 besetzten Gebieten einschließlich Ostjerusalems. Das Amman-Abkommen sah weiterhin die PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes vor und stellte die Lösung der Palästinafrage unter die Beschlüsse der Vereinten Nationen.

Tropenholz-Boykott!

Millionen Hektar Tropenwald werden jedes Jahr durch den Holzhandel zerstört. Während die üblen Folgen der Brandrodung, Rinderzucht und von Großprojekten schon (teilweise) ins Bewußtsein gedrungen sind, gilt Tropenholz immer noch als umweltfreundlich und unbedenklich. Mit dieser Illusion räumt ein Bericht der internationalen Umweltorganisation Friends of Earth (FOE) auf. Der Verbrauch von Tropenholz durch die Industrieländer ist die zweitwichtigste Ursache für die Waldkatastrophe in der Dritten Welt. Europas Anteil von 40 Prozent am gesamten Handel ist beträchtlich und nur wenig kleiner als der Japans (48%). Die Wälder von 4 der wichtigsten Lieferländer Europas, Malaysia, Philippinen, Gabun und Elfenbeinküste werden von der Weltbank als gefährdet angesehen.Es werden ständig neue Naturwälder abgeholzt, während nur ein Zehntel der Fläche wiederaufgeforstet wird. Die Preise für Tropenholz sind wegen der niedrigen Löhne und der Finanzierung der Infrastruktur durch die »Entwicklungshilfe« oft niedriger als für nordisches Holz.

Die Wälder sind ein unschätzbares genetisches Reservoir, Lebensgrundlagen für 200 Millionen ortsansässiger Menschen und unverzichtbarer Bestandteil des Wasserhaushalts. Allein Indien erleidet jedes Jahr mindestens eine Milliarde Dollar an Schäden durch Überflutungen, weil die Wälder im Gebirge zerstört sind. Die Austrocknung der Sahelzone erfolgte mit der Abholzung fast aller Wälder Westafrikas. Zwar nutzt die Holzindustrie oft nur ein bis zwei Bäume pro Hektar in Afrika, aber durch die schweren Maschinen richtet sie weitreichende Schäden an und mit den Holzstraßen öffnet sie geschlossene Waldgebiete für die Zerstörung durch Brandrodung.

Es gibt aber schon Gegenreaktionen: Die Bevölkerung der Westprovinz der Salomon Islands im Pazifik hat sich erfolgreich gegen die Abholzungen durch den Multi Unilever gewehrt. 1986 wurden die Unternehmungen von Unilever nach langen Protesten geschlossen.

Die Friends of the Earth haben in England bereits seit einem Jahr einen erfolgreichen Tropenholz-Boykott organisiert. Nun beginnt mit Aktionen von ROBIN WOOD und anderen Gruppen im Mai auch in der Bundesrepublik der Boykott. Dabei soll auch auf Städte, Gemeinden, Bundesbahn usw. Druck ausgeübt werden. Sie verwenden Tropenholz.

Weitere Infos für DM 2 in Marken von REGENWÄLDER ZEITUNG, Pöseldorfer Weg 17, Hamburg 13, Tel. 0 40 — 4 10 38 04

Interview mit dem Generalsekretär der DFLP (Demokratische Front für die Befreiung Palästinas), Nayef Hawatmeh, Algier, 24.April 1987

Die Wiederherstellung der nationalen Einheit ist das wichtigste Ergebnis der 18. PLO-Nationalratssitzung. Wo liegen nun die Präferenzen der PLO-Politik für die kommenden Monate?

Zunächst werden wir die gerade erreichte neue Einheit vertiefen müssen. Darüber hinaus sind die Wiederherstellung der arabischen Einheit auf der Grundlage der Beschlüsse von Rabat[1] und Fez[2] sowie die Verbesserung und Entwicklung der PLO-Beziehungen zu Syrien wichtige Voraussetzungen für die Beschleunigung des Friedensprozesses.Die PLO unterstützt die Einberufung einer Friedenskonferenz unter der Leitung der UNO und der Beteiligung der fünf ständigen Mitgliedsstaaten des Weltsicherheitsrates. Nur dies ist die geeignete politische Basis für die Lösung des Nahostproblems. Grundlage für die Friedenskonferenz können nicht nur die UN-Resolutionen 242 und 338[3] sein, sondern vielmehr die Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes aund das Recht der PLO, gleichberechtigt an dieser Konferenz teilzunehmen.

Eine Friedenslösung unter Ausschluß Syriens ist nicht vorstellbar. Was sind die Voraussetzungen für eine Wiederannäherung zwischen der PLO und Syrien?

Auf einer gesunden Basis werden wir die Beziehungen zu Syrien, so gut es geht, normalisieren. Schließlich verbindet uns mit Syrien der gemeinsame Kampf gegen die israelische Besatzung und die zonistische Expansion.Ausgehend von diesem gemeinsamen Kampf und auf der Grundlage der arabischen Gipfelbeschlüsse, insbesondere der Beschlüsse von Fez, die sowohl die palästinensischen als auch die syrischen Rechte garantieren, werden wir die gegenseitigen Beziehungen verbessern. Es liegt an Syrien, darauf zu reagieren. Wir hoffen, daß die syrischen Brüder zu allem bereit sind, was der gemeinsamen Sache dient.

Die DFLP hat in der Vergangenheit häufig Arafats Führungsstil kritisiert und ihm eigenmächtiges Handeln vorgeworfen. Der Nationalrat beschloß nun die Errichtung eines sogenannten Inneren Sekretariats. Dieses soll ein Drittel der PLO-Exekutivkomiteemitglieder umfassen und für kurzfristig anstehende politische Entscheidungen zuständig sein. Entspricht diese Veränderung Ihren Forderungen nach kollektiver PLO-Führung?

Das vom Nationalrat jetzt verabschiedete politische Programm und die organisatorische Reform gewährleisten für die kollektive Arbeit sicherlich bessere Garantien als in der Vergangenheit. Wir sehen jedoch auch, daß es palästinensische Kräfte gibt, die versuchen werden, die Beschlüsse der nationalen Einheit zu unterlaufen. Das wird sicherlich die kollektive Arbeit gefährden. Wir werden aber alles tun, damit die Beschlüsse von allen respektiert und vom Exekutivkomitee, dem Zentralrat und dem neuen Inneren Sekretariat eingehalten werden.

Auf dem Nationalrat wurde viel über Politik, jedoch wenig über den bewaffneten Kampf diskutiert. Welchen Stellenwert hat der bewaffnete Kampf heute noch in der Strategie der PLO?

Seit vierzig Jahren übt der israelische Staat einen systematischen Terror gegen das palästinensische Volk aus. Israel hält das gesamte palästinensische Territorium besetzt und hindert uns an der Ausübung unseres Selbstbestimmungsrechts. Das zwingt uns zum militärischen Widerstand, um die Besatzungsmacht dazu zu bringen, unser Recht auf einen eigenen Staat anzuerkennen. In Algerien, Vietnam, Angola und vielen anderen Ländern ist das nicht anders gewesen. Die Kolonialisten haben immer mit Waffengewalt das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu verhindern versucht. Für die Palästinenser wird der bewaffnete Kampf solange die Hauptform des Kampfes bleiben, bis die israelische Besatzungsmacht unser Recht auf einen eigenen Staat, wie ihn jedes andere Volk auch hat, anerkennt.

Das Interview führte Georg Stein

1) **Rabat-Abkommen, 1974**
Auf dieser arabischen Gipfelkonferenz wurde u.a. der Beschluß gefaßt, die PLO als einzig legitime Vertreterin der Palästinenser anzuerkennen.
2) **Fez- Abkommen, 1982**
Der Gipfel in Fez wurde durch folgenden bahnbrechenden Beschluß gekenzeichnet, Frieden für alle am Nahost-Konflikt beteiligten Staaten zu garantieren, implizit der Anerkennung des Staates Israel unter bestimmten Forderungen.
3) **UN-Resolution Nr. 338 des Sicherheitsrates, 1973**
Diese Resolution forderte Feuereinstellung im Nahen Osten, was durch den Einsatz von UN-Friedenstruppen im Sinai gewährleistet werden sollte.

Das Lager steht zusammen



Der Ausgang der Wahlen zum Parlament der weißen Minderheit Südafrikas war wenig überraschend. Alle Wahlprognosen gingen davon aus, daß die seit 39 Jahren herrschende Nationale Partei (NP) die absolute Mehrheit der Parlamentssitze behalten werde. Obwohl die NP Stimmen einbüßte, konnte sie die Zahl ihrer Parlamentssitze weiter ausdehnen, weil sie als stärkste Partei durch den Wahlmodus der einfachen Mehrheit begünstigt wird.

Auch der Erfolg der Konservativen Partei (CP), die nun stärkste Oppositionspartei geworden ist, kam keineswegs überraschend. Es wäre noch zu einer größeren Zahl an Parlamentssitzen gekommen, hätten sich die beiden Parteien der extremen Rechten, CP und HNP (Hergestellte Nationale Partei) auf ein Wahlbündnis einigen können. Auch die Niederlage der bisher größten Oppositionspartei PFP, die als einzige Partei der Weißen für eine Beseitigung der Apartheid eintritt, ist nur in ihrem Ausmaß erstaunlich. Der Verlust von sieben Mandaten sowie der empfindliche Rückgang des Stimmenanteils der PFP signalisiert mit großer Deutlichkeit, wie gering die Basis unter den Weißen Südafrikas für eine grundlegende Veränderung der Apartheidgesellschaft ist. Annähernd 82 % der weißen Bevölkerung Südafrikas ist auch heute noch nicht bereit, ihre Privilegien und ihre Vorherrschaft aufzugeben. Es wäre allerdings etwas übertrieben, wenn man nun von einem scharfen Rechtsruck der weißen Wählerschaft sprechen würde. Tatsächlich dürfte sich an den Einstellungen der Weißen wenig geändert haben, d.h., daß trotz der Ereignisse der vergangenen Jahre kaum Bewußtseinsprozesse bei den Weißen ausgelöst wurden.

Das Wahlergebnis zeigt auch, daß der im Vorfeld der Wahlen vieldiskutierte Erosionsprozeß im Lager der Weißen, der sich vor allem in einer kritischeren Haltung der bisher regierungstreuen Intelligenz manifestierte, erst wenige Kreise ergriffen hat und sich politisch noch nicht merkbar auswirkt. Deutlich wird dies auch am Wahlereignis von drei unabhängigen Kandidaten, die aus der NP ausgetreten waren, weil ihnen der Modernisierungskurs der Regierung nicht schnell genug durchgesetzt wurde. Unter ihnen ist auch D. Worrall, der bis dahin Südafrikas Botschafter in England war und Anfang der 80er Jahre wesentlich an der Ausarbeitung der neuen Verfassung (Drei-Kammer-Parlament) beteiligt war. Trotz großer Unterstützung aus der Industrie konnten die drei Unabhängigen lediglich ein Mandat erringen.

Aufschlußreich ist auch, daß die ca. 700.000 Erstwähler unter den 3 Millionen wahlberechtigten Weißen (das sind ca. 10 % der Gesamtbevölkerung) keineswegs anders gestimmt haben können als die ältere Bevölkerung. Selbst unter der weißen Jugend Südafrikas zeichnet sich also kein Bewußtseinswandel ab.

Notwendig geworden wäre der Wahlgang erst 1989, doch Botha ließ schon jetzt wählen, weil sich die Situation für die Regierung günstig zu entwickeln schien. Der im Juni letzten Jahres verhängte landesweite Ausnahmezustand hat die Widerstandsbewegung gegen das Apartheidsystem empfindlich getroffen und sie vorerst in die Defensive gezwungen. Damit konnte sich Botha auch der Zustimmung jener Weißer wieder sicherer sein, die seiner Politik der Modernisierung der Apartheid eher reserviert bzw. ablehnend gegenüber standen und Gefahr liefen, zur äußersten Rechten abzuwandern. Hinzu kam schließlich auch, daß die südafrikanische Wirtschaft auch leichte Tendenzen der Erholung zeigte.

Im Wahlkampf selbst setzte Botha alles daran, seine Regierung weiter nach rechts zu profilieren: Die Pressezensur wurden weiter verschärft, angebliche ANC-Camps in Zambia angegriffen. Darüberhinaus ist es der NP einmal mehr gelungen, mit Hilfe der von ihr kontrollierten Presse, vor allem aber des Fernsehens, die tiefsitzenden Ängste der weißen Minderheit vor dem Kommunismus und dem ANC zu schüren und damit die Reihen der Weißen ideologisch zu schließen. Die Kampagne richtete sich auch direkt gegen die PFP, die sehr geschickt mit dem ANC in Zusammenhang gebracht und damit ins politische Abseits geschoben wurde.

Die Widerstandsbewegung gegen das Apartheidsystem konnte sich lange Zeit nicht zu einer klaren und eindeutigen Haltung zu den Wahlen durchringen. So gab es Stimmen aus der UDF, die die Wahlen als „Wahl-Zirkus“ und als völlig irrelevant qualifizierten. Die PFP behauptete hingegen, sie hätte aus

den Gefängnissen von UDF-Aktivisten die Aufforderung erhalten, ihre Arbeit im Parlament fortzusetzen. Eine direkte Unterstützung erhielt die PFP jedoch nicht aus der außerparlamentarischen Opposition. Selbst gemäßigte weiße Widerstandsorganisationen, darunter auch Black Sash, beließen es bei der Veröffentlichung einer Art von „Wahlprüfsteinen". Lediglich einige kleinere, eindeutig links stehende Gruppen bezogen klare Position und forderten zum Boykott der Wahlen auf. Die außerparlamentarische Opposition stand hierbei in dem Dilemma, daß ein Aufruf zugunsten der PFP quasi einer Anerkennung einer rassistischen Institution gleichgekommen wäre, zugleich war jedoch nicht von der Hand zu weisen, daß die Arbeit der PFP im Parlament auch dem Widerstand nützlich war. So ist es gerade den Bemühungen vieler PFP-Abgeordneter zu verdanken, daß unter der strikten Pressezensur Informationen über das Verhalten der Polizei oder über verhaftete Aktivisten über das Parlament der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden. Der größte Dachverband unabhängiger schwarzer Gewerkschaften COSATU entschloß sich erst eine Woche vor den Wahlen zu einem zweitägigen Generalstreik aufzurufen, um so die ablehnende Haltung der schwarzen Mehrheit zu den Wahlen zum Ausdruck zu bringen. Diesem Aufruf, der von der UDF unterstützt wurde, folgten nach konservativen Schätzungen mehr als eine Million schwarze Arbeiter (vermutlich waren es jedoch mehr als 2,5 Mio. Menschen). Der Generalstreik wurde so zum größten Massenprotest dieser Art in der Geschichte des Widerstandes.

Von den Organisationen des Widerstandes wurde zu Recht die Meinung vertreten, daß die Wahlen irrelevant seien für den Widerstand. Denn ernsthaft war an eine Wahlniederlage der NP nicht zu denken, und die Hoffnung, daß das Apartheidsystem über den parlamentarischen Weg beseitigt werden könne, wird im Widerstand ohnehin von niemandem gehegt. Unwichtig waren die Wahlen aber auch deshalb, weil das Parlament der Weißen (sowenig wie die beiden anderen Kammern der Inder und der Farbigen) schon lange nicht mehr der Ort ist, wo die politisch relevanten Entscheidungen gefällt werden. Diese fallen im Staatssicherheitsrat sowie in einer von Militärs und Polizei beherrscheten Parallelstruktur, der „joint management commitees", die bis zur untersten Einheit der Exekutive hinabreicht und für alle Fragen der Sicherheit zuständig ist, d.h. im südafrikanischen Kontext für alles. Das parlamentarische System ist mithin schon längst zur Fassade eines Militär- und Polizeistaates geworden.
Die Wahlen haben in solch einem System daher letztlich nur noch die Funktion, diese Fassade nach außen hin aufrechtzuerhalten. Der herrschenden Partei dienen sie zur Auslese solcher Politiker, die in der weißen Öffentlichkeit ankommen und sich somit für höhere Partei- und Staatsämter prädestinieren.

Daß der Prozeß der Wahlen von den Parteien der Weißen noch ernst genommen wird, auch von der herrschenden NP, hängt vor allem damit zusammen, wie sich Macht und Herrschaft in Südafrika konstituieren. Am Wahlergebnis läßt sich für die MP ablesen, inwieweit sie sich der Zustimmung in der weißen Bevölkerung sicher sein kann. Diese wird zwar hauptsächlich bestimmt von den Militärs, kann aber nicht ohne die Zustimmung der weißen Bevölkerung vollzogen werden, will die Regierung ihr Gewaltmonopol nicht notfalls auch gegen die eigene Basis einsetzen. Daher ist es für die NP auch keineswegs gleichgültig, wie die PFP oder die ultrarechten Parteien bei den Wählern abschneiden, denn der Grad der Zustimmung, den diese Parteien erfahren, steckt das Terrain ab, in dem die NP, bzw. das Militär, ihre Politik gestalten kann. Der Erfolg der CP dürfte daher die Botha-Regierung künftig veranlassen, noch vorsichtiger mit ihren Scheinreformen zu agieren als in der Vergangenheit.

Wenn dies eine der Konsequenzen ist, die aus dem Wahlgang folgen werden, so stellt sich für die PFP zusätzlich die Frage, wie sie ihre parlamentarische Arbeit künftig einzuordnen gedenkt. In der Vergangeheit war dies klar. Die Mitarbeit in der außerparlamentarischen Opposition, so gering ihr Stellenwert für die PFP auch sein mochte, hatte vor allem einen Zweck: die Arbeit im Parlament zu unterstützen, weil die PFP der Illusion nachhing, sie könne die Apartheid mittels einer parlamentarischen Mehrheit verändern.
Heute wird sie überlegen müssen, ob die Akzente nicht umgekehrt zu setzen sind, sofern die PFP der Aufforderung Tutus, das Parlament ganz zu verlassen, nicht Folge leisten will.

Auch wenn sich für den Widerstand gegen die Apartheid kaum etwas geändert hat, dürfte zumindest den Weißen im Widerstand deutlich geworden sein, daß es noch großer Arbeit bedarf, um den Erosionsprozeß im Lager der Weißen soweit voranzutreiben, damit er auch politische Folgen zeigt.

Walter Hättig

Parteien und Wahlsystem

Das Direktwahlsystem begünstigt die regierende NP

Die Parteien:

Nationale Partei (NP): Seit 1948 regierende Partei der Buren. Erfinderin der Apartheid. Die NP besteht aus vier autonomen, oft rivalisierenden NP-Parteien in den Provinzen Transvaal, Oranje-Freistaat, Kapland und Natal.

Progressiv-Föderale Partei (PFP): Liberale, größte Oppositionspartei. Vor allem von englischsprachigen Südafrikanern unterstützt, also in den Großstädzen stark. Vom Kapital getragen.

Konservative Partei (CP): 1982 als Abspaltung nach rechts aus der NP entstanden. Will keine Reformen der Apartheid. Bestreitet dieses Jahr zum ersten Mal eine allgemeine Wahl.

Neue Republik Partei (NRP): Rechtsliberale, englischsprachige Partei. Nur noch in der Provinz Natal von Bedeutung und am verschwinden. Arbeitet in dieser Wahl mit der PFP zusammen.

Neugegründete Nationale Partei (HNP): 1969 als Abspaltung aus der NP entstandene, ultrarechte Partei. Von der CP überholt.

Bisherige Sitzverteilung:

NP: 127; PFP: 26; CP: 17; NRP: 5; HNP: 1; Unab.: 2; TOTAL: 178

Wahlsystem:

Ins Südafrika wird nach dem Direktwahlsystem gewählt. Ein Kandidat kommt ins Parlament, wenn er die einfache Mehrheit der Stimmen in seinem Wahlkreis gewonnen hat. Prozentual entspricht die Sitzverteilung im Parlament also nicht der Verteilung der Stimmen für eine Partei. Bei den letzten allgemeinen Wahlen 1981 erhielt die NP 57 Prozent aller Stimmen, aber 79 Prozent der Parlamentssitze. Die HNP hingegen erhielt 14,1 Prozent der Stimmen, aber keinen Platz im Parlament.

Die Wahlkreise sind nicht alle gleich groß. Stadtbezirke können mit bis zu 15 Prozent mit Stimmen „überladen" werden, ländliche Bezirke mit bis zu 15 Prozent begünstigt werden. Bei einem Durchschnitt von etwa 20.000 Wählern pro Wahlkreis kann ein Stadtbezirk also etwa 23.000 Wähler haben, ein Landbezirk nur 17.000.

Landbezirke, die größer als 25.000 Quadratkilometer sind dürfen sogar nur 14.000 Wähler haben. Das System bevorzugt die NP, die in ländlichen Gegenden größere Unterstützung genießt.

aus: taz

Frauenarbeit auf Mauritius



„Zehn Mal so billig wie in Europa, sechs mal so billig wie in Hongkong" sind die Arbeitskräfte in Mauritius, das die Mauritius Export Development and Investment Authority — kurz MEDIA — interessierten Investoren als „einmaligen Platz für Exportindustrien" preist. Die außerordentlich niedrigen Löhne sind einer der „zwölf guten Gründe", die kapitalkräftige Unternehmer überzeugen sollen, ausgerechnet auf dieser kleinen Insel im Indischen Ozean ihr Geld anzulegen. Andere Anreize sind die freie Rückführung von Kapital, Gewinn und Dividenden, sowie die (für Unternehmer) sehr günstige Arbeitsgesetzgebung und die Anpassungsfähigkeit und Geschicklichkeit der mauritischen Arbeitskräfte, in ihrer überwiegenden Mehrheit junge Mädchen und Frauen.

Das Rückgrat der Wirtschaft bildet jedoch immer noch der Zuckerrohranbau, aber niedrige Weltmarktpreise — vor allem durch die Konkurrenz der subventionierten europäischen Produktion — zwingen zur Diversifizierung. Dazu kommt die prekäre Beschäftigungslage. Nachdem lange Zeit der Mangel an Arbeitskräften die wirtschaftliche Entwicklung behindert hatte, ist es nun der Mangel an Arbeitsplätzen, der das Hauptproblem darstellt. Trotz langsam aber sicher abnehmender Geburtenrate und anhaltender Emigration — die allerdings in dem Maß auf Widerstand stößt, in dem die Auswanderer dunkler werden — gibt es längst nicht Arbeit für alle. Staatlich geförderte Industrieansiedlung sollte Abhilfe schaffen. Folgten die Investoren in den siebziger Jahren noch zaghaft der Einladung, sich hier niederzulassen, so hat seit Beginn der achtziger Jahre die „aggressive Investitionsförderungspolitik der Regierung weltweit Interesse" geweckt, wie sich der Vorsitzende der Mauritius Export Processing Zones Association (MEPZA), Professor Edouard Lim Fat, bei Vorlage des Jahresberichts 1985 befriedigt äußerte. Zu den zusätzlichen Vorteilen gehören weitere Steuervorteile sowie die Zusicherung, die Unternehmen keinesfalls zu verstaatlichen.

Die meisten in der freien Produktionszone angesiedelten Betriebe produzieren Textilien, aber auch so ausgefallene Produkte wie Schiffsmodelle und Karnevalsmasken, und natürlich Spiel- und Sportwaren, Modeschmuck, sowie optische und medizinische Geräte. Als zukunftsträchtig gelten die Bereiche Kommunikationstechnik, See- und Luftfracht, sowie weiterhin die Textilindustrie.

Im Hinblich auf die Anzahl der Beschäftigten scheint sich der Aufwand kaum gelohnt zu haben. Die Anzahl der Beschäftigten hat zwischen 1980 und 1985 nur unbedeutend zugenommen, nämlich von 197.561 auf 200.442, während sich die Anzahl der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum fast verdoppelte: von 35.447 auf 68.547.

Die Investoren kommen überwiegend aus Großbritannien, Frankreich, der Bundesrepublik, Holland, aber auch aus Indien, Hongkong und Taiwan. Vor allem den asiatischen Firmen wird nachgesagt, daß sie die recht unternehmerfreundlichen Arbeitsgesetze häufig umgehen. Die meisten der 4400 Beschwerden, die 1985 dem Arbeitsplatzministerium zugingen — und von denen 300 vor Gericht kamen — betrafen indische oder chinesische Unternehmen. Vor allem die sanitären Vorschriften werden in den seltensten Fällen beachtet, aber auch die Überstundenregelung und die Urlaubsansprüche. Es soll auch vorkommen, daß Firmen nach Ablauf der steuerfreien Jahre die Tore schlie-

ßen, um gleich darauf unter neuem Namen, mit derselben Belegschaft die gleichen Produkte herzustellen — allerdings werden die Beschäftigten dann als Anfänger bezahlt.

Und dabei sind die Gesetze unternehmerfreundlich genug. Es gilt die 45-Stundenwoche, fünf Tage zu neun Stunden (Pause nicht inbegriffen), oder fünfeinhalb Tage zu acht bzw. fünf Stunden. Nach einem Jahr Betriebszugehörigkeit gibt es zwölf bzw. 14 Tage Urlaub. Die Unternehmen können den Urlaubsantrag ablehnen; gesetzlich müssen sie dafür zwar den vollen Lohnausgleich zahlen, praktisch wird das aber oft „vergessen". Wenn dem Betrieb im Krankheitsfall nicht spätestens am dritten Tag ein ärztliches Attest vorgelegt wird, bekommt die Arbeiterin keinen Lohn und kann sogar entlassen werden. Das trifft vor allem diejenigen hart, die am anderen Ende der Insel wohnen und niemanden finden, der ihnen den Gang abnimmt. Mutterschaftsurlaub von zwei Monaten wird bis zum dritten Kind mit Lohnfortzahlung gewährt, nach dem dritten Kind gibt es nur noch Urlaub ohne Bezahlung. Für schwangere Frauen gibt es keinerlei Erleichterung: In den Spinnereien müssen sie acht bis neun Stunden stehend bei ohrenbetäubendem Lärm bis zum 8. und sogar 9. Monat arbeiten, oft im Schichtdienst.

Die meisten der Arbeiterinnen sind 24-25 Jahre alt und unverheiratet. Sie werden nur bis zum 37. Lebenjahr angestellt, viele Frauen arbeiten nach ihrer Verheiratung als Heimarbeiterinnen weiter, wodurch sich ihre Lage meist noch verschlechtert. Viele sind ledige Mütter, verlassene oder geschiedene Frauen, die mit ihrem Lohn sich, ihre Kinder, die Eltern und manchmal auch einen arbeitslosen Ehemann ernähren müssen.

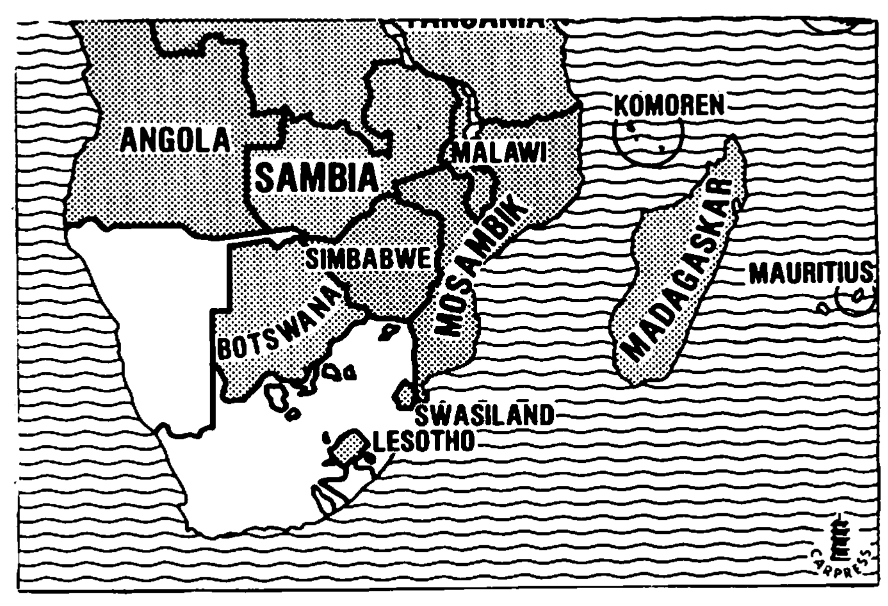
Trotzdem wird immer wieder behauptet, daß die Frauen „zum Spaß und Zeitvertreib arbeiten gehen", daß sie sich damit „ein kleines Taschengeld verdienen möchten". Tatsächlich erscheint der gesetzlich festgelegte Mindestlohn als kleines Zubrot: Anfangs erhalten die Fabrikarbeiterinnen einen Wochenlohn von 119,96 Rupien, das sind ca. 20 DM, später wird der Lohn auf 128,04 Rupien angehoben. Der Lohn liegt also fast immer unter 100 DM pro Monat. An der Spitze der Lohnskala steht der „Chief Clerk" oder höhere Angestellte, der anfangs 1.487 Rupien (ca. 250 DM) und später 2.022 Rupien (340 DM) verdient.

Eine 1985 durchgeführte und bis heute unter Verschluß gehaltene Untersuchung brachte zutage, daß die wenigsten Arbeiterinnen ihre schmalen Rechte kennen. Falls sie sich ungerecht behandelt fühlen, trauen sie sich nicht, ihre Klagen vor die Gewerkschaft oder die Arbeitsinspektion zu bringen, aus Angst, entlassen zu werden. Da die Gewerkschaften die Genehmigung der Betriebsleitung einholen müssen, ehe sie aktiv werden können, sind sie meist recht zurückhaltend, wenn es um

Mauritius — zwischen Afrika und Australien im Indischen Ozean gelegen, gehört trotz seiner überwiegend aus Indien stammenden Bevölkerung historisch und politisch zu Afrika. Die 1.840 km² große Vulkaninsel war lange unbesiedelt. 1500 von dem Portugiesen Diego Dias entdeckt, geriet sie 1710 kurz unter holländische Herrschaft und später unter Frankreichs Kontrolle. Für den Zuckerrohranbau wurden Sklaven aus Madagaskar und Afrika importiert. 1810 wurde die Insel, die bis dato Ile de France hieß, als Mauritius dem britischen Kolonialreich einverleibt. Gegen den heftigen Widerstand der überwiegend französischstämmigen Plantagenbesitzer wurde die Sklaverei 1813 theoretisch aber erst 1835 tatsächlich abgeschafft und durch den sogenannten „Kuli-Handel" ersetzt, durch den zigtausende Arbeitskräfte aus Indien importiert wurden. Ab 1860 stellten die Inder die Bevölkerungsmehrheit. 1984 erreichte die Bevölkerungs die Millionengrenze, die Bevölkerungsdichte lag mit 500 Einwohnern/km² über derjenigen Taiwans. Am 12. März 1968 wurde das Land unter der Führung des Labour-Parteivorsitzenden Sir Seewoosager Ramgoolam unabhängig. Mit der Unabhängigkeit wurde Diego Garcia, Teil des Chagos Archipels, von Mauritius an Großbritannien abgetreten. Die Bevölkerung wurde nach Mauritius umgesiedelt, Diego Garcia zur englisch-amerikanischen Militärbasis ausgebaut. Die hauptsächlich aus französischstämmigen Kreolen zusammengesetzte sozialdemokratische partei (PSDM) hatte sich im Gegensatz zur Labour-Partei lange den Unabhängigkeitsbestrebungen widersetzt, aus Angst um ihre Privilegien und vor der indischen Mehrheit. Seit der Unabhängigkeit wird Mauritius von einer Art allumfassender Koalition ragiert, deren Kräfteverhältnisse sich durch Abspaltungen, Neugründungen und Zusammenschlüssen laufend verschieben, und die es trotz wirtschaftlicher Krisen, Korruptionsaffären und heftiger Angriffe der linken Mouvement Militant Mauricien unter Paul Béranger bisher geschafft hat, an der Macht zu bleiben. Seit 1983 regiert eine Allianz aus Movement Socialiste Mauricien (Premier Jugnauth), Parti Socialiste Mauricien (mit dem unverwüstlichen Harish Boodhoo) einer Abspaltung der MMM, Labour und PSDM (Parteichef Gaetan Duval als Vice-Premier und Justizminister). Ihm und seinem Bruder Hervé ist es vor allem zu verdanken, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südafrika intensiviert wurde.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Mauritius ist für Südafrika besonders interessant, da südafrikanische Waren durch den Umweg über Mauritius den Stempel „Made in Mauritius" erhalten und so problemlos auch nach Schwarzafrika importiert werden können.

Die akutesten wirtschaflichen Schwierigkeiten konnten zwar unter Kontrolle gebracht werden (Arbeitslosigkeit und Inflation gingen zurück, die wichtigsten Gläubigerländer beschlossen im März 1987 in Paris, großzügige Kredite zur Modernisierung der Zukkerrohrproduktion und -verarbeitung zu gewähren), jedoch hat eine seit Anfang 1985 andauernde Drogenschmuggelaffäre, in die zahlreiche hochstehende Politiker der Regierungsmehrheit verwickelt waren, und in deren Verlauf insgesamt sieben Minister ihr Amt verloren und mehrere Abgeordnete festgenommen wurden, die Regierung bewogen, vorgezogene Parlamentswahlen abzuhalten. Bei den Wahlen am 15. Juli sieht sich die Regierungsmehrheit einem durch anhaltende Kommunalwahlengewinne erstarkten MMM gegenüber, von dem zahlreiche Beobachter annehmen, daß es seine beeindruckenden Ergebnisse von den letzten Parlamentswahlen — es wurde damals stärkste Einzelpartei — zumindest wiederholen wird. Interessant wird auch das Abschneiden der extremen Linken — „la lit" (der Kampf) — zu beobachten sein, die durch intensive Basisarbeit, Alphabetisierung in Landessprache (kreolisch) und Frauenemanzipation in den vergangenen Jahren zahlreiche Anhänger gewonnen hat.



das Einklagen berechtigter Forderungen ihrer Basis geht. Als es am 17. Mai 85 zu einem illegalen Generalstreik kam, wurde den beteiligten Gewerkschaften die Zulassung an allen betroffenen Unternehmen aberkannt. Kein Wunder, daß sich Professor Edourd Yim Fat über die „verantwortungsbewußten Arbeitsbeziehungen" freut, während sich Jocelyne Minerve, Abgeordnete der oppositionellen sozialistischen MMM (Movement Militant Mauricien) fragt, wozu eigentlich die Frauen von ihrem mageren Lohn auch noch Gewerkschaftsbeiträge entrichten sollen.

Hingegen zeigt sich die katholische kirche als erstaunlich engagiert. Zum Tag der Arbeit 1986 haben die Organisationen der katholischen Arbeiterjugend und der „Action Catholique" eine Broschüre mit dem Titel „Nach dem Gesetz" herausgebracht, in der die Arbeiter(innen)schaft der „Zone Franche" über ihre Rechte aufgeklärt wird. Ende April hatte die Regierung einen französischen Arbeiterpriester ausgewiesen, der im Auftrag der Kirche und besonders des energischen Bischofs von Port Louis, Monseigneur Matgéot, Sozialarbeit in den Betrieben der freien Produktionszone betrieben hatte. Ihm



und der Kirche wurde vorgeworfen, den Arbeitsfrieden gestört zu haben. Der Bischof verteidigte daraufhin in einer vielbeachteten Predigt vehement das Recht der Kirche, sich für die Entrechteten und Benachteiligten einzusetzen.

Daß die Lage für die Beschäftigten der freien Produktionszone keineswegs befriedigend ist, mußte sogar die Ministerin für Arbeit und Industriebeziehungen, Madame Lappo, zugeben. In einem Interview mit der Zeitschrift „L'Express" am 30. Januar 86 beklagte sie eine „allgemeine Tendenz zahlreicher Arbeiter, die Gesetzgebung zu vernachlässigen", und sie versprach, geeignete Maßnahme zu ergreifen, um diese Haltung zu koordinieren.

Marie-Jeanee, eine junge Arbeiterin aus dem Arbeiterviertel Rochebois, lächelt nur müde, als sie gefragt wird, ob sie daran glaubt, daß sich die Lage ändern wird. Sie hat sich für einen anderen Weg entschieden, den bereits tausende junter Maurizierinnen vor ihr gegangen sind: sich nach Europa zu verheiraten, auf einen Bauernhof in der Bretagne oder Normandie. Der Verlobte von Marie-Jeanne den sie nur vom Foto kennt, lebt in der Nähe von Saarbrücken, er hat ein Haus und ein Auto — und eine gut bezahlte Arbeit. Wer weiß, träumt Marie-Jeanne, vielleicht gibt es in seiner Firma auch Arbeit für mich?

Eva Maria Bruchhaus

Neue Soziale Bewegung in Südostasien



Streikende Arbeiterinnen einer Textilfabrik in Manila

Der Prozeß weltmarktorientierter Teilindustrialisierung der „ökonomisch fortgeschrittenen" Länder der Dritten Welt, hat insbesondere auch in Südostasien in den letzten fünfzehn Jahren enorme Veränderungen in den gesellschaftlichen Strukturen und Konstellationen bewirkt. Politisch hat dies u. a. zu „neuen" Formen der Selbstorganisation entlang konkreter Problemstellungen und jenseits der „alten" Partei- und Verbandsformen geführt, oft in erstaunlicher Parallelität zur Entwicklung politischer Kampfformen in den Industrieländern.

Die entwicklungspolitische „Szene" hat hierfür rasch den Begriff „Non-Govermental-Organisation" (NGO, zu deutsch: Nicht-Regierungs-Organisation) aufgegriffen. Abweichend von der UNO-Definition, die darunter alle nicht formal von Regierungen dirigierten Verbände und Institutionen faßt, sind mit NGO dann fortschrittliche soziale Aktionsgruppen oder Basis-Initiativen gemeint, die in irgendeiner Form mit den sogenannten neuen sozialen Bewegungen verbunden sind.

In praktisch allen Ländern Südostasiens hat die Arbeit solcher Gruppen in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen.

NGO's in Südostasien

In **Thailand** haben das Erstarken des privatwirtschaftlichen Sektors und das vorläufige Scheitern der von der KP Thailands geführten revolutionären Massenbewegung seit Ende der siebziger Jahre zu einem besonders starken Anwachsen solcher Initiativen geführt. Das spezielle thailändische Counter-Insurgency-Programm, das einer politischen Amnestie- und Reintegrationsstrategie gegenüber der Guerilla einen gewissen Vorrang vor der militärischen Repression eingeräumt hat, stellt für diese Entwicklung ebenfalls einen wesentlichen Faktor dar. Seit 1980 sind etwa 150 NGO's entstanden, die sich auf soziale Arbeit in städtischen Armutsgebieten und in ländlichen Gemeinden, sowie auf Kampagnen gegen Menschenrechtsverletzungen konzentrieren. Ihr politischer Spielraum ist natürlich begrenzt und das Damoklesschwert verschärfter Repression hängt immer über ihnen.

In **Indonesien** hat die jahrzehntelange extreme Repression durch den Staat auch den Charakter der meisten NGO's stark geprägt. Hier gibt es eine unüberschaubar große Zahl von „Yayasan" (Stiftungen), die jedoch häufig inaktiv sind oder unter genauer staatlicher Kontrolle eine harmlose und begrenzte karikative Arbeit machen. Andere sind sehr konservative muslimische Organisationen, die vorwiegend als Koranschulen arbeiten. Die Zahl progressiver NGO's in unserem Sinne ist dagegen recht gering. Diese Gruppen sind — wenn sie legal bleiben wollen — zu großen Kompromissen mit den Behörden gezwungen und werden schnell von den allgegenwärtigen Sicherheitskräften verfolgt, falls sie die ihnen gesetzten Grenzen überschreiten.

in **Malaysia** und auf den **Philippinen** gibt es jeweils ein breites Spektrum sozialer und religiöser Organisationen, das dem Westeuropas am ehesten vergleichbar ist: britische und amerikanische Kolonialherrschaft haben den formalen Rahmen eines politischen Systems hinterlassen, das an die Muster westlicher parlamentarischer Verfassungen angelehnt ist. Der Einfluß solcher Verbände auf die konkre-



Wichtiger Arbeitsbereich in indonesischen NGOs: Rechtshilfe

te Politik ist aber eigentlich nur dann gegeben, wenn sie den Regierenden bzw. den Regierungsparteien nahestehen.

In **Malaysia** existiert die Besonderheit, daß die traditionellen Organisationen meist einer ethnischen Volksgruppe (Malayen, Chinesen, Inder) zuzuordnen sind. In den siebziger Jahren entstanden aber eine Reihe neuer NGO's, die Problembereiche wie Verbraucherschutz, Umweltschutz, sowie konkrete soziale und Menschenrechtsfragen aufgriffen. Sie füllten in gewissem Sinne ein Vakuum aus, das die Zerschlagung einer Reihe von radikalen und kritischen Organisationen am Anfang der siebziger Jahre durch die extensive Anwendeung der Gesetze zur inneren Sicherheit (ISA) durch die Regierung hinterlassen hatte. Natürlich sind aber auch sie von dieser „streng legalen" Repression — einem Charakteristikum des malaysischen Herrschaftssystems — bedroht.

Auf den **Philippinen** hat die scharfe Repression unter dem Kriegsrecht der Marcos-Diktatur zu einer politischen Radikalisierung der meisten NGO's geführt. Sie arbeiten zwar problemorientiert, unterstützen aber explizit den Kampf um eine umfassende soziale Veränderung und haben oft — unsichtbare — Verbindungen zum politischen Untergrund unter Führung der Kommunistischen Partei.

Mit dem Amtsantritt der Regierung Aquino ist der politische Freiraum — zumindest in den Städten — für ihre Arbeit zwar, recht groß geworden, dies hat aber am beschriebenen Grundmuster der sogenannten „paralegalen" Arbeit prinzipiell nichts geändert. Der Mord am KMU-Gewerkschaftsführer und Vorsitzenden der linken Bayan-Partei Rolando Olalia zeigt — als herausragendes Beispiel einer Vielzahl von Fällen — wie groß die tägliche Bedrohung durch die reaktionäre Repression geblieben ist.

Worin sind nun die verbindenden Elemente dieser Entwicklungen übergreifend in Südostasien zu sehen? Was ist denn wirklich neu an diesen sozialen Gruppen oder Bewegungen? Welche Faktoren sind für ihre Entstehung wesentlich und was unterscheidet sie von den „alten" sozialen Bewegungen, etwa der Arbeiter oder der Bauern?

Konstitutionsbedingungen für NGO's

Bei einer Sichtung der bisherigen Analysen zeichnen sich fünf miteinander verwobene Faktoren als zentrale Konsitutionsbedingungen „neuer" sozialer Bewegungen ab — zumindest für die Region Südostasien.

Die Bedrohung der Herrschenden sowie internationaler Kapital- und Großmachtinteressen durch die „alten" sozialen Bewegungen, in der Region Südostasien namentlich die Kommunistischen Parteien und Guerillaorganisationen, mündete in die massive Repression. Phasenverschoben bedeutet dies in Malaysia und Singapur schon Ende der fünfziger Jahre, in Indonesien Mitte der sechsziger Jahre, in Thailand erst Ende der siebziger Jahre die weitgehende zerschlagung der revolutionären Verbände und schwere Niederlagen für die eng mit ihnen verbündeten Bauern- und Arbeiterbewegungen.

Das es aber nicht die Niederlagen der „alten" sozialen Bewegungen in den letzten drei Dekaden allein, sondern vor allem die Entstehung moderner Repressionssysteme sind, die zur Formierung „neuer" sozialer Bewegungen beitragen, zeigt das Beispiel der Philippinen. Hier gelang die Zerschlagung der alten Formationen nicht und trotzdem — oder auch gerade deswegen — gibt es dort ein besonders breites Spektrum von Gruppierungen des „neuen" Typs.

Die Schaffung moderner staatlicher Repressionsapparate durch die Herrschenden ist ja nur ein — wenn auch zentraler — Aspekt einer umfassenden kapitalistischen Modernisierungskonzeption, die in diesen Ländern in der postkolonialen Ära der sechziger und siebziger Jahre durchgesetzt wurde.

Militarisierung und Verschuldung sind komplementäre Grundelemente einer weltweiten Entwicklungsstrategie, die die beiden sogenannten UNO-Entwicklungsdekaden kennzeichnet. Kapital war für die Industrialisierungsprojekte erforderlich und für die kreditgebenden Banken wiederum waren repressive Militärregime die besten Garanten für die Bewahrung einer Ordnun, die Gewähr für die spätere Rückzahlung zu bieten schien. Die so betriebene Integration in den Weltmarkt führte zu einem massiven ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandel, dessen ganzes Ausmaß erst in den achtziger Jahren bilanzierbar wird. Verstärkte Expororientierung der Landwirtschaft in Verbindung mit der Einführung kapitalintensiver Produktionsmethoden, Mechanisierung und Chemisierung bei Zurückdrängung der traditionellen Subsistenzproduktion, Ausbau der Infrastruktur, Ansiedlung von Exportindustrien, Aufblähung des Dienstleistungssektors durch den Tourismus und in der Folge verstärkte Abhängigkeit von Technologie- und Nahrungsmittelimporten sind die ökonomischen Eckpunkte dieses Prozesses. Folge waren u.a. tektonische Verschiebungen der Sozialstrukturen, die die Gesellschaftsanalysen, an denen sich die „alten" sozialen Bewegungen orientierten, zumindest in großen Teilen, obsolet werden ließen. Der organisatorische Niedergang der Kommunistischen Parteien wurde so überwiegend auch von einer theoretischen Orientierungslosigkeit ergänzt.

Die Physiognomie aller Gesellschaftsklassen hat sich durch den Umbruch in den nationalen Ökonomien verändert. Als besonders herausragend lassen sich jedoch vor allem zwei Entwicklungen ausmachen. Die Umwälzungen im Agrarsektor haben zur Entstehung einer ganzen Schicht geführt, die dort nicht mehr überleben kann, in den Städten aber keine Arbeit findet. Es sind jene Entwurzelten, die gewissermaßen zwischen Stadt und Land zerrieben werden.

Die verstärkte Industrialisierung der urbanen Regionen, die Aufblähung des Dienstleistungssektors und der staatlichen Apparate haben andererseits neue Mittelklassen hervorgebracht, die durch die Arbeiteraristokratie, Angestellte und Beamte geprägt sind, und als deren einflußreiche Kerngruppe sich eine relativ breite Schicht kleinbürgerlicher Intellektueller ausmachen läßt, die die Hauptträger sozialer Aktionsgruppen an den Brennpunkten des Elends und der Unterdrükkung darstellen.

Schließlich hat der kapitalistische Modernisierungsumbruch zur Entstehung qualitativ neuer Probleme im Umweltbereich geführt, die sich jeweils im lokalen

Rahmen als massive Existenzbedrohung ganzer Bevölkerungsgruppen stellen können.

Aber auch die Staatsapparate mußten auf die ökonomischen, sozialen und politischen Veränderungen der letzen Jahrzehnte reagieren. Weltmarktintegrierte Gesellschaften mit komplexen kapitalistischen Sektoren lassen sich nicht in der gleichen Weise steuern und beherrschen wie traditionelle oder semifeudale Agrargesellschaften. Die veränderte Wirtschaft erfordert erweiterte politische Spielräume. Der Widerstand gegen neu entstandene soziale und ökologische Probleme läßt sich nicht mit den gleichen Methoden bekämpfen wie eine kommunistische Guerillaarmee. Um international investitionswürdig zu bleiben, ist zumindest der Anschein eines Grades an politischer Stabilität notwendig, der nur durch eine Mischung aus Diktatur und Partizipation größerer Bevölkerungsteile an Entscheidungsprozessen erreichbar ist.

Im Kontext des ASEAN-Zusammenschlusses haben seit Beginn der achtziger Jahre mehrere wissenschaftlich-politische Konferenzen mit US-amerikanischer Beteiligung stattgefunden, auf denen solche kontrollierten Anpassungsprozesse der staatlichen Systeme an die veränderten Bedingungen als ein zentrales „Sicherheitsproblem" Südostasiens diskutiert wurden.

Kurzum, die Niederlagen traditioneller revolutionärer Bewegungen und die Schaffung moderner staatlicher Repressionsapparate, der kapitalistische Modernisierungsumbruch der Volkswirtschaften, der darauf basierende soziale Strukturwandel, das massive Auftregen ökologischer Industrialisierungsfolgen auf lokaler Ebene, und schließlich eine Anpassung staatlicher Herrschaftmethoden an diese veränderten Bedingungen, stellen die fünf zentralen Konsitutionsbedingungen für die Entstehung einer Vielzahl sozialer Aktionsgruppen in Südostasien dar.

Alte und neue soziale Bewegungen — wo liegen die Unterschiede?

Sie unterscheiden sich von den „alten" sozialen Bewegungen strukturell in drei wichtigen Bereichen.

Sie haben keine einheitlichen politischen Führungsstrukturen herausgebildet. Überwiegend arbeiten sie auf örtlicher oder regionaler Ebene bzw. sie beschränken sich auf eine spezifische Problemstellung. Anders als etwa politische Parteien erheben sie keinen universellen politischen Anspruch, erscheinen für die Regierungen damit also nicht als unmittelbarer Konkurrent, sind aber umgekehrt in ihrer gesellschaftpolitischen Wirksamkeit natürlich deutlich beschränkt. auch die zunehmenden Tendenzen zur Vernetzung haben diesen Zustand bisher nicht aufgehoben. Sie verweisen aber auf ein Grundproblem, das sich bald immer drängender stellen könnte: Wenn sich Gruppen, die bislang Partikularinteressen vertreten, zu einer nationalen Bewegung zusammenschließen, wird ihr politischer Anspruch wohl notwendig immer stärker universell; der Unterschied zu alten politischen Gruppierungen also immer geringer.

Eine solche Tendenz wird allerdings deutlich dadurch gebremst, daß diese Gruppen, anders als die „alten" sozialen Bewegungen, keine einheitliche Ideologie verbindet. Die sozialistische, klassenbezogene Theorie ist in ihnen sicherlich präsent, aber insgesamt agieren sie bewußt ideologisch ungebunden bzw. plural und klassenübergreifend.

Dieses Vorgehen korrespondiert mit ihrer sozialen Basis, die, zumindest sehr häufig, uneinheitlich ist. Allerdings fällt im städtischen Bereich eine besonders starke Präsenz jüngerer kritischer Intellektueller aus den neuen Mittelklassen auf. Trotzdem wäre es falsch und voreilig, die sozialen Aktionsgruppen dort einfach auf ein Mittelklassenphänomen zu reduzieren.

Aus den angeführten Punkten ergeben sich einige Überlegungen zur politischen Rolle, die die „neuen" sozialen Bewegungen in Zukunft spielen können. Gerde in der bundesdeutschen Diskussion werden sie des öfteren als eine Art „Alternative" zu den traditionellen Arbeiter- und Bauernbewegungen, die „abgewirtschaftet" hätten, gesehen.

Dagegen ist einzuwenden, daß die bisherigen Untersuchungen des ökonomischen und sozialen Strukturwandels in den südostasiatischen Gesellschaften keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß etwa die Bedeutung gerade auch auf lange Sicht eher wächst, gewissermaßen analog zum gesellschaftlichen Stellenwert der Industrie. Dieses Argument soll die politische Krise der traditionellen Arbeiterbewegungen nicht beschönigen. Gerade was Formen und Inhalte einer dezentralen, demokratischen Selbstorganisation betrifft, können sie vom erfolgreichen Wirken der sozialen Aktionsgruppen sicher vieles lernen.

Umgekehrt ist bisher nicht erkennbar, wie die sozialen Aktionsgruppen ohne politische Uneinheitlichkeit überwinden und eine universelle, politisch-gesellschaftliche Strukturveränderung der nach wie vor bestehenden repressiven und ausbeuterischen Systeme erreichen könnten, ohne von der Geschlossenheit, der Organisationskraft und politischen Zielstrebigkeit der „alten" sozialen Bewegungen zu lernen. Im ländlich/bäuerlichen Bereich schein ein solcher wechselseitiger Lernprozeß häufig schon weiterentwickelt als in anderen gesellschaftlichen Sektoren.

Wenn man die große Perspektive einer sozialen und politischen Befreiung, einer wirklichen Demokratisierung, weiterhin im Auge behält, dann ist es offenkundig, daß auf die Umbrüche der letzten Jahrzehnte neue politische Antworten gefunden werden müssen. Dabei können die neuen sozialen Bewegungen eine wichtige Pilotfunktion erfüllen. Eine tragfähige, gesamtgesellschaftliche Befreiungsstrategie kann jedoch sicher nicht ohne die Einbeziehung der „alten" sozialen Bewegungen entwickelt werden. Zu ihrer Realisierung schließlich scheint dann die Bildung einer neuen politischen Kombination notwendig, eines Bündnisses der alten und der neuen sozialen Bewegungen, wohl auch in neuen organisatorischen Formen, die den Bedingungen der jeweiligen Länder gemäß sind.

Auf den Philippinen ist eine solche Verzahnung heute schon weit fortgeschritten. Wenn es gelingt, sie erfolgreich weiterzuentwickeln, kann daraus ein Modell entstehen, das weit über Südostasien ausstrahlen wird.

Frithjof Schmidt

Wie autonom ist die Neue Soziale Bewegung in Indien?



Während der letzten Dekade sind in Indien — wie in vielen Ländern der 3. Welt — verschiedenartige Wohlfahrts- und Hilfsorganisationen, Soziale Aktionsgruppen oder Mikrobewegungen, nationale oder örtliche Projekt- oder Studiengruppen entstanden, die sich — gemeinsam subsumiert als Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) — mit unterschiedlichen Ansätzen im Entwicklungsbereich engagieren und das Spektrum der ‚Neuen Sozialen Bewegung' (NSB) charakterisieren.

Trotz unterschiedlichster Ansätze steht heute für die indischen NRO eines fest: Sie spielen zum erstenmal in der Entwicklungsdebatte in Indien eine wichtige Rolle. Denn sie werden zum erstenmal im 7. Fünfjahresplan zum bedeutenden Träger der Umsetzung des „Neuen 20 Punkte Anti-Poverty-Programms" gemacht. 2,5 Milliarden Rupien stellt die Regierung für ihre Arbeit zur Verfügung, eine Verfünffachung des bisherigen Betrages.

Was sind die Strukturen dieser Gruppen und Initiativen? Wem nutzen sie? Warum interessiert sich die Regierung auf einmal für sie? Wass will sie damit erreichen?

Das sozio-politische Szenario in Indien ist gekennzeichnet durch eine krasse Polarisierung in der Gesellschaft. Die wenigen Besitzenden — getragen von der dünnen Mittelschicht von ca. 15 % — verfügen über die Ressourcen jeder Art (einschließlich über Menschen), während die meisten Menschen einen verzweifelten Existenzkampf um Nahrung, Kleidung, Wohnung und Menschenwürde führen müssen. Über 40 % der Menschen in Indien leben noch unter der amtlichen Armutsgrenze von Rs. 3500 pro Familie (von fünf) pro Jahr. 60 % werden zu den Analphabeten gezählt. Die rücksichtslose Industrialisierung der letzten 35 Jahre hat wohl „Erfolge" produziert. Die Getreideproduktion stieg auf fast 160 Mio. Tonnen im letzten Jahr und weist einen statistischen Überschuß auf. Das Land kletterte als Industrieland auf die Weltrangliste neun. Außer China übertrifft kein anderes Land in Asien die konventionelle — wie nuklear-militärische Aufrüstung Indiens. Der große Teil der Menschen hat unter dieser menschenverachtenden und umweltzerstörenden Entwicklung mehr zu leiden, als diese statistischen Papiererfolge suggerieren.

Seit der Unabhängigkeit 1947 wurden in Indien zahlreiche erfolglose Pläne und Programme entwickelt, um die Armut zu bekämpfen (z.B. IRDP = Integrated Rual Development Programme, NREP = National Rural Employment Programme, RLEGP = Rural Landless Employment Guarantee Programme, 20 Points Antipoverty-Programme...) die sich als unfähig erwiesen, denn sie haben in seltenen Fällen die Macht der lokalen Elite angetastet. Im Gegenteil. Bei diesem System, wo die Mittel von oben nach unten verteilt werden, ist der große Teil bei dieser Elite und ihren Handlangern hängengeblieben und nur sehr wenig bis zu den Bedürftigen durchgesickert. Großgrundbesitzer, Großhändler, lokale Politiker, Alkohol-Mafia, Verwaltungsoffizieren, Polizisten oder dynamische Industriemanager haben diese Institutionen zum Selbstbedienungsladen umfunktioniert, um sich selbst gut zu versorgen.

In dieser Situation, wo der Staat faktisch versagt hat, entstanden zahlreiche NRO, die durch zwei wichtige Bewegungen Auftrieb erhielten, nämlich die Naxaliten[1] — und die „Jayaprakash Narayan (JP)"-Bewegung[2], von denen ein starker Mobilisierungseffekt ausging.

Tausende von NRO sind seit den 70er Jahren in Indien entstanden, wobei die meisten sich in ihren ideologischen Grundlagen entlang dieser beiden Strömungen, marxistisch-maoistisch oder gandhianisch, mit zahlreichen lokalen Modifikationen bewegen. Eine kleine Zahl unter den NRO baut auf christliche Sozialethik oder indische Variante der ‚Theologie der Befreiung' oder auf Gedanken vom Ambedkar, dem bedeutenden Harijan-Führer. Häufig findet man aber bei den NRO eine Art Mischung aus all diesen ideologischen Grundlagen, in unterschiedlicher Form und Gewichtung. Viele leiden aber auch unter dem ‚Guru-Syndrom', wo eine charismatische Persönlichkeit weitgehend eine eigene Ideologie formuliert und die Struktur sowie das Geschehen in der Organisation bestimmt.

Alle diese kleinen und großen Gruppen, die heute als Selbsthilfegruppen, Soziale Aktionsgruppen (SAG), Lobbygruppen, Graswurzel-Initiativen, Forschungsgruppen oder Dokumentationszentren, Neue Kooperativen, Mikrobewegungen, Außerparteiliche Politische Formen usw. charakterisiert werden, bilden also diese ‚Neue Soziale Bewegung' (NSB).

Wo immer diese Mobilisierung stattgefunden hat, zeigen diese Menschen durch Selbstbetroffenheit ein wachsendes Bewußtsein für ihre Rechte und Stärke, entwickeln systematisch Strategien für die Durchsetzung dieser Rechte. Viele Gruppen konzentrieren sich bewußt auf spezifische Zielgruppen, um durch volle Identifikation untereinander stärkere Mobilisierung zu erreichen, z.B. Landlose, Adivasi[3], Slum-Bewohner, Harijan[4], Dalit[5], Frauen, Fischer, Weber unsw. Andere konzentrieren sich bei ihrer Arbeit auf bestimmte Felder, wie Gesundheitswesen, Landreform, Trainingsprogramme, Rechtshilfe, Umweltschutz, Dokumentation, Menschenrechte usw.

Diese NRO zeigen in der Entwicklungsarbeit in Indien eine enorme Vielfalt bei Aktivierung von Betroffenen und Durchführung von konkreten Maßnah-

men. Sie knüpft oft an die ‚Kultur der Unterdrückten', an lokale, traditionelle Musik, Malerei oder Theater als effektive Mobilisierungsmedien an, und füllen sie mit den neuen Inhalten über Befreiung und Unabhängigkeit. Sie entwickeln Basisgesundheitswesen, um eine erschwingliche Gesundheitsversorgung zu sichern. Sie besetzen Land, das Großgrundbesitzer oder die Unternehmen von dem in Indien stark expandierenden Agrobuisiness illegal oder mit Tricks an sich reißen, verteilen es unter den Landlosen, Harijan oder Kleinbauern, bauen kleine Kooperativen auf und diversifizieren schnell die Quellen ihrer Einkommenssicherung durch Einführung von Viehzucht, Hühnerhaltung, Seidenraupenzüchtung, Süßwasserfischerei, soziale Aufforstungsmaßnahmen, systematischen Aufbau von kleinen Handwerksbetrieben usw. Sie experimentieren im Bereich der ‚Angepaßten Technologien', bauen gemeinschaftliche Biogasanlagen oder energiesparende Öfen. Sie versuchen mühsam, die alten Berufe der Kunsthandwerker, Weber oder Fischer und die ‚Padagogik der Unterdrückten', um Bewußtseinsbildung bei diesen Gruppen — insbesondere Frauen — zu fördern und sie zu sich befreienden Handlungen zu ermuntern, gegen Unterdrückung durch lokale Elite anzugehen, die kriminelle, korrupte und Kasteninteressen haben. Sie klagen bei den Gerichten erfolgreich die Rechte von Harijan, Adivasi (Stammesvölker), Bauern oder Frauen ein, decken Korruption auf lokaler Ebene auf, besetzen in vielen Dörfern den Panchayat (Dorfrat) systematisch mit einigen Leuten, stellen gezielt die Monopolstellung der lokalen Machthaber in Frage. Sie bauen örtliche Umweltschutzbewegungen auf. Institutionen wie ‚Centre for Science and Environment' (CSE) in Dehli haben sogar die wichtigste Umwelt-Bestandsaufnahme vorgelegt (Report on the State of Environment in India), die es je in Indien gab. Die Frauenbewegung wäre ohne diese Arbeiten von den NRO unvorstellbar. Sie wagen sich langsam auch in den Bereichen Frieden, Abrüstung oder Anti-Nukleare-Bewegung. Die Einhaltung der Menschenrechte in Indien ist vielfach Organisationen wie ‚People's Union for civil Liberty' (PUCL), Lokayan oder ‚People's Union of Democratic Rights' (PUDR) zu verdanken, die kritisch die Übergriffe staatlicher und anderer Stellen gegen diese Menschen und Minoritäten aufdecken.

Die Gruppen in der NSB lassen sich grob in drei Kategorien einteilen.

1. Entwicklungsgruppen

Sie konzentrieren ihre Arbeit auf Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen zur physischen und materiellen Absicherung im ökonomischen und technologischen Bereich, Gesundheitsversorgung und Bildung, wobei häufig mit staatlichen oder ausländischen Institutionen kooperiert wird. Staatliche Stellen benutzen sie auch zur Durchsetzung ihrer Programme, z.B. bei Einführung ‚moderner' Landwirtschaft, ländlichen Banken, Familienplanung usw. Auch sie kämpfen nicht primär um die Beseitigung von Ursachen von Unterdrückung und Marginalisierung. Insbesondere private und kirchliche Gruppen, die mit ihrer Arbeit in den 50er und 60er Jahren angefangen hatten, haben sich inzwischen als Entwicklungsgruppen etabliert. Sie sind in ihrer Arbeit meist pragmatisch, bewahren institutionelle Stabilität, üben in vielen Fällen lokalpolitische Abstinenz, können u.U. hohe finanzielle Beträge umsetzen. In nur wenigen Fällen können dabei die Betroffenen der Maßnahmen an den Projekten mitgestalten und planen. Selbst viele gandhianische Organisationen haben ihren früheren gesellschaftlichen Anspruch inzwischen auf derartige Entwicklungsarbeit reduziert. Das um so mehr, je weiter die Generation der früheren Unabhängigkeitskämpfer abgelöst wird. Die JP-Bewegung war vielleicht der letzte historisch Höhepunkt, der praktisch das Ende von Mahatma Gandhis Visionen einer gerechten und friedlichen Gesellschaft einläutete.

Matru Mandir ist eine solche Organisation, die in den Dörfern des Distriks Ratnagiri im Süden des Bundesstaates Maharashtra seit über 30 Jahren arbeitet. Frühere Unabhängigkeitskämpfer und Gandhi-Anhänger gründeten sie im Dorf Deorukh und fingen ihre Arbeit zunächst mit Frauen im Gesundheitsbereich und Geburtshilfe an. Nach einiger Zeit nahmen sie ländliche elternlose Kinder auf; dem folgte der Aufbau eines Kinderheimes. Nach und nach kamen andere Entwicklungsbereiche hinzu und die Arbeit weitete sich kontinuierlich auf weitere Dörfer aus, durch unmittelbare Zusammenarbeit den betroffenen Menschen nachvollziehbar. Gegenwärtig unterhält Matru Mandir Krankenstationen, führt Gesundheitscamps durch und baut Kindergärten auf. Die Kinder werden medizinisch versorgt und erhalten nahrhaftes Essen. Sie bietet ferner Trainingsprogramme für Jugendliche in verschiedenen Berufen und eine Musterfarm, die die Bauern berät an.

2. Soziale Aktionsgruppen (SAG)

Sie repräsentieren in der NSB die dominante und dynamische Kategorie. Sie bezwecken in erster Linie die Mobilisierung und Organisierung von unterdrückten und arm gehaltenen Menschen. Partizipation und Selbstbestimmung sind ihre wichtigen Merkmale. Die betroffenen Menschen sind hier Subjekte und nicht Objekte der Entscheidungen von Entwicklungsorganisationen. Sie entwickeln gemeinsame Schritte zur Umsetzung von Maßnahmen sowie Strategien zu ihrer Sicherung die nach Debatten, Palaver oder Streit als Kompromisse beschlossen werden. Analyse von Ursachen in ihrer Unterdrückung und Armut sowie Entwicklung von Aktionen zu ihrer Beseitigung sind die Inhalte ihrer politischen Bewußtseinsbildungsarbeit, die eine lokale Variante von Paulo Freires ‚Pädagogik der Unterdrückten' darstellen. Haben diese Menschen erste Erfolge ihrer Aktionen, z.B. gegen Großgrundbesitzer, Polizisten, Justiz oder Regierungsbeamte, eine erfolgreiche Landbesetzung oder die Befreiung eines Leibeigenen (bondes labourer) erreicht, dann entwickeln sie eine enorme Dynamik zur Mobilisierung, stacheln sich zu weiteren Aktionen an, verbreiten Euphorie, Radi-



Adivasi: Frauen vom Volk der Madia-Goúd — *Foto: Rainer Hörig*

kalität und Hoffnung. Haben sie eine bestimmte Größe erreicht und werden sie in den Dörfern fühlbar wahrgenommen, so zwingen sie praktisch die ländlichen Machthaber und lokalen politischen Parteien, sich neu zu formieren, um den Einfluß dieser Gruppen einzudämmen. Solche Konfrontation führt nicht selten zu Gewalttätigkeiten bis zum Mord. Dennoch ist der Widerstand gegen die örtlichen Machthaber erheblich und zwingt sie meist zu Zugeständnissen, die in früheren Zeiten undenkbar gewesen sind. Obwohl die SAGs auf örtlicher Ebene die Parteimacht grundsätzlich nicht bedrohen, so sind sie doch in der Lage, in den Parteien Unruhen zu stiften und sie zu Aktivitäten zu veranlassen. Haben diese Initiativen ihre neue Machtstellung für einige Zeit behauptet, also die ‚Mobilisierungsphase' abgeschlossen, dann gehen sie in der Regel zur sogenannten ‚Konsolidierungsphase' durch Entwicklungsmaßnahmen über, um die ökonomische Situation der Mitglieder zu verbesser.

Im Nalagonda Distrikt im Bundesstaat Andhra Pradesh arbeitet die Organisation ‚Comprehensive Rural Operations Service Society' (CROSS) seit fast 12 Jahren. CROSS hat in diesem Distrikt Soziale Aktionsgruppen initiiert, die sich Sangham (Vereinigung) nennen, ein Forum von Harijan, Landlosen und Kleinbauern.[6] Inzwischen esxistieren in fast 500 Dörfern 700 Frauen- und Männersangham. Der Begriff Sangham ist nicht fremd für die Menschen dieses Gebietes, denn hier fand vor fast 40 Jahren der bekannte bewaffnete Bauernaufstand von Telangana statt. Die unterdrückten Landlosen und Kleinbauern hatten sich damals in den Sangham organisiert, um den Kampf gegen die Großgrundbesitzer und den Nizam zu führen. Der Aufstand wurde damals von der indischen Armee gewaltsam niedergeschlagen und die Macht der Großgrundbesitzer wiederhergestellt. Erst 1975 gelang es CROSS, erste Sangham auf neuer Grundlage wiederaufzubauen. Jeden Abend treffen sich die Mitglieder von Sangham in den Abendschulen. Einmal in der Woche diskutieren sie über ihre Probleme und überlegen gemeinsam Aktionen, die im Laufe der Zeit angewachsen sind. Um sie zu koordinieren, wählen sie Animatoren aus eigenen Reihen, die auch die Abendschulen führen, Sangham-Aktivitäten untereinander korrdinieren, poltische Kulturprogramme organisieren und eine wichtige Rolle beim Zusammenhalt von Sangham spielen. Die Sangham, die bis etwa 1980 aufgebaut wurden, hatten große Widerstände der ländlichen Machteliten zu überwinden. Großgrundbesitzer, Polizei, Politiker und Richter gingen Hand in Hand gegen die Sangham vor und versuchten mit allen Mitteln, ihren Aufbau zu verhindern.[7] Aber sie waren nicht aufzuhalten. Haben sie in einem Dorf erfolgreich Aktivitäten durchgeführt, so verbreitete sich die Nachricht des Erfolges rasch weiter. Damit fühlten sich die Menschen in neuen Dörfern auch ermutigt, selber Sangham zu gründen und sie zu verteidigen. Inzwischen ist im Nalagonda Distrikt die Macht der Großgrundbesitzer gebrochen. Einen großen Teil des Landes, den sie illegal besessen hatten, mußten sie abgeben. Es ist unter den Sangham-Mitgliedern verteilt und bebaut worden. Inzwischen wurden auch konkrete landwirtschaftliche Maßnahmen (Bewässerung, Saatgut, Tiere, Dünger, Vermarktung usw.) eingeleitet und der Aufbau anderer Bereiche vorangetriesisgesundheitswesen, kleine Einkommensquellen, Trainingsprogramme in verschiedenen Berufszweigen, Aufforstungsprogramme usw. Innerhalb von 12 Jahren hat sich nun die Sozialstruktur der Dörfer verändert, wo die Sangham arbeiten. Es gibt dort kaum Großgrundbesitzer mehr, ebensowenig Leibeigene. Sangham-Mitglieder sind wirtschaftlich wesentlich besser abgesichert als früher. Ihre Abwanderung in die Städte hat abgenommen und viele arbeiten sogar in den Panchayat (Dorfrat) aktiv. Bei den Wahlen sind sie nicht mehr ‚Stimmvieh' wie früher, denn sie lassen sich nicht mehr mit Versprechungen der Politiker abspeisen, sondern verlangen konkrete, umsetzbare Pläne. Ihr Einfluß reicht zwar nicht aus, um die partei-politische Struktur in der Region nachhaltig zu beeinflussen. Sie können aber innerhalb der existierenden Struktur Reformen erfolgreich einklagen.



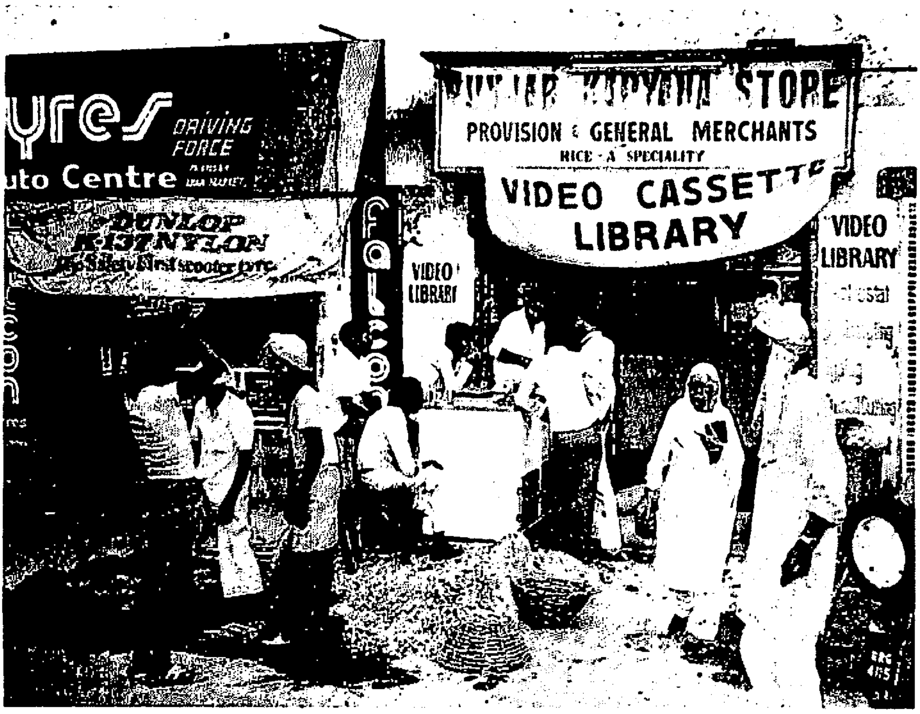
Wochenmarkt in Südindien

3. Solidaritätsgruppen

Diese meist in den Städten arbeitenden Studien- und Arbeitsgruppen, Forschungsinstitutionen, Dokumentationszentren, Experten, Studenten usw. sind als Solidaritätsgruppen mit den ländlichen und städtischen Initiativen verbunden und unterstützen sie in verschiedener Weise. Sie führen Workshops durch, stellen Literatur und Materialien zur Verfügung, ihre Fachleute arbeiten als Berater für die Gruppen, sie evulieren die Projekte, veröffentlichen Information über die Arbeiten der Initiativen, geben theoretische und praktische Impulse, stel-

len Kontakte zu Behörden, wissenschaftlichen Institutionen oder anderen Initiativgruppen her usw. Manche Verbindungen zu den Gruppen laufen im Rahmen eines bezahlten Auftrags, andere Gruppen sind jedoch eng mit den Basisinitiativen verbunden und arbeiten mit ihnen ständig zusammen.

‚Society for Participatory Research in Asia' (PRIA) in Delhi ist eine solche Solidaritätsgruppe. PRIA hat Erfahrung in den Bereichen Non-Formale-Bildung, Basisgesundheitswesen, Landaneignungsfragen, Arbeiterbildung, Berufskrankheiten, Einkommensmaßnahmen für Frauen usw. und arbeitet inzwischen nicht nur in Indien, sondern versucht eigene Aktivitäten mit ähnlichen Gruppen in Asien zu koordinieren.



Video-Verleih in Delhi

Die meisten der in Indien arbeitenden Gruppen gehörten bis 1979 in die erste Kategorie. Erst danach ist ein Anwachsen der Gruppen der letzten beiden Kategorien zu beobachten. Reine Wohlfahrtsorganisationen haben sich in den letzten 15 Jahren verringert. Auch sie haben irgendwelche Projektmaßnahmen oder Bildungsprogramme in ihrer Arbeit aufgenommen und zeigen eine vorsichtige Bewegung in Richtung Entwicklungsorganisationen. Das Gros der Gruppen liegt zwischen den Kategorien Entwicklungsgruppen und Sozialen Aktionsgruppen. Diese Initiativen, die eine Mischung dieser beiden Kategorien aufweisen, sind ständig dem Problem ausgesetzt, wie sie eine vernünftige Balance zwischen beiden erreichen können. Viele ökonomische Programme, die mit Hilfe von Experten umgesetzt werden müssen, haben Strukturen, die wenig partizipatorische Entscheidungen erlauben und einen Nutzen nicht für alle Mitglieder bringen können, folglich muß eine Auswahl unter den Nutznießern getroffen werden. Damit wird der Mobilisierungsgrad eingeschränkt. Umgekehrt verliert eine erfolgreiche Mobilisierung allmählich ihre Stärke, wenn ihr keine konkreten Maßnahmen erfolgen um die materielle Lage der Unterdrückten und marginalisierten zu verbessern. Es gibt noch sehr wenige Gruppen in Indien, die diese beiden Bereiche — Entwicklungsmaßnahmen und breite Mobilisierung — gleichzeitig erfolgreich praktizieren. Zumindest für eine Weile ist es einigen Initiativen wie Sangham oder ‚Institute for Managemant ov Self-Employment' (IMSE) in West Bengal oder Vidhayak Sansad und Shramajivi Sanghatana in Maharashtra gelungen, bestimmte Zielgruppen wie Harijan (bei Sangham), Kleinbauer und Pächter (bei IMSE), Leibeigene (bei Vidhayak Sansad) zu mobilisieren, um Forderungen wie Mindestlöhne, Verteilung von Überschußland der Großgrundbesitzer, Landeigentum für die Pächter, Befreiung und Rehabilitation von Leibeigenen usw. durchzusetzen. Zugleich haben sie zahlreiche verschiedene Entwicklungsmaßnahmen in Landwirtschaft, Handwerk, Kleingewerbe, Vermarktung usw. eingeführt, um möglichst vielen Menschen langfristig die Existenzgrundlage zu sichern. Aber man muß sich stets dessen bewußt sein, daß diese Balance labil sein kann, von außen und innen durch persönliche Rivalitäten, politische Meinungsverschiedenheiten, Skandale, aber auch Korruption, rechliche Einschränkungen, Auseinandersetzungen mit Machthabern usw. stets gefährdet ist.

Deshalb kommen einige kritische Gruppen zur Schlußfolgerung, daß eine grundlegenden positive Veränderung der Lage der Unterdrückten und Marginalisierten auf breiter Ebene im Rahmen der NSB nicht möglich ist. Die Initiativen und Gruppen können allenfalls in sehr beschränkten Gebieten wirksam werden und Erleichterungen für sie durchsetzen. Strukturelle Veränderungen in der indischen Gesellschaft sind durch ihre Arbeit nicht zu erwarten. Deshalb versuchen einige Gruppen eine vorsichtige Annäherung zu politischen Parteien oder Gewerkschaften, zumindest auf lokaler Ebene, und erhoffen eine breite Resonanz für eigene Arbeit. Viele Initiativen jedoch vermeiden bewußt eine Kooperation mit Parteien, um die eigene Identität und — vor allem — die Basisorientierung nicht zu verlieren. Sie wollen sich nicht zu Handlangern von Parteien machen lassen. Selbst eine enge Kooperation zwischen ähnlich arbeitenden Initiativen einer Region ist nicht leicht zustandezubringen. Es gibt viel Neid, Konkurrenz, aber auch Rivalität zwischen den Gruppen. Dadurch erleichtern sie auch die Arbeit der politischen Gegner oder lokalen Machtelite, obwohl sie nach innen Solidarität und Zusammenhalt von Mitgliedern fordern. Sind jedoch die Gruppen und Initiativen von außen bedroht, etwa durch gesetzliche Maßnahmen, direkte staatliche Gewalt oder riesige Projektmaßnahmen (Dammbau, Industrieanlagen, Entwaldung usw.), dann lassen sie sich zusammenbringen, um gemeinsame Aktionen durchzuführen.

Ein Schwachpunkt in der Arbeit der Gruppen und Initiativen in der NSB liegt im finanziellen Bereich. Wenn sich auch die Mobilisierungsarbeit mit relativ geringen Finanzmitteln bewältigen läßt, benötigen die Entwicklungsarbeiten jedoch hohe Geldsummen, die sie weder durch eigene Beiträge noch durch kleine Einkommensquellen abdecken können. Spenden werden benötigt. Auch eine Beteiligung bei den von Zentral- oder Landesregierung finanzierten Programmen wird deshalb von vielen Gruppen erwogen oder für selbstverständlich gehalten. Viele Gruppen machen sich von ausländischen Geldgebern abhängig. Es gibt ganz wenige Initiativen in Indien, die auf jede Fremdfinanzierung durch die Institutionen verzichten. Die meisten praktizieren eine Mischfinanzierung: Eigenbeiträge, Einkommensquellen in den Projekten, Spenden, staatliche Mittel und ausländische Finanzierungen. Dies gibt ihnen zumindest das Gefühl, eine relative Unabhängigkeit gegenüber den Geldgebern bewahren zu können. Die Gewichtung einzelner Finanzquellen hängt wesentlich von drei Faktoren ab: politischer Standpunkt der Initiative, ihre Größe und die Art der Entwicklungsmaßnahmen.



NSB und Regierung

Von staatlicher Seite und von lokalen Machthabern wird der Einfluß und das Mobilisierungspotential der NRO entweder als eine politische Bedrohung oder als eine kapitalistisch verwertbare Kraft eingestuft, die auf jeden Fall zu „bändigen" gilt, damit die Entwicklung im Lande in „geordneten", „kontrollierbaren" Bahnen verlaufen kann. Selbst die internationalen Finanzorganisationen wie IWF, Weltbank oder EG sind an einer solchen „geordneten und stabilen Entwicklung" in Indien interessiert und bescheinigen den NRO eine bedeutende Rolle, damit das riesige indische Hinterland einen Anschluß an den Weltkapitalismus finden kann. Nach den Plänen der Regierung sollen die Initiativen und Gruppen der NSB eine größere rolle in der wachstumsorientierten Entwicklung der Nation spielen als bisher. Alle Gruppen und Initiativen in der NSB werden aufgefordert, ihre Arbeit in die Programme und Pläne der Regierung zu integrieren, die ihrerseits große Anstrengungen unternimmt, sich in den „Weltmarkt" zu integrieren. Der Abbau enormer Bodenschätze in den ländlichen Regionen, die gewaltige Ausbeutung landwirtschaftlicher Ressourcen und das Wachstum des Konsummarktes lassen sich jedoch nur dann verwirklichen, wenn der Widerstand in den ländlichen Gegenden von Stammesvölkern und Marginalisierten gebrochen wird, wenn ihre Gruppen und Initiativen pazifiziert werden.

Es ist deshalb verständlich, daß die indische Regierung fieberhaft damit beschäftigt ist, Maßnahmen zu entwickeln, wodurch die NRO leichter kontrolliert, integriert oder auch neutralisiert werden können, jenachdem wie sie ihre Aktivitäten auf Landes- oder nationaler Ebene einschätzt. Um hier effektiv vorzugehen, hat die indische Regierung verschiedene ‚Instrumentarien' entwickelt, die praktisch, politisch, administrativ und juristisch eingreifen können.

Juristisch geht die Regierung schon seit Jahren gegen viele NRO vor. Besonders gegen die gandhianischen Gruppen ermittelt die von ihr eingesetzte sogenannte „Kudal-Komission" seit Jahren, angeblich wegen ihrer Verbindungen zum CIA und Veruntreuung von Geldern. Obwohl diese Kommission bis jetzt keine stichhaltige Anklage erheben konnte, wird der Vorwand aufrecht erhalten und die Ermittlungen gegen die Gruppen weitergeführt. Damit hat sie ein Instrumentarium zur Einschüchterung und Einschränkung von Gruppen, denn viele verlieren ihre Kräfte, Gelder und Zeit, um sich mit Hilfe von Anwälten gegen die Beschuldigungen dieser Komission zur Wehr zu setzen.

Im administrativen Bereich kontrolliert die Regierung die Gruppen über das Gesetz der ‚Foreign Contribution (Regulation) Act' (FCRA) von 1976, dessen Grundlagen auf ‚Societies Registration Act of 1861' zurückzuführen sind. Mit dieser Gesetzesvorschrift kontrollierten damals die englischen Kolonialherren die politischen Aktivitäten der Gruppen, indem sie die Namen, Finanzquellen und die Art der Arbeit preisgeben mußten. Während des Ausnahmezustands wurden durch FCRA diese Bestimmungen verschärft. Organisationen, die keine politischen Parteien sind, wurde untersagt, ohne eine Genehmigung der Zentralregierung Finanzmittel aus dem Ausland zu beziehen. Im Dezember 1984 wurden die Bestimmungen nochmals verschärft und eine Registrierung der Gruppen beim Innenministerium eingeführt. Insbesondere die sozialen Aktionsgruppen haben hier einen schweren Stand. Da sie mit den lokalen und politischen Machthabern in Konflikt stehen, haben sie wenige Möglichkeiten, im Lande selbst Gelder zu erhalten. Ihre Unterstützung durch ausländische Organisationen kann jedoch von



der Regierung mit Hilfe von FCRA reglementiert werden.

Im praktischen Bereich hat die Regierung bereits ein wirksames Gegengewicht zu den Initiativen der NSB geschaffen, um sie auf ihrer Arbeitsebene wirksam zu begegnen. Die Zentralregierung und die Landesregierungen haben parallel zu den NRO staatlich voll geförderte NRO, sogenannte „Regierungs-NRO" (RENRO), aufgebaut,die flexibler und effizienter operieren als die Behörden, kapitalistisch orientiert sind, über die ganze Nation wirksam sein können und direkt in die Arbeit der Gruppen und Initiativen durch Geld, Experten und Technologie eingreifen können. Diese Organisationen sind nur vordergründig privat; in Wirklichkeit aber versuchen sie, staatliche Programme um- und durchzusetzen. Sie verfügen über große Finanzmittel, die sie ihrerseits an die Gruppen und Initiativen weiterleiten. Damit können sie Einfluß und Kontrolle auf sie ausüben. Diese RENRO haben nicht nur mit den Initiativen an verschiedenen Orten eine direkten Kontakt, sie stehen ebenso direkt mit den Ministerien in Verbindung, haben Kontakte zu nationalen und internationalen Unternehmen sowie zu internationalen Geldgeber-Organisationen (IWF, Weltbank, EG usw.). Damit sind sie RENRO in der Lage, die Arbeit der ländlichen Initiativen mit den national-ökonomischen und weltkapitalistischen Strukturen direkt zu verbinden. Mit den enormen Geldern, die sie dort locker machen können, sind sie in der Lage, die Arbeit der Gruppen kapitalistisch verwertbar zu machen.

Mit Hilfe von ‚Council for Advandement of Rural Technology' (CART) und ‚People's Action for Development in India' (PADI) (inzwischen sind diese beiden RENROs zusammengefaßt zu ‚Council for Advancement ov People's Action and Rural Technology' — CAPART) können die Initiativen sogenannte Einkommensaktivitäten starten, verschiedene Technologien einführen, kleine Produktionsbetriebe errichten und sogar nationale Unternehmen beliefern. Auch die Kunstdüngerindustrie und das Agrobuisiness haben inzwischen in zahlreichen Initiativen den Fuß gefaßt. Mit Hilfe von ‚National Wastland Development Board' (NWDB) sollen die NRO die nächste Phase der ‚Grünen Revolution' beschleunigen. Das Vorbild dafür ist die „erfolgreiche" Durchführung der ‚Weißen Revolution', die von ‚National Dairy Development Board' (NDDB) durchgeführt wurde (siehe: Weiße Revolution in Indien, in epd Entwicklungspolitik Materialien X/85, Frankfurt). NDDB ist es gelungen, mit Hilfe von EG-Milchüberschüssen örtliche Milchkooperativen aufzubauen, die von reichen und mittleren Bauern kontrolliert werden, um eine industrielle Milchwirtschaft durchzusetzen. Damit ist die Milch zwar in Überschuß vorhanden, bleibt aber für die ärmeren Bevölkerungsschichten noch unerschwinglicher als früher. Gewaltige landwirtschaftliche Überschüsse, die noch produziert werden sollen, werden benötigt, um High-Technology einzuführen, sodaß der heiß erwünschte Sprung in das 21. Jahrhundert noch geschafft werden kann, auch wenn dabei mehr als 40 % der Menschen unter dem Existenzminimum leben müssen und auf der Strecke bleiben.

Nach den Plänen der Regierung soll CAPART später als ein Rat auf nationaler und bundesstaatlicher Ebene eine Schlüsselrolle gegenüber den NRO spielen. Mit CAPART ist nun eine mächtige und zentrale Institution geschaffen worden, die gesamte Arbeit von NRO steuern und kontrollieren kann. Denn nach dem Willen der Regierung sollen in Zukunft alle Programme der Initiativen über diesen Rat abgewickelt werden. Damit diese Abwicklung eine politische Basis hat, will die Regierung einen Verhaltenscodex (Code of Conduct) einführen. Ferner soll die Unterstützung der Gruppen durch ausländische Organisationen stark eingeschränkt werden. Wer nun diesen Rat letztlich kontrollieren wird, wie dort alle NRO repräsentiert werden sollen, wie der Einfluß von Regierung, Unternehmen, Parteien oder auch von dominanten NRO verhindert werden kann, ist noch ein großes Rätsel. Diese massive Initiative der Regierung hat die indische NSB in zwei Lager gespalten; für und gegen die Regierungspläne. Die Gegner haben bislang erfolgslos versucht, in Zeitschriften, Veranstaltungen oder Kundgebungen ihre Ablehnung zu artikulieren: Eine breite Unterschriftenaktion ist zur Zeit im Gange. Gegen Ende September planen sie eine nationale Versammlung, um gegen die Pläne der Regierung zu protestieren. Aber bis jetzt zeigt die Regierung keine Änderung bei ihrem Vorhaben.

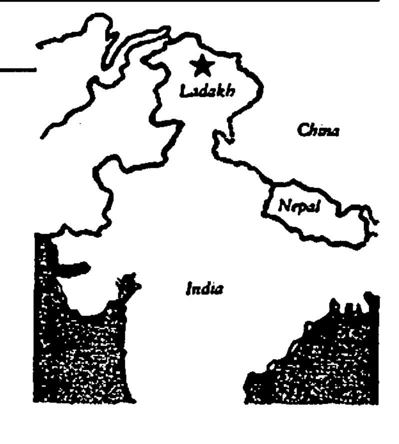
Das Jahr 1987 wird für die indische NSB einen Wendepunkt charakterisieren. Wird sie aus der Auseinandersetzung mit der Regierung und ihrer entwicklungspolitischen Orientierung gestärkt hervorgehen, um weiterhin die Stimme der Unterdrückten und Marginalisierten zu artikulieren?

Aron Kotenkar

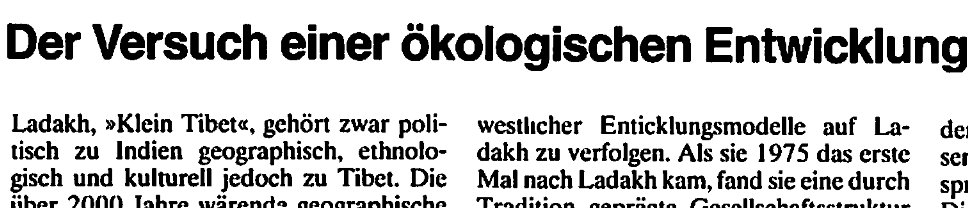
Anmerkungen:

1. Naxaliten, Bezeichnung geht zurück auf eine kommunistisch geführte Kleinbauernrebellion in Ostindien Ende der 60er Jahre.
2. Der Gandhianer Jayaprakash Narayan war die Gallionsfigur der politischen Protestbewegung Anfang der 70er jahre.
3. Adivasis, Angehörige der Stammesbevölkerung.
4. Harijan, Gandhis Bezeichnung für Unberührbare.
5. Dalit, Bezeichnung für Unberührbare.
6. Den Basisorganisationen geht es nicht darum, Armut als ein rein wirtschaftliches Problem zu betrachten, sondern Armut ist eine Folge der soziokulturellen Lage der Armen — dessen Ursache auf dem Kastensystem und ethnischen Strukturen beruht. Dies erklärt, warum die Basisorganisationen den Schwerpunkt ihrer Arbeit erstmal auf die „backward castes", die Harijans und Adivasis legen, bevor sie Strategien für eine gemeinsame Aktionsfront entwickeln.
7. Im Rahmen der Sangham bewegung hatten die Organisatoren nicht nur mit Widerständen von außen zu kämpfen, es wurden durch die Struktur des Kastensystems auch Probleme nach innen aufgeworfen. die Gruppe der Ärmsten ist in sich nicht homogen. Die untersten Kasten, sogenannte „backward castes", der die Landarbeiter mit etwas Landbesitz angehören, zählen auch zu den 40 % derer, die unter dem Existenzminimum leben. Aber allein die Zugehörigkeit zu einer Kaste stellt sie auf eine sozial höhere Stufe als die Harijans, die als Land- und Kastenlose zu den Unberührbaren gehören. Ein Bauer einer „backward caste" durchbricht ein Tabu, wenn er z.B. mit einem Harijan an einer gemeinsamen Mahlzeit teilnimmt oder wenn er sie als Anführer bei Aktionen zu akzeptieren hat.

Ladakh



Kein touristischer Ausverkauf von Ladakh:



Der Versuch einer ökologischen Entwicklung

Ladakh, »Klein Tibet«, gehört zwar politisch zu Indien geographisch, ethnologisch und kulturell jedoch zu Tibet. Die über 2000 Jahre wärende geographische Isolation des Gebietes ermöglichte die ungestörte Entwicklung einer Kultur, die den schwierigen ökologischen Bedingungen ideal angepaßt war. Diese Anpassung geriet erstmals mit der Öffnung Ladakhs für den Tourismus in den 70er Jahren in Gefahr. Die Konfrontation mit westlicher Kultur und »Reichtum« führte zu einer Umorientierung der Gesellschaft. Es kam zu einer zunehmenden Idealisierung westlicher Kultur und Technik, verbunden mit einer Abwertung traditioneller ladakhischer Kultur — inzwischen gleichgesetzt mit »Armut« und »Rückständigkeit«. Diese Entwicklung bedroht immer stärker auch die Umwelt Ladakhs.

Das ökologische Entwicklungsprojekt« Ladakh, dessen Gründung von Helena Norberg-Hodge, einer schwedischen Linguistin, initiiert wurde, hat sich nun zum Ziel gesetzt, den Lebensstandard der Ladakhi unter Wahrung ihres kulturellen Erbes und der ökologischen Anpassung an die Umwelt zu verbessern. Frau Norberg-Hodge kam 1975 im Rahmen eines Dokumentarfilms, der vom »Institut für Wissenschaftliche Filme Göttingen« gedreht wurde, das erste Mal nach Ladakh. nach den Dreharbeiten blieb sie im Land, lernte als eine der ersten Fremden die Sprache und verbringt seit ca. 12 Jahren jeweils die Hälfte des Jahres in Ladakh, die andere Hälfte auf Vortragsreisen in Europa und den USA. Sie sieht ihre Rolle als Ausländerin vor allem darin, den LadakhisInformationen über die westliche Welt und die von ihr betriebene Entwicklungspolitik in den Ländern der Dritten Welt zugänglich zu machen. Auf diese Art soll bei der Bevölkerung ein Bewußtsein für die Gefahren, die von der konventionellen Entwicklungspolitik ausgehen, geschaffen werden.

Die »Entwicklung« Ladakhs

Der langjährige Aufenthalt im Land, vom Beginn der Öffnung Ladakhs für Touristen in den 70er Jahren bis heute, ermöglichte es Helena Norberg-Hodge die Auswirkungen westlicher Kultur und westlicher Enticklungsmodelle auf Ladakh zu verfolgen. Als sie 1975 das erste Mal nach Ladakh kam, fand sie eine durch Tradition geprägte Gesellschaftsstruktur vor. Die Wirtschaftsweise des alten Ladakh kann als Subsistenzwirtschaft bezeichnet werden. Grundbedürfnisse wurden von den eigenen Ressourcen befriedigt, Geld nur für Luxusgüter wie Salz und Tee, die von außen eingeführt werden mußten, gebraucht. Die begrenzten Ressourcen — es handelt sich bei der Landschaft um eine hochgelegene Wüste, die im Regenschatten des Himalaya liegt — verlangten eine sensible Anpassung an die natürlichen Gegebenheiten. Die Dörfer, deren Größe von der zur Verfügung stehenden Wassermenge abhing, wurden in 3000-4000 m Höhe in der Nähe von Gletschern angelegt. Wassermangel, extreme Höhe und entsprechendes Klima sind die Faktoren nach denen sich die traditionelle Ökonomie Ladakhs stets richten mußte.

Einen wichtigen Teil dieser Ökonomie bildete neben dem Anbau von Gerste, die bis zu einer Höhe von 4000 m wächst, die Yakhaltung. Yaks sind sowohl an die Höhe (bis zu 6000 m) als auch an das Klima und Nahrungsangebot ideal angepaßt. Sie geben zwar im Gegensatz zu einer Kuh nur rund 3 l Milch am Tag; allerdings ist diese wesentlich nährstoffreicher als Kuhmilch.

Im Rahmen westlicher Entwiklungspolitik versuchen nun indische Entwicklungshelfer (mit westlicher Ausbildung versehen) die Yaks durch Jersey-Kühe zu ersetzen, um so den Ladakhi zu einer »rentableren« Wirtschaftsweise zu verhelfen. Die größere Milchproduktion der Kühe (30 l am Tag) macht diesen Versuch für den einzelnen Bauern zunächst einmal interessant. Die Nachteile jedoch sind offensichtlich: diese Kühe können höchsten bis zu einer Höhe von 3000 m leben, benötigen selbst dann einen Stall und brauchen andere Nahrung als die von der Natur hier angebotene. Die Auswirkungen dieser Aktion: vorhandene Ressourcen werden nicht mehr genutzt; die Abhängigkeit wächst.

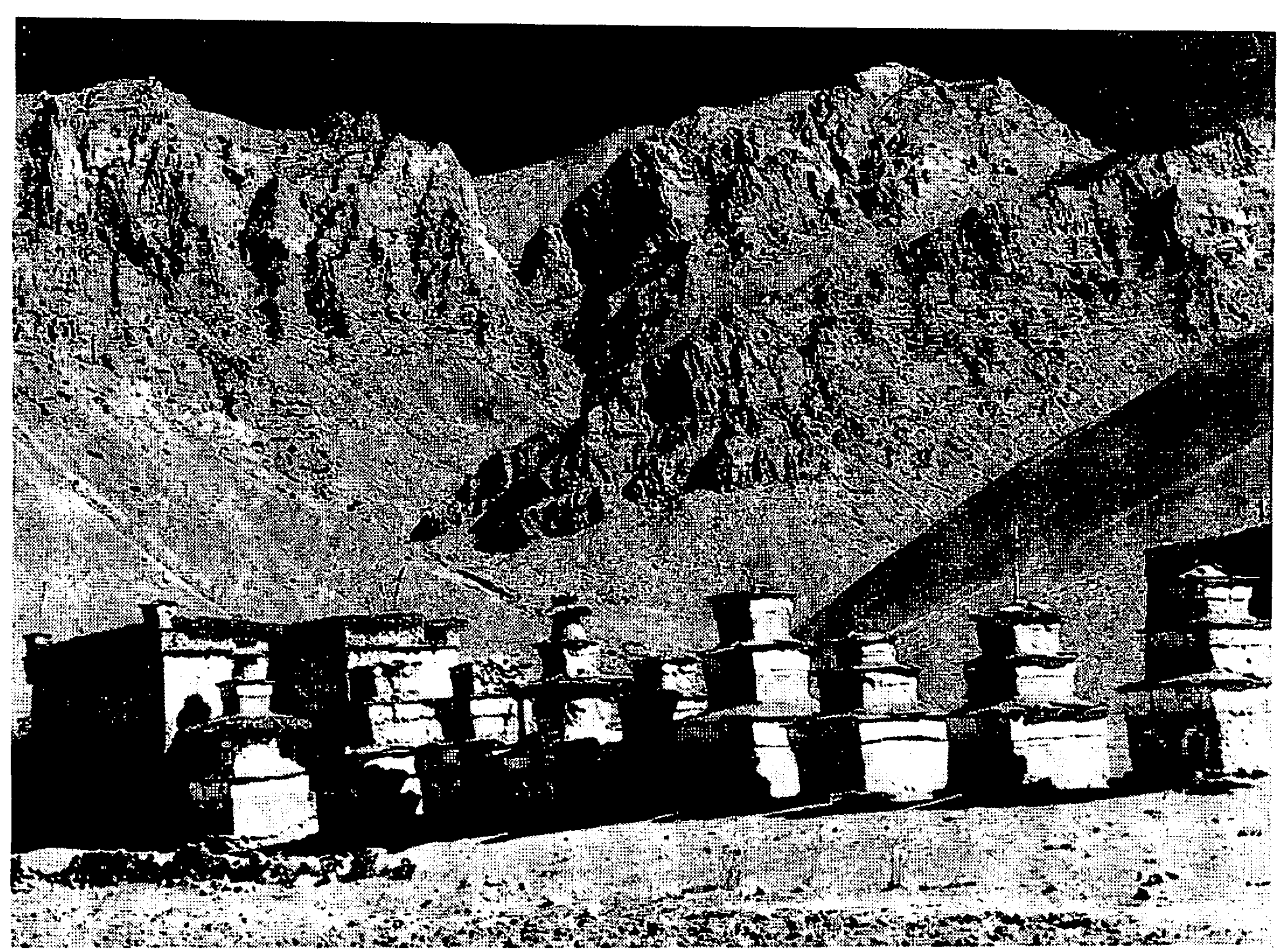
Die zeiteinsparende Feldbearbeitung mit Maschinen wirkt ebenfalls auf den ersten Blick wie ein Vorteil. Allerdings müssen die Maschinen erst einmal bezahlt werden, und selbst dann ist die Wartung wesentlich kostenintensiver als bei den ursprünglich benutzten Ackerbaugeräten. Die alten Technologien sind in der Regel nutzerfreundlicher; sie können mit wenig Aufwand innerhalb kürzester Zeit repariert werden.

Die früher von der Umwelt bereitgestellten Baumaterialien, wie Lehm, Stein und Holz, werden heute durch den billiger angebotenen, aus Indien importierten, Beton ersetzt.

In der immensen Abfallmenge, die inzwischen anfällt, zeigt sich eine weitere Folge des westlichen Einflusses auf die Wirtschaftsweise Ladakhs. Abfall wird nicht mehr verwertet, wie in der Subsistenzwirtschaft, wo Yakdung z.B. als Brennstoff diente und die Komposttoiletten der einzelnen Häuser den Dünger für die Felder lieferten, sondern verschmutzte die Landschaft. Im Fall der Wassertoilette wird darüberhinaus auch noch das für die Gegend so wichtige Wasser verschwendet.

Das größte Problem im Winter stellt die Kälte dar. Der Teil der Bevölkerung, dem es möglich ist, Geld zu verdienen, profitiert natürlich von der nach Ladakh importierten Kohle, mit der die modernen Bauten beheizt werden können. Es handelt sich also nicht nur um psychologische Gründe, wie dem Versuch einem Ideal westlicher Lebensweise so nahe wie möglich zu kommen, die die Ladakhis veranlassen in ein modernes Viertel zu ziehen.

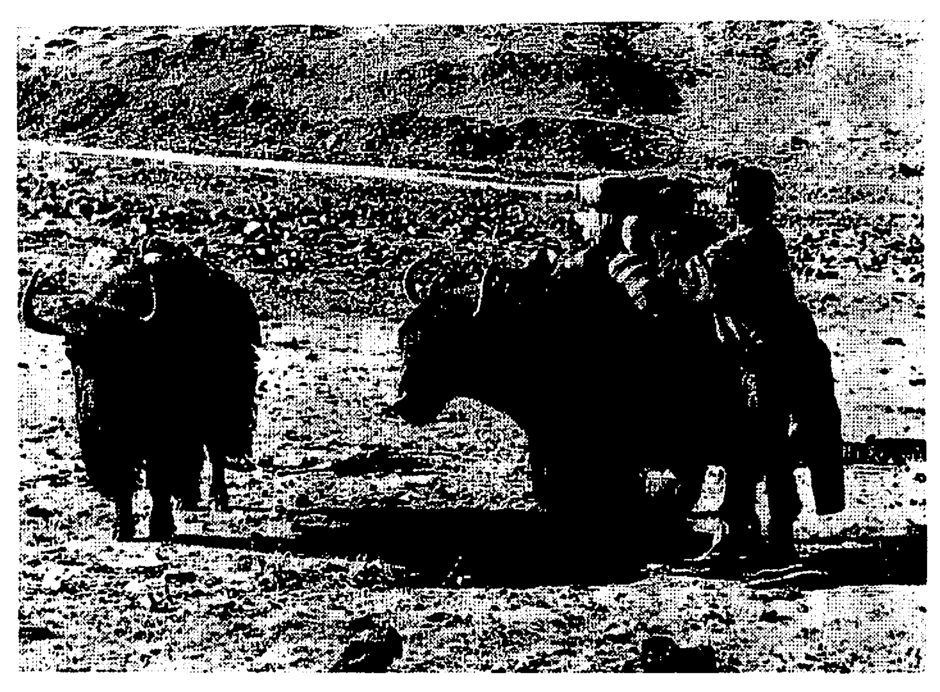
entscheidende Auswirkungen hat der Einfluß der westlichen Kultur auch auf das Sozialgefüge der Gesellschaft. Ursprünglich waren die Dörfer basisdemokratisch organisiert, verbunden mit einer relativ starken Stellung der Frau. Eine Geschlechtertrennung nach Arbeitsbereichen war, bis auf das Weben, das las reine Männersache betrachtet wurde, nicht bekannt. Noch 1975 waren nach den Beobachtungen von Helena Norberg-Hodge kaum soziale Unterschiede zu erkennen. Nur bei Festtagskleidung und beim Schmuck der Frauen machten sich geringe Unterschiede bemerkbar.Ein Zeichen von Reichtum stellte im alten Ladakh die Existenz der vielen buddhistischen Klöster dar, die von der Bevölkerung unterhalten wurden. Diese Klöster hatten neben ihrer kulturellen Bedeutung eine wichtige Funktion hinsichtlich des Bevöl-



kerungswachstums, die sie heute aufgrund ihres Bedeutungsverlustes nicht mehr erfüllen können. Ein Teil der Kinder wurde früher jeweils in die Klöster geschickt, wo sie dann von der Gesellschaft ernährt wurden. Mönche und Nonnen waren jedoch nicht strikt von der restlichen Gesellschaft getrennt; sie waren trotz ihres Status in das Leben der Großfamilie miteinbezogen. Weitere Faktoren, die ursprünglich das Bevölkerungswachstum kontrollierten, bilden die Institution der Polyandrie (Vielmännerei) und die hohe Kindersterblichkeit.
Die vorher relative Gleichheit aller Ladakhis machte seit der Öffnung des Landes nach außen einer immer stärkeren sozialen Schichtung der Bevölkerung Platz. Die Eingliederung von Teilen der Gesellschaft in das Geldsystem führt zur Abwertung der Ladakhis, die durch ihre Arbeit nicht in dieses System integriert sind. Besonders von dieser Entwicklung betroffen sind die Frauen. Wo sie vorher aufgrund der weitgehend fehlenden Arbeitsteilung und der matrilinearen Erbfolge eine starke Position innehatten, führen sie nun eher ein »Schattendasein«, geprägt von mangelnder Anerkennung und unbezahlter Arbeit. Ausgebildet und angestellt werden in der vom Westen importierten Wirtschaftsweise in der Regel nur Männer.
Die Annahme westlicher konventioneller Entwicklungsmodelle wurde nicht zuletzt auch durch einen entsprechenden Bewußtseinswandel bei der Bevölkerung erleichtert. Bei ihrem ersten Aufenthalt in Ladakh bezeichneten sich die Ladakhis Helena Norberg-Hodge gegenüber noch als reich. Auf die Frage nach dem ärmsten Haus des Dorfes erhielt sie zur Antwort, daß es keine armen Häuser gäbe. 8 Jahre später bezeichneten sich die gleichen Ladakhis Touristen gegenüber als arm. Was sich geändert hatte war nach Helena Norberg-Hodge jedoch nicht die Realität der Ladakhis, sondern deren Bild von sich selbst im Vergleich zu dem, was sie über die Außenwelt glauben. Erst in der Konfrontation mit der westlichen modernen Welt beginnen die Ladakhis sich als arm zu empfinden. Die Arbeit der westlichen Industriegesellschaft wird als weniger arbeitsintensiv (im Vergleich zur traditionallen Feldarbeit) betrachtet und in erster Linie mit Geld und Freizeit assoziiert. Dieser Eindruck wird durch das Auftreten mancher Touristen, die zum Teil 100 Dollar am Tag ausgeben noch verstärkt. Der Wunsch »modern« (reich) zu sein, führt dazu, daß Industrialisierung und Lohnarbeit bereitwillig akzeptiert werden. Auch der Absatz westlicher Produkte wie z.B. die von Konzernen wie Nestlé wird unter anderem durch den Wunsch sich diesem Ideal anzunähern gefördert.
Die im Rahmen dieser Entwicklung zunehmende Abhängigkeit von außen, die mit einer Festlegung des Geldwertes von außen einherging, führte bis heute zu Inflation und Arbeitslosigkeit, verbunden mit einer Kriminalitätsrate, die nach Helena Norberg-Hodge ein Ausmaß angenommen hat, wie sie es 1975 noch nicht beobachten konnte.

Das ökologische » Entwicklungsprojekt« Ladakh

Dem Projekt, das in ladakhi als »Ladakh People Ecological Development Group« bezeichnet wird, gehören außer der Gründerin Helena Norberg-Hodge inzwischen auch einige Ladakhis an, die die importierte Modernisierung als problematisch empfinden und Alternativen dazu suchen. Präsident der Gruppe ist ein Bauer, der sich für ökologische Landwirtschaft einsetzt. Er ist, obwohl er aufgrund der von Regierungsseite betriebenen Werbung lange mit Kunstdünger und Pestiziden gearbeitet hat, wieder zu traditionellen Methoden zurückgekehrt. (Leider erwähnt Helena Norberg-Hodge in ihrem Vortrag nicht wie sich dieser Wandel vollzogen hat).Die personelle Zusammensetzung der Gruppe, sowie ihr Versuch in Eigeninitiative einen alternativen Entwicklungsweg aufzuzeigen und zu ermöglichen, läßt die Charakterisierung des Projekts als »reine Entwicklungshilfeorganisation«, wenn auch mit alternativen Ansätzen, nicht zu. Es ist am ehesten irgendwo zwi-



schen »alternativer Entwicklungshilfe« und »Selbsthilfeorganisaton« anzusiedeln. Ihre Aufgabe sieht die Gruppe vor allem darin, von außen eingeführte »Alternativinformationen« zu sammeln, zu archivieren und zugänglich zu machen, eine Informationszeitschrift auf ladakhi herauszugeben und Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung zu organisieren. Die Zeitschrift behandelt neben solchen Themen wie ökologischen Landwirtschaft und traditionellen Leben in Ladakh, auch philosophische Bereiche, wie z.B. das Verhältnis von moderner Physik und buddhistischer Philosophie.

Abgesehen von der Informationsarbeit versucht die Gruppe andere Technologien zu finden, die die Arbeit und das Leben ohne Nachteile der bisher üblichen Modernisierungsmaßnahmen erleichtern können. Zu diesen Technologien gehören z.B. Treibhäuser und Solartrockner. Solartrockner werden zum Trocknen von Nahrungsmitteln verwendet, die früher auf den Dächern der Häuser getrocknet wurden, wo sie verschmutzen konnten oder auch verloren gingen. Warmes Wasser wird ebenfalls mit Hilfe der Sonnenenergie gewonnen.

Angefangen hat die Projektarbeit mit einfachen Solarsystemen zur Beheizung der Häuser. Es handelt sich dabei um Mauern, wie die herkömmlichen aus Lehm und Steinen, die hierbei schwarz bemalt und mit Glas abgedeckt werden. Eine solche Mauer an der Südseite eines Hauses bewirkt eine Art Treibhauseffekt, wodurch das Haus bis zu ein paar Tagen aufgewärmt werden kann. Das Zentrum der Gruppe steht in der Hauptstadt Leh. Dieses Haus, das vor allem als Informationszentrum für die Bevölkerung dient, wurde soweit wie möglich im traditionellen Stil erbaut, mit den oben genannten Mauern zur Nutzung und Speicherung der Sonnenenergie. Die Informationsweitergabe erfolgt auf verschiedenen Ebenen. Es werden z.B. neue angepaßte Technologien sowohl im Zentrum selbst als auch in den einzelnen Dörfern vorgestellt. Außerdem werden in einer Bibliothek Informationen aus dem Ausland, in der Hauptsache aus den Industrieländern, gesammelt. Diese in der Regel in englischer Sprache erscheinenden Informationen, sollen primär indische Beamte und westlich geschulte Ladakhis ansprechen, die mitverantwortlich für die in Ladakh stattfindenden Modernisierungsmaßnahmen sind. Das Zentrum will auf diese Art auf Bewegungen in den Industrieländern aufmerksam machen, die sich kritisch mit der üblichen Art der Technisierung auseinander - setzen.

Um dafür zu sorgen, daß die »Alternativinformatonen« ernster genommen werden, und zwar nicht nur bei den jungen Ladakhis, sondern auch bei den zuständigen Beamten, hat das Zentrum ein im traditionellen Stil erbautes Restaurant eingerichtet, in dem auf Solaröfen gekocht wird. Das Restaurant soll nach Ladakh reisende Touristen anziehen, die sich dort auch informieren können. Der Umweg über den Tourismus erzeugt ein größeres Interesse seitens der Regierung. Selbst das indische Fernsehen produziert in der Zwischenzeit eine Sendung über die Arbeit der Öko-Gruppe. Abgesehen von der Öfentlichkeitsarbeit kann über das Restaurant natürlich auch Geld in das Zentrum fließen.

Die Schulen in Ladakh werden ebenfalls in die Arbeit der Gruppe miteinbezogen. Dabei wird den jungen Ladakhis der »andere Weg« der Modernisierung u.a. über die Information nahegebracht, daß auch im Westen inzwischen andere Technologien angewandt und erprobt werden.

Zur Informationsverbreitung und um Kontakte zu ausländischen Gruppen herzustellen, werden alternative Kongresse veranstaltet, wo Personen und Gruppen aus der westlichen Welt über neue Entwicklungen und Bewegungen in den Industrieländern berichten. C.O.

Von Buddha bis Marx

Nicht-Regierungsorganisationen in Thailand

Zunehmende ländliche Verarmung, Landverlust vieler Bauern und Abwanderung in die Städte, steigende Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land und eine Modernisierung und Technisierung des Landes auf dem Rücken der Agrarbevölkerung sind der Hintergrund, auf dem während der letzten 10 Jahre auch in Thailand eine Vielzahl von regierungsunabhängigen, entwicklungspolitischen und sozialen Aktionsgruppen (NGOs) entstanden sind. Als staatliche thailändische Planungszirkel vor rund einem Jahr den Entwurf für einen neuen (den sechsten) Nationalen Enwicklungsplan (1987-1991) vorlegten, schien ihre Sternstunde gekommen: Zum ersten Mal wurden ihre Vertreter zu den Beratungen eingeladen. Doch jeder Optimismus war verfrüht. Lagen im vorherigen Entwicklungsplan noch die Akzente auf Maßnahmen zur Beseitigung ländlicher Armut und dem Mitspracherecht der bäuerlichen Bevölkerung, wurde nun wieder das Schwergewicht gelegt auf Agrobuisiness und ländlicher Exportproduktion. Die Vertreter der NGOs durften zwar ihre Argumente vortragen, von weiteren Konsultationen blieben sie allerdings ausgeschlossen. Wenn im folgenden Ursprung, Entwicklung und die verschiedenen Arbeitsbereiche thailändischer NGOs vorgestellt werden, so wird dabei dem Selbstverständnis und den Interpretationen der thailändischen Akteure gegenüber eigenen Deutungen der Vorrang eingeräumt.



Symbolisches Aufstecken der Spenden zu einem Geldbaum, religiöse Zeremonie von einer NGO organisiert zwecks Auftreibens von Geld für einen Entwicklungsfond (Foto: P. Simon)

Selbstverständnis und Arbeitsbereiche thailändischer NGOs

Gemäß dem durch den „Thai Volunteer Service" herausgegebenen Verzeichnis gab es in Thailand 1986 insgesamt 142 sog. NGOs. Ihrer Selbsteinschätzung zufolge gelten für sie die folgenden Kriterien:

1. Die NGOs sind autonome Organisationen, die ohne Einmischung von außen allein durch ihre Mitglieder geführt werden.
2. In ihren Zielen und Methoden betonen sie die Bedeutung einer aktiven Partizipation der Betroffenen an allen Entwicklungsbemühungen.
3. Sie sind aktiv im Bereich der Gemeinwesenentwicklung und kooperieren eng mit anderen NGOs zusammen.
4. Sie sind dem sozialen Wohl des thailändischen Volkes und nicht finanziellen oder persönlichen Eigeninteressen verpflichtet.[1]

Hauptzüge der thailändischen NGOs, die es ihnen erlaubt, von einer sozialen Bewegung zu sprechen, sind die folgenden:

— Als unabhängige Organisationen existieren sie außerhalb des traditionellen Spektrums politischer Parteien, Gewerkschaften oder beruflicher Verbände.
— Ihre wesentlichen Aufgaben bestehen in der Bereitstellung von Maßnahmen zur Befriedigung von Grundbedürfnissen (z.B. Gesundheitsfürsorge) oder im Schutz gegen private oder staatliche Willkür (z.B. Verteidigung von Menschenrechten).
— Ihre Programme und Projekte sind basisorientiert, sie zielen auf die Initiierung und Unterstützung von Selbsthilfe-Organisationen der Betroffenen und die Hervorbringung von sozialem Bewußtsein.[2]

Die thailändischen NGOs betrachten sich als Teil einer sozialen Bewegung, ohne aber — wie sie selbst betonen — eine Massenorganisation der Basis, der unmittelbar betroffenen Bevölkerungsteile, zu sein. Es sind Organisationen und Gruppen jener Teile der städtischen Intelligenz, die einen Beitrag zur Beseitigung sozialer Ungerechtigkeit und staatlicher Fehlplanung leisten möchten.

Sie sind zu 73 Prozent während der letzten 10 Jahre entstanden und lassen sich grob in drei Kategorien einteilen:

1. Gemeinwesenentwicklung im ländlichen oder städtischen Bereich. Rund die Hälfte aller thailändischen NGOs ist in diesem Sektor tätig.
2. Sektorale Entwicklungsarbeit. Das sind solche Aktivitäten, die sich auf bestimmte Bereiche der Gesellschaft oder auf spezifische Entwicklungsprobleme beschränken. Hierunter fallen die Problembereiche Erziehung, Gesundheitsfürsorge, Kinder und Jugendliche, Menschenrechte, Frauen, angepaßte Technologien, Medien, entwicklungsbezogene Nachrichten, Verbraucher- und Umweltschutz. Etwa ein Drittel der 142 thailändischen NGOs arbeiten in diesem Bereich.
3. Koordinations- und Unterstützungsarbeit anderer NGOs. Rund 15 Prozent der thailändischen unabhängigen Entwicklungsorganisationen sehen ihre primäre Aufgabe darin, die Arbeit anderer NGOs zu unterstützen, zur Koordination und Vernetzung beizutragen, gemeinsame Ausbildungsprogramme für die Sozialarbeiter und Entwicklungshelfer zu entwerfen und Trainingsprogramme durchzuführen.[3]

Weniger als die Hälfte der thailändischen NGOs sind offiziell als Vereine, Gesellschaften oder Stiftungen registriert. Manche Gruppen sehen in einer staatlichen Registrierung lediglich eine amtliche Kontrollmaßnahme, die wenige Vorteile bietet, dafür aber mit zusätzlichen bürokratischen Arbeiten wie der Anfertigung von Jahresberichten verbunden ist. Anderen Organisationen wiederum, darunter einige der Regierung mißliebige Menschenrechtsgruppen, verweigert das Innenministerium seit Jahren die offizielle Anerkennung.[4]

Ursprung und Entwicklung der thailändischen NGO-Bewegung

Die erste regierungsunabhängige, entwicklungspolitische Organisation, die „Thai Rural Reconstruction Movement", nahm 1969 unter Leitung des damaligen Rektors der Thammasat Universität in Bangkok, Puey Ungpakorn, ihre Arbeit in den Dörfern der Provinz Chainat in Thailands oberer Zentralebene auf.[5] Zwischen 1973 und 1976, einer Periode parlamentarischer Demokratie und politischer Freiheiten, entstanden zahlreiche kleine Entwicklungshilfe-Initiativen in ländlichen Gebieten wie in städtischen Slums, zumeist von Studenten ins Leben gerufen. Alle diese Entwicklungsarbeiten fanden mit dem Militärputsch vom 6. Oktober 1979 ihr jähes Ende. Die anschließende blutige Verfolgung Oppositioneller durch das Militär zwang Tausende von Aktivisten dazu, in den Untergrund zu gehen und sich der Aufständischenbewegung der CPT (Kommunistische Partei Thailands) anzuschließen.[6]

Das Scheitern der kommunistischen Aufstandsbewegung Ende der 70er Jahre



NGO-Ausstellung in der Thammasat Universität zu Bangkok (Foto: P. Simon)

und das Erstarken des privatwirtschaftlichen Sektors mit den dadurch bedingten größeren politischen Freiräumen gelten als die hauptsächlichen Gründe für die Entwicklung der thailändischen NGO-Bewegung.

Während der letzten 15 Jahre haben thailändische Unternehmer, Bankiers und Geschäftsleute in Wirtschaft und Politik des Landes zunehmend an Einfluß gegenüber der traditionellen Elite aus Monarchie, ziviler und militärischer Bürokratie gewinnen können. Sie verfolgen in ihrer Mehrheit eine eher liberale Politik, favorisieren ein parlamentarisch- demokratisches Staatswesen und stehen gen privaten, sozialen Aktionsgruppen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Ohne die auf ihren Einfluß zurückgehende allmähliche Liberalisierung und Öffnung des politischen Systems seit dem Ende der 70er Jahre hätten die NGOs nicht den für ihre Arbeit konstitutiven legalen Rahmen finden können.

Ebenso schuf der gleichzeitige Zerfall der ehemals starken kommunistischen Guerilla günstige Voraussetzungen für das Entstehen neuer sozialer Aktionsgruppen. Der Weg des bewaffneten Aufstandes erwies sich in den Augen der meisten ehemaligen Aktivisten als nicht gangbar, die Arbeit in kleinen und konkreten Schritten erscheint erfolgversprechender. Enttäuscht und desillusioniert über die Politik dree CPT hatten sie sich Ende der 70er Jahre von der Partei abgewandt und waren im Rahmen einer staatlichen Amnestie aus den Bergen in die Städte zurückgekehrt. Nicht wenige von ihnen schlossen

sich dort den entsprechenden sozialen und entwicklungspolitischen Gruppen an, in denen sie bis heute eine führende Rolle spielen.[7]

Die bis heute ständig an Zahl zunehmenden Gruppen und Organisationen sind aber auch Ausdruck eines wachsenden sozialen Bewußtseins unter den Intellektuellen der städtischen Mittelschichten über die von Jahr zu Jahr sich verschlechternde Lage der Bauern auf dem Lande wie auch der städtischen Unterschichten. Die Organisationen werden in aller Regel durch ein Komitee verwaltet, dem häufig Hochschullehrer, Ärzte, Rechtsanwälte, Gewerkschaftsführer, hohe Beamte, buddhistische Äbte oder Kirchenvertreter unentgeldlich voranstehen. Diese „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" sollen helfen, die Aktionsgruppen „gesellschaftsfähig" zu machen, die Beschaffung von Geldmitteln erleichtern und eine gewisse Schutzfunktion gegenüber Angriffen von Seiten der Regierung oder des Militärs ausüben.

Die thailändische Regierung wie auch das Militär verfolgen nämlich mit großer Sorgfalt die Aktivitäten der verschiedenen NGOs, die sich insbesondere durch die Armeeführung häufigen Diffamierungen und Schikanen ausgesetzt sehen. Von kommunistischer Unterwanderung, Subversion und Bedrohung der nationalen Sicherheit ist dann meist die Rede. So sah sich vor einem Jahr die gerade erst im Aufbau befindliche thailändische Sektion von Amnesty International einer wütenden Attacke durch das Militär gegenüber, nachdem Folterungen kambodschanischer Flüchtlinge durch thailändische Soldaten ruchbar geworden waren. Nur durch Flucht ins Ausland konnte ein thailändisches Ehepaar und Mitglied der Gruppe sich seiner drohenden Verhaftung entziehen. Man hatte es verdächtigt, dem Ausland jene Informationen zugespielt zu haben.

Die thailändische Regierung, weniger um kommunistische Infiltration besorgt, hegt eher die Befürchtung, das soziale Engagement der intellektuellen unter den Bauern und Arbeitern könne zu politischen Unruhen und sozialen Spannuggen führen und dem Ansehen des Landes im Ausland Schaden zufügen, ausländische Investoren abschrecken oder gar zu einem Rückgang des Touristengeschäfts führen, dem derzeitigen Devisenbringer Nummer eins. Andererseits werden die Aktivitäten der NGOs hingenommen und sogar hin und wieder öffentlich lobend anerkannt, hofft man doch dadurch, soziale Kritiken besser kontrollieren und integrieren zu können, um diese nicht durch eine Politik der Repression dem „Extremismus" zuzutreiben. Erleichtert werden die regierungsoffiziellen Vereinnahmungsversuche noch dadurch, daß unter den fortschrittlichen Kräften in vielen wichtigen politischen Grundsatzfragen keine Einigung besteht, was gemeinsames Handeln oftmals erschwert.

Seit ein paar Jahren werden von Seiten einiger Aktiven angesichts dieser Schwächen verstärkt Versuche unternommen, der allgemeinen Zersplitterung, dem verbreiteten Gruppenegoismus, dem Ressortdenken etc. durch gemeinsame Planung, Strategieerarbeitung und Schulungskurse entgegenzuwirken. Verschiedene Organisationen haben sich zu gemeinsamen Trainingsprogrammen und -kursen für ihre Mitglieder zusammengefunden. Auch gemeinsam durchzuführende Projekte sind bereits in Angriff genommen worden. Regelmäßiger Informationsaustausch, Konferenzen und Seminare werden organisiert. Einige NGOs arbeiten eng mit universitären Projekten zusammen. Zum ersten Mal seit dem Militärputsch vom 6. Oktober 1976 organisierten etwa 50 Aktionsgruppen vom 12.-18. Nov. 1984 eine Ausstellung in der Thammasat Universität in Bangkok, die weithin Beachtung fand. An Büchertischen, durch Wandzeitungen und kulturellen Darbietungen informierten sie die Besucher über ihre Arbeit.

Die Suche nach einem konzeptionellen Rahmen für eine neue soziale Bewegung in Thailand fördert das Interesse vieler NGO-Mitglieder an den Erfahrungen anderer Dritte-Welt Länder, aber auch an den sozialen Bewegungen der westlichen Welt, wie der Friedensbewegungen und der Bewegung der Grünen. Zahlreiche Konferenzen mit Vertretern aus den asiatischen Nachbarländern, aus Japan und auch aus der BRD wurden bereits durchgeführt. vom 5.-20- Dez. 1984 fand das zweite große Treffen des „Thai-Deutschen Dialogs" in Bangkok und Bang Saen statt. Etwa 35 thailändische und 25 deutsche Teilnehmer aus Bauerngruppen, der Gewerkschaft, kirchlichen und privaten Entwicklungsorganisationen, Solidaritäts- und Dritte-Welt Gruppen, Menschenrechts- und Frauengruppen, Parteienvertreter (SPD und Grüne) und Journalisten berichten über die Arbeit und diskutier-



Teilnehmer der Zeremonie im Versammlungsraum des Tempels *(Foto: P. Simon)*

Vom Fußballturnier zur Nachbarschaftshilfe

Im Büro befindet sich in einem hübschen Holzhaus im typisch thailändischen Stil erbaut, etwas außerhalb der Stadt Nakhorn Sawan, im Norden der fruchtbaren Zentralebene des Landes gelegen, nur wenige Meter von der Stelle entfernt, wo sich die Flüsse Ping und Yom zu Thailands größtem Fluß, dem Chao Phya, verbinden. Ihre Organisation nennt sich „The Thai NGO Committee on Agrarian Reform and Rural Development" (WCARRD), umfaßt rund 30 bezahlte Mitglieder, von denen die Mehrzahl als Entwicklungsarbeiter direkt vor Ort in den Dörfern von insgesamt sieben Provinzen tätig ist. Mit Geldern der UNO und der australischen Regierung gegründet und in den letzten Jahren auch von Terre des Hommes unterstützt, zählt WCARRD heute zu einer der bedeutendsten privaten landwirtschaftliche Entwicklungsorganisationen Thailands.

Ermutigung der Bauern zu gemeinsamen Entwicklungsanstrengungen auf Dorfebene, Aufbau von Bauernkomitees und Heranbildung von Bauernführern gehören zu ihren obersten Aufgaben. „Vor vielen Jahren," so erzählt mir Somchai, ein 30-jähriger Entwicklungsarbeiter mit abgeschlossenem Jurastudium und ehemaliger Studentenaktivität, „haben wir zunächst damit begonnen, durch Meetings, Seminare, Trainingskurse, Filmvorführungen, gemeinsame Besichtigungsfahrten zu benachbarten Entwicklungsprojekten etc. die Bauern zur Teilnahme an dörflichen Entwicklungsunternehmen zu ermutigen. Als Ergebnis unserer anfänglichen Bemühungen entstanden sog. Problemlöse-Gruppen, in denen die dringendsten Probleme diskutiert und nach gemeinsamen Lösungswegen gesucht wurde. Heute, nach vier Jahren Arbeit, bestehen in den beiden Dörfern Frauengruppen, die auf in gemeinsamem Besitz befindlichen Feldern Baumwolle und Bohnen anbauen, auf Webstühlen ihre Kleider selbst herstellen und die für den Eigenbedarf unentbehrliche Fischsoße produzieren. Die Familienoberhäupter haben eine kleine Bank gegründet, die zinsgünstige Kredite an die Bedürftigsten des Dorfes vergibt. Gemeinsam wurden Fischteiche ausgehoben und eine Froschzucht organisiert. Der Aufbau einer Reisbank ist für den Anfang 1986 geplant, eine Studentengruppe aus Bangkok hat sich bereiterklärt, während der Semesterferien den Bau des Reisspeichers zu übernehmen. Auch die Jugendgruppen der beiden Dörfer spielen nicht mehr nur Fußball miteinander, sondern organisieren gemeinsam Nachbarschaftshilfen während der Erntemonate: „In den nächsten Jahren wollen wir diese und ähnliche Aktivitäten auch auf die benachbarten Dörfer ausdehnen."

Probleme allerdings bereiten, wie Somchai einräumt, nach wie vor die auf Lebenszeit gewählten Dorfchefs, die durch die Bauernkomitees sich in ihrem Einfluß beschnitten sehen und in einem Fall versuchten, einen Entwicklungshelfer aufgrund dessen politischer Vergangenheit als vermeintlichen Kommunisten beim Distriktchef zu denunzieren. Probleme bereiten aber auch die zahlreichen Spaltungen, Fraktionen un Cliquen innerhalb eines jeden Dorfes, die aus den verschiedensten Gründen bestehen un oftmals einem gemeinsamen Vorgehen im Wege stehen.



Die dörfliche Frauengruppe bearbeitet ein in kollektivem Besitz befindliches Baumwollfeld
Foto: P. Simon

ten Maßnahme einer verbesserten Kooperation. Seither konnten regelmäßige Konsultationen eingerichtet werden. Neben den jährlich stattfindenen Seminaren zum „buddhistisch-christlichen Dialog" besuchte Ende 1985 eine Delegation thailändischer Bauern die BRD, eine Gruppe deutscher Journalisten reiste ein Jahr später nach Thailand und für Anfang 1988 ist die Einladung einer Delegation thailäntischer ökologie- bzw. Umweltgruppen in der BRD in Vorbereitung.[10]

Entwicklungsstrategien thailändischer NGOs

Auf der Ebene von Benennung und Definition von Entwicklungsproblemen wie auch hinsichtlich Methode und Arbeitsstrategie besteht zwischen den NGOs keine gemeinsame Auffassung oder einheitliche ideologische Linie. In ihrer theoretischen Orientierung umfassen sie traditionalistisches, konservatives ebenso wie fortschrittlich-linkes Gedankengut. Aus Konferenzdebatten und Strategiepapieren lassen sich im wesentlichen drei unterschiedliche Konzepte identifizieren: eine „buddhistische", eine „kulturelle" und eine „politisch-ökonomische" Herangehensweise an Entwicklungsarbeit.

a) Der „buddhistische" Weg

Gemäß den unter thailändischen Intellektuellen sehr einflußreichen buddhistischen Reformpolitikern wie dem Mönch Buddhadasa[11] und dem traditionalistischen Sozialkritiker Sulak Sivaraksa[12] ist die innere, geistige Entwicklung des Menschen ebenso bedeutsam wie die äußere des sozialen Fortschritts. Mensch, Natur und Gesellschaft bilden im Buddhismus eine Einheit und sollten in Harmonie zueinander leben. Zur Pflege der seelischen Entwicklung gehören Liebe, Hingabe und Opferbereitschaft, Nachsicht dem Gegner gegenüber sowie Gleichmut angesichts von Erfolgen wie Mißerfolgen. Von ebenfalls vier Motiven sollten gesellschaftliche Aktivitäten geleitet sein. Es sind dies:

1. die Bereitschaft, alle materiellen und geistigen Güter mit anderen zu teilen,
2. ernstes, wahrheitsgemäßes Reden und Gleichbehandlung aller Menschen,
3. Handlungen zum gegenseitigen Nutzen und
4. Gleichheit im Sinne der Nicht-Anerkennung von Klassen und Kasten und das Vermeiden jeglicher ausbeuterischer Handlungen.

Konkrete Maßnahmen dörflicher Entwicklungsplanung werden als sekundär erachtet und nur insoweit als nützlich angesehen, als sie einer Rückkehr zu den geistigen und moralischen Ursprüngen buddhistischer Kultur förderlich sind. Der „moderne kulturelle Imperialismus" der westlichen Länder habe die Menschen ihrer Kultur, Religion und Tradition entfremdet, den Materialismus und Konsumismus verbreitet, Bedürfnisse nach

Macht und Prestige hervorgerufen, Konkurrenz und Haß gesät — mithin eine Entwicklung eingeleitet, die es umzukehren gelte, indem man zu den alten, traditionellen, buddhistischen Werten zurückkehrt.[13]

Die Gesellschaft wird als ein soziales Gebilde begriffen, das sich zusammensetzt aus den Elementen Religion, Kultur, Politik und Wirtschaft. Die Religion bestimmt dabei im wesentlichen die Kultur und zusammen bestimmen sie die Politik. Alle drei zusammen regeln die Wirtschaft. In der heutigen modernen, vom Materialismus geprägten thailändischen Gesellschaft seien die religiösen und kulturellen Werte geschwächt worden. Um die bestehenden sozialen Ungleichheiten zu beseitigen, müßten wieder die Bereiche Religion und Kultur gegenüber Politik und Wirtschaft ihre vormalige Dominanz zurückerhalten.



Von NGOs geförderte Nachbarschaftshilfe bei der Reisernte *(Foto: P. Simon)*

Praktische Anwendung findet diese dem Buddhismus verpflichtete Entwicklungsstrategie in einigen, durch Mönche initiierten und geleiteten landwirtschaftlichen Selbsthilfe-Projekten. Daneben gibt es Menschenrechtsgruppen, private Schulprojekte und Lehrerausbildungsstätten, die die buddhistische Ethik zur Grundlage ihrer Arbeit gemacht haben.

b) Der „kulturelle" Weg („cultural-community approach)

Dieses Entwicklungskonzept hat innerhalb der NGO-Bewegung während der letzten Jahre zunehmend an Einfluß gewonnen und stellt gegenwärtig die Hauptströmung dar. In vielen Punkten dem „religiösen" Weg nahestehend, wird die Analyse von Entwicklungsproblemen und die Setzung von Arbeitsschwerpunkten jedoch weiter gefaßt, kulturelle Identität und soziale Bewußtseinsbildung als wichtige Grundlagen für Entwicklung begriffen.

Im Zentrum der Analyse steht der Wandel des thailändischen Dorfes von einer ehemals autonomen, selbstversorgenden, auf gegenseitige Hilfe beruhenden Gemeinschaft mit intakter Sozialstruktur hin zu einer durch kapitalistische Konkurrenz und Profitdenken gekennzeichneten, materiell, geistig und sozial verarmten Dorfkultur. Das Eindringen des Marktes, neuer Technologien und einer modernen, zentralisierten Bürokratie, von außen aufgezwungen, habe die Dörfer ihrer Unabhängigkeit beraubt und den städtischen Zentren unterworfen.[14]



Bisherige Entwicklungsanstrengungen, wie Organisierung der Bauern in Komitees, Ausbildung von Bauernführern, Einrichtung von Fonds, Reisbank oder Büffelbank für besonders bedürftige Bauern, werden einer kritischen Prüfung unterzogen. Zu wenig seien bisher die folgenden Momente berücksichtigt worden:

- Ländliche Entwicklungsprojekte wie Kooperativen, Spar-Gruppen etc. basierten auf der Ideologie des Profitmachens und zerstörten die alten Werte gegenseitiger Hilfe und Zusammenarbeit.
- Bauernführer würden ausgewählt gemäß ihrer Bereitschaft an Entwicklungsprojekten aktiv mitzuwirken. Strukturen lokaler, informeller Dorfführerschaft würden vernachlässigt.
- Bis heute fänden sie den Bauern eigenen, auf ihrer Erfahrung und Tradition beruhenden Problemlösungsstrategien nur mangelhafte Berücksichtigung.

All diese Mängel beruhten darauf, daß es sich bei den Entwicklungshelfern um Angehörige der städtischen Mittelschichten handele, deren urbane Erziehung mit ihren, den westlichen, kapitalistischen Ländern entlehnten Theorien es ihnen erschwere, das soziale Wissensgut der Bauern zu verstehen und anzuwenden.

Als prinzipieller Rahmen für Entwicklungsaktivitäten gilt für die dem „kulturellen" Konzept verpflichteten Vertreter die Einsicht, daß die dörflichen Gemeinschaften über einen reichen Schatz an Erfahrungen hinsichtlich der Lösung von Problemen verfügen, die es aufzugreifen und weiterzuentwickeln gelte. Traditionelle Schlüsselfiguren wie geistige und religiöse Führer, Wunderheiler etc. sollten identifiziert und in ihrer Arbeit ermuntert werden. Entsprechend einer ganzheitlichen Sichtweise sollten Entwicklungsprojekte immer die gesamte Dorfgemeinschaft umfassen.[15]

Die Ideen und Vorstellungen müssen dabei von den Bauern selbst kommen; sie sind es, die Projekte initiieren und ausführen sollen. Entwicklungshelfer sind die Hilfskräfte, die die Erreichung des Ziels erleichtern können. Entwicklungsstrategien und -ideen, die von außen herangetragen werden, weisen die Vertreter des „kulturellen" Ansatzes zurück.

c) Der „politisch-ökonomische" Weg

In deutlichem Kontrast steht diese entwicklungspolitische Konzeption zu den beiden zuvor diskutierten. Sie hat während der letzten Jahre, nicht zuletzt auch durch den praktisch-politischen wie theoretischen Bankrott der kommunistischen Bewegung unter den thailändischen Intellektuellen spürbar an Einfluß verloren.

Die Vertreter dieses Weges kritisieren an den „religiösen" bzw. „kulturellen" Ansätzen deren romantische Verklärung der thailändischen Dorfgeschichte, die Verbreitung der Legende vom „Dorf als Mythos" anstelle konkreter Sozialgeschichte. Das vorkapitalistische Dorf werde fälschlicherweise als Einheit gesehen, zusammengehalten durch einen festen Bestand an religiösen und kulturellen Werten. Im Gegensatz dazu begreifen die Befürworter des „politisch-ökonomischen" Wegs die religiösen und kulturellen Werte als ideologische Formen einer bestimmten Produktionsweise. In ihren Analysen von Entwicklungsproblemen spielt die Klassenanalyse, die Frage der politischen und ökonomischen Macht, eine zentrale Rolle, während die erstgenannten Ansätze die hauptsächlichen Konfliktlinien auf moralisierende „gut-bös"-Gegensatzpaare wie vorkapitalistisch — kapitalistisch, Land — Stadt, innen — außen etc. reduzieren.

Im Rahmen einer politischen Analyse der thailändischen Gesellschaft wird diese als beherrscht gesehen durch ein undemokratisches politisches System. Demokratisierung wird daher zu einem hauptsächlichen Ziel von Entwicklung. Einige Menschenrechtsorganisationen arbeiten auf der Grundlage dieser Einschätzung.

Auf der Ebene einer ökonomischen

Analyse wird die thailändische Gesellschaft als kapitalistische begriffen, basierend auf Ausbeutung und ungleicher Verteilung von Produktionsmitteln. Im ländlichen Bereich sehen die diesem Weg verpflichteten NGOs ihre Hauptaufgabe darin, gemeinsam mit insb. den armen Bauern eine Vielzahl von kleinen landwirtschaftlichen Projekten zu initiieren, die allesamt auf Selbstversorgung und Marktunabhängigkeit gerichtet sind. Hierzu gehört das Anlegen individueller oder auch gemeinsamer Gemüsegärten, Fischteiche und die Kleintierzucht. Die Schaffung gemeinsamer Fonds soll die Abhängigkeit von Geldverleihern mit ihren exorbitanten Zinsen vermindern, gemeinsames Anschaffen von landwirtschaftlichem Gerät, Dünger etc. und die gemeinsame Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte soll die Verhandlungsposition der Bauern vis-àvis den Händlern verbessern. Religiöse Feste wie die „gnan-thord-phaa-paa“ — Zeremonie („den Mönchen Roben überbringen“) werden aufgegriffen und zur Beschaffung von Geldern für Entwicklungsfonds genutzt. Gleichzeitig werden die Bauern über die Projektarbeit hinaus ermuntert, gewerkschaftliche Gruppen, Interessengemeinschaften, Frauen- und Jugendgruppen zu gründen, und man hofft dadurch das allgemeine politische Bewußtsein anzuheben.

Schwierigkeiten, Unzulänglichkeiten und Probleme thailändischer NGOs

In Diskussionen mit Vertretern der verschiedenen im ländlichen wie städtischen Bereich tätigen NGOs stehen häufig die im folgenden kurz aufgelisteten internen Probleme und Schwierigkeiten im Vordergrund der Debatten:

1. Mangel an erfahrenem und kompetentem Personal, hohe Fluktuation der Mitglieder.
   Im Anschluß an ein absolviertes Hochschulstudium ist die entbehrungsreiche und unterbezahlte Tätigkeit in einem fernen Dorf, weit abgeschnitten von der vertrauten städtischen Umgebung, für den thailändischen Intellektuellen eine wenig attraktive langfristige Berufsperspektive. Die dadurch bedingte hohe Fluktuation unter den Mitgliedern beeinträchtigt eine kontinuierliche Arbeitsweise der Organisation.
2. Abhängigkeit von ausländischen Geldquellen, Mangel an organisatorischer Stabilität, an Anerkennung und Unterstützung durch die Öffentlichkeit.
   Die Mehrzahl der NGOs ist angewiesen auf meist für ein oder zwei Jahre befristete Mittel ausländischer Geldgeber. Die Fortführung der Projekte ist häufig bedroht. Nur wenige NGOs haben öffentliche Anerkennung und Förderung durch die thailändische Regierung oder durch private Hand finden können. Als Beispiel für eine unerwartet erfolgreiche Aktion gilt jene Kampagne des thailändischen Kinderhilfswerks im Jahre 1985, als das thailändische Fernsehen auf Intervention des Innenministeriums einen Spendenaufruf für hungernde Kinder aus dem Nordosten des Landes absetzte. Es kam daraufhin zu zahlreichen öffentlichen Protesten, tagelang wurde in den Medien über Unterernährung bei Kindern diskutiert, die Regierung mußte schließlich ihr Verbot zurückziehen und beim Kinderhilfswerk gingen zahlreiche Spenden ein.
3. Unzureichende Ausbildung der Mitglieder.
   Viele Entwicklungs- und Sozialarbeiter sind nur mangelhaft auf ihre Aufgabe vorbereitet worden. Es fehlt ihnen an wissenschaftlichen Arbeitsmethoden. Informationen und Erfahrungen werden häufig nicht festgehalten, eine systematische Auswertung und Analyse der Daten unterbleibt. Andere Entwicklungsarbeiter glauben, aufgrund ihrer negativen Erfahrungen mit der kommunistischen Bewegung und ihren marxistischen Globalanalysen nun ganz auf gesellschaftliche Theorien verzichten zu können. Durch ihr Leben unter den Bauern hoffen sie, ihre bürgerlich-intellektuelle Vergangenheit abstreiben zu können und mit der Zeit das Denken und die Gefühlswelt der Landbevölkerung zu übernehmen.
4. Konkurrenz und Rivalität zwischen den Organisationen, Mangel an internen demokratischen Strukturen, Tendenz zur Verbürokratisierung.
   Unterschiedliche entwicklungspolitische Konzepte, aber auch persönliche Rivalitäten tragen häufig zu Konkurrenzsituationen bei. Manche Organisationen scheinen eher das Wohl ihrer Gruppe im Auge zu haben als eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Betroffenen. Oder wie es mir gegenüber ein Bauernführer einmal ausdrückte: „Die Regierungsbeamten wirtschaften in ihre eigene Tasche, die NGO-Helfer in die ihrer Organisation. Wir wissen nicht, woher wir die Kredite zum Kauf für Dünger nehmen sollen, doch sie schaffen sich Computer an?“
   Viele NGOs zeigen intern hierarchische Entscheidungs- und Kompetenzstrukturen und sind kaum anders organisiert als entsprechende staatliche Stellen. Unter den einzelnen Mitgliedern herrscht nicht selten wenig Eintracht und Harmonie, da nur geringe Neigung besteht, interpersonelle Konflikte offen auszutragen.
5. Mangel an gemeinsamen Konzepten und Entwicklungsstrategien.
6. Neben internen Schwierigkeiten bestehen insbesondere auf Dorfebenen Probleme bei der Herstellung von Einheit unter den häufig in zerstrittene Fraktionen zerfallende Dorfgemeinschaften.
7. Schikanen der Regierung und des Militärs.
   Eine erfolgreiche Arbeit der NGOs bleibt abhängig von einem politischen Klima, welches ein gewisses Maß an demokratischen Freiheiten zuläßt.[16] Wie ein Blick auf Thailands Vergangenheit lehrt, kann sich aber jederzeit die politische Lage in Thailand grundlegend ändern. Der letzte, allerdings fehlgeschlagene Putschversuch des Militärs liegt erst weniger als drei Jahre zurück. Schließlich ist eine wirksame Entwicklungsarbeit auf Gemeindeebene nur möglich mit zumindest der Duldung durch die örtlichen Behörden und lokalen Machtgruppen. Gerade diese aber sind in Thailand besonders korrupt und skrupellos in der Verfolgung ihrer Interessen. Im Falle von Konflikten können NGOs weder ihren Mitgliedern noch den Betroffenen größeren Schutz gewähren.

Paul Simon

Anmerkungen

1. Nach: Thai volunteer Service (Hrg.), Verzeichnis der NGOs in Thailand. Bangkok. 1986 (in Thai)
2. Vgl. SURICHAI WUN'GAEO, Non-Governmental Development Movement in Thailand, p.9. A paper presented at the UN University Conference of Transnationalisation, the State and People's Movement. Oct. 1985. Penang, Malaysia
3. Ebenda, S. 10
4. Vgl. SUPARB PAS-ONG, Anatomie der Nicht-Regierungsorganisationen in Thailand. In: Südostasien-Information 3/86. Bochum. S. 17
5. P. HIRSCH, Which Route to Rural Prosperity? Thailand's Development Debate. In: Inside Asia, April-May 1986, No. 8. London. S. 22-25
6. CHAI-ANAN SAMUDVANIJA und D. MORELL, Political Conflict in Thailand. Reform, Reaction, Revolution. Cambridge 1981, S. 285 ff.
7. Vgl. R. v. REUBEN, Ein neuer Anfanf in Thailand. die NGO-Bewegung. In: Entwicklungspolitische Korrespondenz, 3/85. Hamburg S. 7-9
   Mehr über die Hintergründe des Scheiterns der thailändischen kommunistischen Bewegung und über die Rolle der Studenten innerhalb der Aufstandsbewegung läßt sich den älteren Jahrgängen der Südostasien-Information (1982-1984), Bochum entnehmen.
8. Ebenda, S. 8
9. J. MARSHALL, People are participating in the creation of Thai development everywhere. NGO-Fair at Thammasat University. A personal view. In: Thai Development Newsletter, 2/4, 1985. Bangkok. S. 3-6
10. Vgl. u.a.:
    J. MARSHALL, Thai German Dialoque 1984. In: Thai Development Newsletter, 3/1, 1985, Bangkok
    Aktuelle Gespräche. Evangelische Akademie Bad Boll. 1/85. Bad Boll
    Deutsch-Thailändischer Dialog. Bangkok. 1984 (Sammlung aller Sitzungsprotokolle und Erfahrungsberichte)
11. Vgl. u.a.:
    P. JACKSON, Buddhadasa and the Reform of Theravada Buddhism in Thailand. Bangkok, 1986
12. Von den zahlreichen Veröffentlichungen SULAK SIVARAKSAs in englischer Sprache sei erwähnt:
    A Buddhist Vision for Renewing Society. Bangkok 1986
13. SULAK SIVARAKSA 1985, a.a.O., S. 19
14. Vgl.:
    APICHART TONGYOU, Village: Autonomous Society.
    VICHIT NATHASUWAN, Village Institution and Development Work.
    Beie Aufsätze in: SERI PHONGPHIT (ed), Back to the Roots. Village and Self-Reliance in a Thai Context. Bangkok 1985
15. BAMRUNG BUNPANYA, Country Report: Thailand. In: Asian Action. Bagkok. May-June 1986
16. Vgl. J. UNGPHAKORN, A Summary of the Situation and Problems of Thai Development NGOs. Paper for Thai Development Support Conference. Nov. 1, 1985. Bangkok

Wenig Bewegung nach 20 Jahren Diktatur



Die Spielräume von Indonesiens NGO Szene

Am 17. September 1986, gut eine Woche, nachdem die Regierung von Indonesien die Landeswährung Rupiah um 45 % abgewertet und damit unverzüglich radikale Preissteigerungen verursacht hatte, besuchte der französische Präsident Mitterand zusammen mit Präsident Suharto die Technische Universität Bandung. Als sich die Delegation dem Hauptgebäude näherte, riefen über 2500 Studenten in Sprechchören: „Liberté! Liberté!" Sie entfalteten ein Spruchband mit den Worten: „Nach 45 % Abwertung können wir nicht einfach ‚Hallo' sagen!"

Im Nachbarland Philippinen würde diese Nachricht unter zwanzig ähnlichen versinken. Wagen es Indonesier einmal, ihrem Unmut öffentlich und organisiert Ausdruck zu verleihen, fragen sich Beobachter sofort, ob diese Demonstration Markstein für den Beginn einer neuen Studentenbewegung sei.

Vielleicht ist hier der Wunsch Vater des Gedankens. Vielen ist es in Indonesien gemessen an einer sich langsam abnutzenden 20-jährigen Militärdiktatur zu ruhig. Es herrscht wirklich Ruhe obwohl es genug Gründe zum Protest gäbe. Tatsächlich haben Jakarta's Generäle innenpolitisch nicht allzu viel zu befürchten — solange sie sich nicht untereinander das Leben schwer machen.

Verglichen mit dem bewegten Nachbarland Philippinen hat Indonesien, mit seinen 165 Millionen Einwohnern fünftgrößter Staat der Welt, keine bedeutende Opposition aufzuweisen. Die Linke ist tot, und die „neuen sozialen Bewegungen" bereiten sich noch auf ihre Geburt vor. Damit könnte man diesen Bericht abschließen, würden nicht zwei Fragen den Blick hinter die Kulissen des Inselstaates spannend machen:

1. Wie kommt es, daß in dem Land, in dem es die größte kommunistische Partei außerhalb der sozialistischen Welt gab, fast jegliche Opposition im Keim erstickt werden konnte?
2. Warum schießen ausgerechnet in diesem Bewegungs-losen Land NGOs selbst in den entlegensten Dörfern wie die Pilze aus dem Boden?

NGOs, das sei an dieser Stelle vorweggenommen, beinhalten die einzigen und letzten Elemente oppositioneller Aktivitäten in Indonesien. Oder: Was es an „neuen sozialen Bewegungen" zu finden gibt, ist bei den NGO's zu suchen.

Aktionspakete zur Demokratievernichtung

Niedrige Schätzungen sprechen von 500.000, höhere von einer Million Menschen, die 1965 ihr Leben lassen mußten, als das Militär einen Tag nach einem fehlgeschlagenen, angeblich kommunistisch dirigierten Putsch begann, Kommunisten, Nationalisten und Demokraten abzuschlachten.

Über Jahre wurden die Menschenrechte mit Füßen getreten. Von den im Verlauf des Putsches Verhafteten waren 10.000e bis zu 14 Jahren ohne Prozeß inhaftiert. Noch immer sitzen hunderte im Gefängnis und warten auf Schauprozesse oder die Vollstreckung der Mitte der siebziger Jahre gefällten Todesurteile.

Nach den Säuberungsaktionen konnte Suhartos Militärdiktatur damit rechnen, daß die verbliebenen oppositionellen Kräft eine lange Regenerationsphase brauchen. Sie nützte die Zeit, strukturelle Veränderungen zu schaffen, um die Position der „Neuen Ordnung" zu festigen.

Das sieht sich heute so an:
- Das Militär kontrolliert die Wirtschaft, alle gesellschaftlichen Bereiche sowie den Staatssicherheitsdienst
- Regionale Widerstandsbewegungen auf den 13.000 Inseln werden radikal unterdrückt, die „Außeninseln" militarisiert und „javanisiert" (d. h. die Kultur der Hauptinsel Java wird ihnen aufgezwungen)
- Medien und Literatur unterliegen strengster Zensur
- Parteien und Massenorganisationen werden kontrolliert und gleichgeschaltet.

Zerschlagung und Unterdrückung der Opposition

Einige der Maßnahmen, die insbesondere dazu dienen, das Wiederaufleben oppositioneller Gruppierungen, z. B. sozialer Bewegungen, zu verhindern, seien im Anschluß dargestellt.

Parteien

Die PKI, die kommunistische Partei Indonesiens, die alleine 3 Millionen Mitglieder

hatte und in deren Massenorganisationen weitere 10 Millionen Menschen organisiert waren, wurde von den Generälen, die den ehemaligen Präsidenten Sukarno kaltgestellt hatte, verboten. Die Partei hat sich von diesem Schlag nie erholt; sie hat nicht einmal eine Untergrund- oder „Dschungel"-Organisation aufbauen können wie ihre philippinische Schwesterpartei. Der Grund dafür lag auch in der PKI selbst, deren Kader hauptsächlich in den Städten konzentriert waren. Die Geschehnisse von 1965 trafen sie so unvorbereitet, daß sich der „PKI-tiger" als „zahme Hauskatze"[1] entpuppte.

Die restlichen Parteien — nach den Wahlen von 1960 hatten 20 Parteien Parlamentssitze — wurden in zwei Gruppen gepreßt und somit das politische Meinungsspektrum minimiert. Geblieben ist die PPP, die Gruppe der konservativ-islamischen Parteien und die PDI, das Bündnis der christlichen und demokratischen Gruppen.[2] Diese Parteien wurden inzwischen dazu gezwungen, als ihre oberste Leitlinie die Staatsphilosophie Pancasila[3] anzuerkennen.

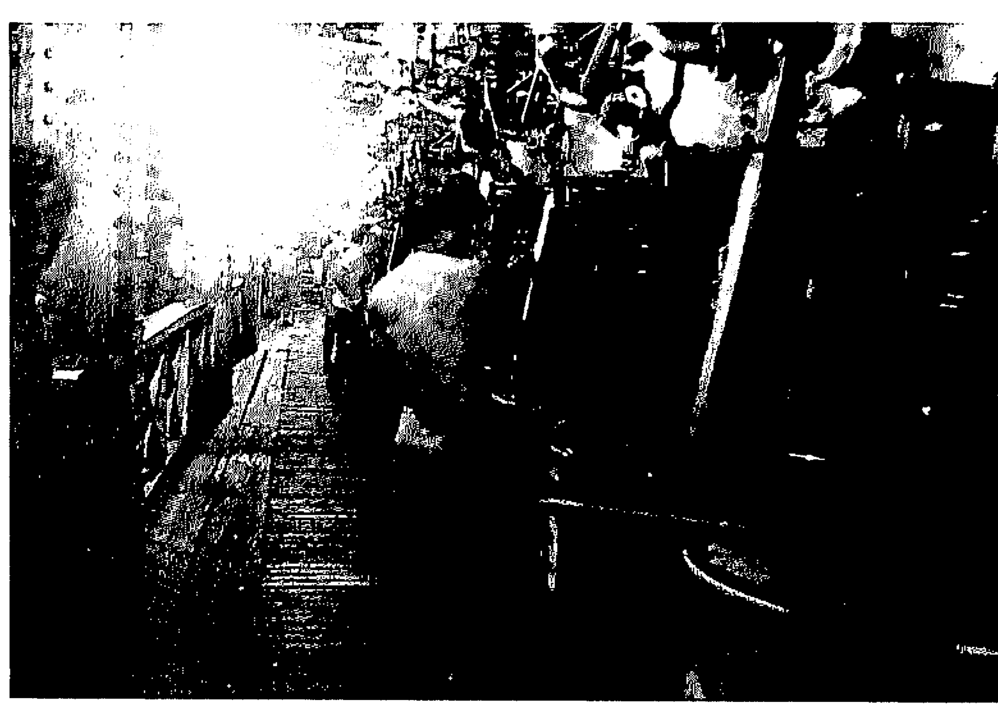
Sprachrohr der regierenden Militärs ist deren selbserrichtete „Partei", die „Sekber Golkar", das „Sekretariat der funktionalen Gruppen", in dem Anfang der siebziger Jahre Gewerkschaften, Genossenschaften, Berufsverbände u.a.m. zusammengeschlossen wurden. 1971 brachte sich Golkar mit entsprechenden Manipulationen an die Macht. Im April dieses Jahres, wenn Jakartas Generäle wieder zur Wahlurne bitten — sie nennen es das „Fest der Demokratie" — werden wie vor jeder Abstimmung 96 von 460 Parlamentssitzen Militärs einnehmen, die der Präsident selbst zu Abgeordneten ernannt hat.

Massenorganisationen

Der Großteil der Massenorganisationen in Indonesien hatten bis zu ihrem Verbot und der Liqidierung ihrer Mitglieder der PKI nahegestanden oder waren ihr angegliedert. Dazu gehört z.B. „Barisan Tani", größter indonesischer Bauernverband, oder die Frauenorganisation GERWANI, die alleine 1,5 Millionen Mitglieder zählte.

Nach der Auslöschung der Massenorganisationen, zu denen auch nationalistisch gesinnte Gruppen, wie z.B. GERMINDO, ein der Dukarno-Partei PNI nahestehender Studentenverband, gehörten, schuf sich die Regierung ihre eigenen Institutionen. Es sind Organisationen, die völlig unter staatlicher Kontrolle stehen, wie folgendes Beispiel zeigt:

Größter indonesischer Gewerkschaftsbund war bis 1965 SOBSI, dessen Vorsitzender, der PKI-Funktionär Munir, nach 20jähriger Haft 1985 hingerichtet wurde. Die Generäle hatten zunächst Gewerkschaften verboten; 1973 riefen sie den FBSI, das „Bündnis der Arbeiter von Gesamtindonesien", ins Leben. Die gesetzlichen Regelungen der Sukarno-Ära blieben im wesentlichen bestehen. Wann gestreikt wird, bestimmt Arbeitsminister Sudomo, der dazu selbst sagt: „Um zu streiken, bedarf es einer Genehmigung, und die werde ich auf gar keinen Fall erteilen, weil m.E. ein Streik das Festhalten an liberalen Vorstellungen demonstriert."[4]



Fabrikarbeit in Indonesien

Auf einem Kongreß 1985 wurde der Gewerkschaftsbund umgetauft. Das klassenkämpferisch angehauchte Wort „Arbeiter" verschwand aus seinem Namen. Der innere Zustand dieser Organisation ist von Konfusion und Rivalitäten bestimmt. Das Indonesien-Magazin TAPOL aus London bezeichnet dies als charakteristisch für die von der Regierung infiltrierten Massenorganisationen.[5]

Es geht noch weiter: Für alle Gruppierungen, auf die Indonesiens Regierung noch keinen unmittelbaren Einfluß nehmen konnte, — dazu zählen die meisten NGOs — verabschiedete sie 1985 ein Gesetz, das alle nicht-staatlichen Organisationen unter ihre direkte Kontrolle bringt. Dazu gehört — wie bei den Parteien — die Verpflichtung auf die Staatphilosophie Pancasila. Außerdem ist bezweckt:

- Struktur und Finanzen der NGOs zu kontrollieren,
- Organisationen einzufrieren, die der (individuell auslegbaren) Pancasila-Philosophie widersprechen,
- selbst Massenorganisationen zu gründen, die unmittelbaren Einfluß auf kleine Aktionsgruppen und Organisationen nehmen und sie im Zweifelsfall „schlucken" sollen.

Mit diesem Gesetz ist der Regierung zweifellos ein großartiger Schachzug gelungen.

Dorfgemeinschaften

Ein weiteres Instrument, das sich die Militärs gegen das Wiedererstarken möglicher Opposition geschaffen haben, ist die Einflußnahme auf die traditionelle Dorfstruktur. Der wichtige Posten des Dorfoberhauptes wird heute vom Innenministerium und häufig mit einem Militär besetzt. Das Kommunalregierungsrecht hat die Dorfversammlung als demokratische Institution zerstört. Parteiorganisationen unterhalb der Bezirksebene sind verboten. In den Dörfern herrscht die Hierarchie der staatlichen Bürokratie. GOLKAR, die sich ja nicht als Partei i.e.S. versteht, kann mit ihren funktionalen Gruppen die Dorfpolitik bestimmen. Vorsitzende des „Programms zur Familienwohlfahrtsförderung" (PPK) ist z.B. automatisch die Frau des Bürgermeisters. Sie ist damit ebenso automatisch Mitglied im Gemeinderat und scheidet zugleich mit ihrem Mann aus ihrer Funktion aus.

Mit diesem System wurden Nachbarschaftshilfe und lokale Demokratie völlig bürokratisiert und noch dazu als „javanisches Kulturgut" den Außeninseln aufgezwungen.

NGOs und die Rudimente neuer sozialer Bewegungen

Suharto hat es geschafft, seine 13.000 Inseln in bewundernswerter Weise unter Kontrolle zu bringen. Doch es bleiben immer noch die NGOs. „Obwohl es keine genauen Zahlen gibt", heißt es in einer indonesischen NGO-Zeitschrift, „steht rein quantitativ das Anwachsen der NGOs in Indonesien nicht hinter Indien zurück, dem ‚Zentrum der Armut' in Asien..."[6] Die Zahl der indonesischen NGOs ist unüberschaubar geworden. Der ergänzungsbedürftige Katalog von „Bina Desa", einer Netzwerkorganisation in Jakarta, beschreibt in seiner 4. Auflage mehrere 100 Organisationen, die im Bereich „Community Development" arbeiten.[7] Die meisten von ihnen sind als „Yasan", als Stif-

tung, registriert; ihr Spektrum ist heterogen.

Typen von NGOs

Geimeinsamer Nenner indonesischer NGOs ist höchstens eine Art „Bürokratiemüdigkeit", doch das Verhältnis zur Regierung ist ebenso unterschiedlich wie die Arbeitsbereiche und Ziele der Gruppen. Da gibt es zunächst die „Star"- oder „5-Sterne-NGOs" Diese zumeist sehr großen NGOs haben ihren eigenen Apparat und sind hauptsächlich in Java zuhause, unterhalten aber Zweigstellen in den entlegensten Provinzen. Sie finanzieren sich z.T. mit Staatsgeldern und werden damit auch zur Exekutive staatlicher Programme Darüberhinaus sind sie die wichtigsten Ansprechpartner der großen ausländischen Geldgeberorganisationen.

Liberales Aushängeschild dieser „5-Sterne-NGOs" ist LBH, die größte Rechtshilfe-Organisation Indonesiens. LBH (= Lembaga Bantuan Hukum) steht mit ihren zahlreichen Filialen im ganzen Land unterpriviligierten Bevölkerungsschichten mit Rechtsberatung bei Umsiedlungsfällen, Konflikten mit dem Arbeitgeber o.ä. zur Seite.

Unter den kleinen und mittelgroßen NGOs gibt es einerseits Stiftungen, die mit viel Geschick ausländische Gelder ergattern, um dann als Privatexekutive des staatlichen Kaninchenzüchtungs-Programmes oder anderer Regierungsmaßnahmen zu wirken. Es arbeiten aber auch eine Reihe von Gruppen unmittelbar an der Basis, für die das Etikett „Bürokratiemüde Humanisten" passend ist: NGOs, die versuchen, Probleme, mit denen sie sich in ihrer Umgebung konfrontiert sehen, mit außerstaatlichen Eingriffen zu lösen. Die Bürokratiemüdigkeit ist keineswegs als grundsätzliche Kritik an Regierung und Gesamtsystem zu sehen, sie richtet sich gegen die Unfähigkeit und Korruptheit der lokalen Bürokratie, mit der man unmittelbar zu tun hat. Da die Arbeit direkt der Bevölkerung zugute kommen soll, versuchen diese Graswurzelgruppen die Reibungs- und Bestechungsverluste, die der Umgang mit der Verwaltung mit sich bringt, möglichst zu umgehen.

Wenn man diese Kritik am Staatsapparat, die zumeist beim Kabupaten (Distrikt) stehenbleibt, etwas weiter nach oben lenken könnte, wären einige dieser Gruppen gutes Potential für „neue soziale Bewegungen". Doch die Überzeugung, daß an der nationalen Entwicklungspolitik etwas falsch sein könnte, teilen nur die wenigsten. Die Projekte dieser „Strukturveränderer", wie der dritte Typ von NGOs genannt werden soll, unterscheiden sich nach außen hin nur wenig von den Aktivitäten der „Humanisten". Wo die Gründung von „alternativen" Bauernverbänden oder Gewerkschaften aufgrund der beschriebenen gesetzlichen und politischen Bedingungen nicht möglich ist, bleibt als zentraler Arbeitsbereich eine alternative, nicht von der Staatphilosophie Pancasila infiltrierte Bewußtseinsbildung. Allein sie ist notwendige Basis dafür, daß in Zukunft die eine oder anderer heilige Struktur-Kuh Indonesiens geschlachtet werden kann.

Hier zwei Beispiele:

Streiks von Fabrikarbeitern, so können die zitierten Worte von Arbeitsminister Sudomo verstanden werden, haben wenig Chancen, die erforderliche Genehmigung zu erhalten. Dennoch gibt es in Indonesien hunderte von wilden Streiks. Von der Regierungsgewerkschaft haben die unzufriedenen Arbeiter („Wir streiken wirklich nur, wenn wir nicht mehr ein noch aus wissen!" so eine Arbeiterin) nichts zu erwarten, wohl aber von einigen NGOs, die vor allem im Bereich der Rechtshilfe tätig sind. Wer seine Ansprüche auf Mindestlohn oder Krankenversicherung kennt, hat selbst in Indonesien Chancen, vor Gericht zu gewinnen. Die „Strukturveränderung" beginnt dort, wo die jeweilige NGO nicht bei der reinen juristischen Beratung bleibt, sondern die Arbeiter auch über die Hintergründe für die Ineffizienz des Gewerkschaftsbundes o.a. aufklärt und ihnen Wege und Mittel eröffnet, um sich selbst zu organisieren.

Indonesien ist ein Agrarland und ein „Musterland" der „Grünen Revolution". Die Schikanen, denen Millionen von Kleinbauern bei der Einführung neuer Reissorten ausgesetzt wurden, sind unzählbar und nehmen kein Ende. „Man hat mir den fast reifen Reis abgeschnitten", beschwert sich eine Bäuerin, „weil angeblich ein Schädling im Feld sein soll. Als Ersatz habe ich nur die Samen für eine andere Reissorte bekommen." Im gleichen Dorf, nur wenige Schritte vom Haus der Bäuerin entfernt, versammelt sich die Dorfjugend und spielt Theater. Aber sie probt nicht für eine Aufführung: Ein junger Mann spielt gerade den Militär, der dafür sorgt, daß der Reis der Frau abgeschnitten wird. Die jungen Leute stellen im Spiel ihre eigene Umwelt dar und versuchen die Strukturen zu begreifen, die für die Ereignisse in ihrem Dorf verantwortlich sind: Theater als Methode zur Bewußtseinsbildung in einem Land, in dem noch nicht einmal die Studenten auf der Universität zu kritisieren und zu diskutieren lernen.

Vernetzung

Eine „Strukturveränderungs-NGO" mach natürlich noch keine soziale Bewegung. „Vernetzung" heißt das Zauberwort hier wie in Deutschland, und es ist auch in aller Munde bei der beeindruckend großen indonesischen NGO-Szene. Doch wieder ist Vorsicht geboten: Auch in die Strategie von Umwelt (und NGO-!)Minister Emil Salim gehör Vernetzung, und zwar eine vertikal-horizontale. Die Spinne in der Mitte sind die 5-Sterne-NGOs, wie z.B. WALHI, der Dachverband für die NGOs, die im Umweltbereich arbeiten. Diese

Großorganisationen sind nicht nur Empfänger der großen ausländischen Gelder, sondern verfügen außerdem über einen Verwaltungsapparat, der dem staatlichen überlegen ist. Sie heben — weit von der Zentrale — kleine Tochter- oder Patentorganisationen aus der Taufe, vermitteln Kontakte zu Sponsoren. Sie schulen die „Kleinen im Management, Organisation und Finanzen, Bereiche in denen die engagierten Graswurzler häufig wenig Vorwissen mitbringen. So schaffen die „5-Sterne-NGOs" einerseits Verbindungen unter den kleinen Gruppen, bekommen andererseits aber einen Einblick in deren Aktivitäten und Finanzierung. Kurz, sie arbeiten als bürokratisch vergleichsweise effizienter, verlängerter Arm der Regierung, die im Rahmen des bereits erwähnten Gesetzes zu Massenorganisationen Kontrolle über kleine NGOs gewinnen und unliebsame Gruppen ausschalten will.

Diese Strukturen sind schwer zu durchschauen. Die ausländischen Beobachter, die hier auf die große vernetzte, geschulte, von „Partizipation" und „Dezentralisierung" sprechende NGO-Szene triffe, kann nur beeindruckt sein. Noch viel beeindruckter zeigen sich die kleinen NGOs, in den entlegensten Dörfern und Provinzen, zu denen plötzlich der Abgesandte einer 5-Sterne-NGO aus Jakarta kommt, ein Schulungsseminar in der Provinzhauptstadt anbietet und Gelder von der großen Ford-Foundation aus dem entfernten Amerika oder der etwas kleineren Adenauer Stiftung aus Deutschland zu organisieren verspricht.

Neue soziale Bewegung ist das nicht. Der Weg führt zurück zu den Strukturveränderern, die sich als Einzelkämpfer „befreite Gebiete" schaffen können: die streikbereite, geschulte Arbeiterschaft an zwei Betrieben einer Stadt, die widerspruchsbereite und innovationsfreudige Bauernschaft in dem Dorf, wo die „Grüne Revolution" nur schlechten Reis gebracht hat. Auch diese Gruppen müssen sich vernetzen, untereinander schulen, überörtlich Erfahrungen austauschen und Aktionen durchführen. Wenn in fünf Städten die Arbeiter — unterstützt von NGOs — gemeinsam streiken, geht hier die Arbeiterbewegung nicht den Weg zur Diktatur des Proletariats, sondern eine „neue soziale Bewegung" zeigt ihre Früchte. Ansätze zu solchen Vernetzungen gibt es, aber die Indonesische Regierung findet ihre Methoden, dies zu erschweren — sei es durch die Verletzung des Briefgeheimnisses oder die beschriebenen vertikalen Zwangsvernetzungsstrategien.

Die Frage bleibt, ob ein Volk, das seit Jahrhunderten bürokratischen Zentralismus und obrigkeitsstaatliches Denken gewöhnt ist, sich in naher Zukunft „bewegen" wird. NGOs können mit Bewußtseinsänderungen „zur Seite stehen", müssen aber darauf achten, nicht selbst wieder zu kleinen zentralistischen Bürokratien zu werden, die Bedürfnisse und Wünsche der Bevölkerung besser kennen als diese selbst.

Anmerkungen:

1. Rainer Werning: Indonesien 1965-1985, Lange Schatten des Terrors, Münster 1985, S. 28
2. In Indonesien sind knapp 90 % der Bevölkerung Muslims und ca. 8 % Christen.
3. Pancasila ist die bereits von Präsident Sukarno entworfene Staatphilosophie. Sie umfaßt 5 Prinzipien: Glauben an einen Gott, nationale Einheit, Humanität, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Die Anerkennung der Pancasila als oberstes Prinzip trifft vor allem die islamischen Gruppen, die noch immer von der Gründung eines islamischen Staates träumen.
4. Berita Buana (Jakarta) vom 21. 12. 83., zit. nach Rainer Werning, a.a.O. S. 51
5. Government grip of workers' organisation tightened. In: TAPOL Bulletin No. 73. Januar 1986
6. Kandyawan. Idealisme: Di mana Petanya utuk Lembaga Swadaya. In Bulletin Bina Desa, No. 53., Juni, S. 4
7. Sekretariat Bina Desa: Katalog Bina Desa, Profil Lembaga-Lembaga Swasta Pengembang Masyarakat, 4. Auflage, Jakarta 1983

— Erika Jung —

Rechtshilfe in Indonesien

Fall Simpruk: *108 Familien wurden aus ihren Häusern in Simpruk vertrieben, da ihr Land, auf dem sie wohnten, an ein Bauunternehmen verkauft wurde, das auf dieser Fläche eine Siedlung für reiche Indonesier bauen wollte. Die Familien erreichten durch die Unterstützung des indonesieschen Rechtshilfeinstituts LBH (Lembaga Bantuan Hukum) wenigsten, daß sie Entschädigung für das verlorene Land erhielten Zu Beginn er Auseinandersetzung war dies keineswegs sicher.*

Fall Dietje: *Pak De, ein »Wunderheiler«, wird angeklagt, das Photomodell Dietje in Jakarta ermordet zu haben. Der Fall stößt auf großes öffenliches Interesse, da es Gerüchte gibt, Dietje sei einem Mordauftrag zum Opfer gefallen und mit Pak De solle ein Unschuldiger verurteilt werden, um den Mordauftrag zu vertuschen. Er wendet sich an LBH und bittet um Verteidigung.*

Fall P.T. Textra: *Arbeiter der Firma P.T. Textra wehren sich gegen neue Verordungsn des Managements, das Management entlässt daraufhin Arbeiter. LBH hilft den Arbeitern, ihre Forderungen gegenüber Regierungsstellen und dem Parlament zu vertreten und vertritt sie auch später vor dem Arbeitsgericht. Mit Unterstützung von LBH erreichen die Arbeiter einige Teilerfolge, u.a. setzen sie die Bezahlung von Überstunden durch.*



LEMBAGA BANTUAN HUKUM

Das Emblem der LBH

Entstehung von LBH, Aufgaben und Ziele

1969 schlug A. Buyung Nasution der indonesischen Anwaltsvereinigung vor, ein Rechtshilfeinstitut zu gründen, das mittellosen Leuten kostenlose Rechtsberatung und Rechtshilfe gewährt. Während seiner Zeit als Amtsrichter hatte er die Erfahrung gemacht, daß Leute ohne Geld oder Einfluß bei rechtlichen Auseinandersetzungen hoffnungslos benachteiligt sind. 1970 eröffnete er dann im Auftrag der Rechtsanwaltskammer das Rechtshilfeinstitut LBH in Jakarta. Dieses Institut hat es sich zur Aufgabe gemacht: 1. Armen und bedürftigen ohne Rücksicht auf religiöse, rassische oder politische Anschauung Rechtshilfe zu gewähren, 2. das Rechtsbewußtsein innerhalb der Gesellschaft zufördern und 3. beim Aufbau und der Erneuerung des Rechts und bei seiner Durchsetzung mitzuwirken.

Entwicklung und Organisation von LBH

Inzwischen gibt es in ganz Indonesien 13 Zweigstellen von LBH, die (bis 1986) bereits 56.000 Fälle betreut haben. Die Art der Fälle reicht von Strafprozessen über Scheidungen zu Problemen des Bodenrechts, des Arbeitsrechts und anderer ziviler Rechtsstreitigkeiten. Der Klient wendet sich an ein LBH-Büro, muß ein Formular ausfüllen (oder wenn er Analphabet ist, die entsprechenden Informationen mündlich geben) und mit einem Mitarbeiter des teams spre-

Titelkarikatur einer LBH-Zeitschrift

chen. Nach Rücksprache im Team wird entschieden, ob Rechtshilfe gewährt wird. Voraussetzung ist normalerweise ein Nachweis der finanziellen Bedürftigkeit, zudem muß der betreffende Fall eine Rechtsgrundlage haben. Dem Klient wird ein Verteidigr zugewiesen, der von einem Assistenten bzw. Praktikanten (Jurastudent kurz vor dem Studienabschluß) unterstützt wird. Der Klient muß eine einmalige Gebühr von 3000 Rupiah (ca. DM 3,50) bezahlen. Der Rechtsanwalt von LBH vertritt ihn, falls nötig, vor Gericht, hilft bei erforderlichem Schriftverkehr oder erledigt diesen. Anspruch von LBH ist es, die Klientel möglichst bei allen Vorgängen miteinzubeziehen, um Passivität vorzubeugen. Der Klient soll das, was er bei seinem Fall gelernt hat, möglichst an seine Kollegen oder Nachbarn weitergeben. LBH versucht, vorrangig Angehörige der Unterschicht zu erreichen, aber dies ist bisher nur in begrenztem Maße gelungen. Nach einer von LBH selbst durchgeführten Untersuchung wird allenfalls die untere Mittelschicht erreicht.

Neben der direkten Rechtshilfe (Individualfälle und Kollektivfälle) macht LBH zudem Öffentlichkeitsarbeit. Es gibt einen Jahresbericht zur Menschenrechtssituation in Indonesien heraus, veröffentlicht eine zeitschrift (Bantuan Hukum — Human Rights Forum) und führt Forschungen zu Rechtsfragen durch. LBH ist in beschränktem Maße an der Juristenausbildung beteiligt, Jurastudenten (in Jakarta 21 pro Jahr) können ein einjähriges Praktikum ohne Gehaltszahlung ableisten. Finanziert werden die LBH-Aktivitäten durch Spenden von Einzelpersonen und Firmen, bestimmte Teile der Arbeit auch durch Hilfsgelder aus dem Ausland.

Strukturelle Rechtshilfe

In Anlehnung an den Begriff der strukturellen Gewalt entstand in den siebziger Jahren der Begriff der strukturellen Rechtshilfe. Die Vertreter dieses Konzepts weisen darauf hin, daß die Aufgabenstellung eines Rechtshilfeinstituts nicht darauf beschränkt werden kann, in konkreten Einzelfällen einzelnen Individuen oder Gruppen Rechtshilfe zu gewähren, sondern eine solche Organisation auch hinterfragen muß, in welcher Situation und in welchen Strukturen Menschen in rechtliche Bedrängnis geraten. Somit muß ein Rechtsproblem nicht nur unter juristischen, sondern auch ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Gesichtspunkten betrachtet werden. Seit Ende der siebziger Jahre versucht LBH, dem Konzept der strukturellen Rechtshilfe zu folgen und auf Änderungen der Grundmuster des Rechts zu dringen, um strukturelle Unterdrückung abzubauen. LBH führt Diskussionen und Seminare zu rechts- und allgemeinpolitischen Fragen durch und unterstützt Arbeiter und andere von Unterdrükkung betroffene Gruppen bei politischen Aktionen.

Der Fall Henkel in Cisalak: 1976 beantragte die P.T. Henkel Indonesia, eine Tochter des deutschen Waschmittelherstellers Henkel, eine Genehmigung für die Aufnahme der Produktion von Rohmaterialien für Shampoo, Zahnpasta und Seife in Cisalak. Der Industrieminister und die Provinzregierung stimmten zu, die Anwohner, deren Zustimmung laut Gesetz erforderlich ist, verweigerten diese. Trotzdem nahm die Firma die Produktion im Januar 1982 auf. Die Folge waren große Umweltprobleme: Verschmutzungen der Luft mit Schwefeldioxid, Lärmbelästigung über 24 Stunden am Tag, Vergiftung aller umliegenden Brunnen mit Metallen, Karboniden etc. Die Anwohner hielten schon bald eine Versammlung ab, die Lokalregierung versprach, sich für konkrete Verbesserungen einzusetzen, doch es erfolgte nichts. Zusammen mit LBH und anderen NGOs versuchten die dortigen Anwohner bis heute, ihre Lage zu verbessern. Der Fall ist noch lange nicht abgeschlossen.

LBH als Instrument der politischen Opposition

Die Gründung von LBH erfolgte kurz nach dem Beginn der sog. »Neuen Ordnung« (orde baru). Nach einem letztlich in seinen Hintergründen nie aufgeklärten, der Kommunistischen Partei zugeschriebenen Putschversuch hat das Militär 1965/1966 den damaligen Präsidenten Sukarno entmachtet, die Ermordung etwa einer Million tatsächlichen oder vermeintlichen Mitglieder der Kommunistischen Partei organisiert bzw. zugelassen und zehntausende politischer Gefangenen über 14 Jahre lang in Gefängnissen und Lagern verschwinden lassen. Die »Neue Ordung« war gleichzeitig von wohlklingenden Versprechungen begleitet: Aufbau einer Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Verbesserung der Menschenrechtssituation, wirtschaftliche Besserstellungen. Ein Teil der Gründer von LBH waren damals durchaus Anhänger dieser neuen Ordnung und glaubten den Versprechungen der neuen Machthaber. Inzwischen wird LBH von der Öffentlichkeit und von vielen Politikern als eines der Zentren der politischen Opposition angesehen. LBH hat in den letzten Jahren die Verteidigung in einigen brisanten politischen Fällen übernommen, auf Verletzungen von Menschenrechten hingewiesen und die Betroffenen unterstützt. Dennoch wird LBH gehört, wenn juristische Fragen im Parlament besprochen werden. Auf einige Gesetze (Strafprozessordung, Scheidungsrecht) hat LBH Einfluss nehmen können. Bezüglich der Frage des politischen Standpunkts und der Art der Rechtshilfe scheint es innerhalb des Rechtshilfeinstituts zwei Flügel zu geben: der eine, der die Hauptaufgabe von LBH ausschließlich in der individuellen Rechtshilfe sieht, der andere, der über die individuelle Rechtshilfe hinaus den Ansatz der strukturellen Rechtshilfe verfolgt, klare politische Stellungnahmen wünscht und LBH als Instrument der politischen Opposition begreift.

Anna Gruenvogel

Sie nennen sich GABRIELA



Philippinische Frauen im Kampf um ihre Befreiung

Das „größte Unglück für die philippinischen Frauen seit den letzten hundert Jahren", hat Carmen Nakpil das „Maria-Clara-Syndrom" genannt.

Maria Clara, die weibliche Hauptfigur in der Novelle „Noli me tangere" des philippinischen Nationalhelden Rizal, verkörpert all das, was ein tugendhaftes, christliches Mädchen ausmacht: sie ist hübsch, fügsam, gehorsam und aufopfernd. „Maria Clara", das ist die Personifizierung der Fügsamkeit wie sie die Priester und Mönche in jahrhundertelanger Missionierung und Kolonisierung auf den Philippinen gepredigt haben, entsprechend dem Status der Frauen ihrer spanischen Heimat. Im Namen der „Heiligen Jungfrau Maria" verdammten und verbannten sie all das, was Selbständigkeit und Selbstbewußtsein der Filipinas ausmachte: Priesterinnenämter, Mitsprache bei politischen und militärischen Angelegenheiten, Ansehen innerhalb der sozialen Gemeinschaft, relative sexuelle Selbstbestimmung und das Erziehungs- und Sorgerecht für die Kinder, die der mütterlichen Linie zugerechnet wurden. Die spanische Kolonialherrschaft machte sie zum Besitz des Mannes, vom Status her Land und Vieh gleichgestellt.

Wie perfekt die 300-jährige spanische Domestizierung der Frauen gelungen ist, ihre Verbannung in Küchen, Kirchen und Kloster, und die Verinnerlichung der Tugenden der „Maria Clara", zeigt sich auch heute noch in der philipinischen Gesellschaft. „Wir alle kennen diesen Maria-Clara-Typ", so Felicitas Aquino von GABRIELA. „Man hat uns erzählen wollen, daß Maria Clara längst tot und begraben ist. Aber wie oft hat nicht schon jede von uns zu hören bekommen, daß sie nur deswegen so großartig ist, weil sie gerade diese Art von Weiblichkeit habe. Und werden nicht oft wir Filipinas als die begehrenswertesten aller Frauen bezeichnet, weil wir so anschmiegsam seien?"

Das die Filipinas auch andere „Tugenden" als die der Maria-Clara haben, haben sie während der 400-jährigen „europäischen" Geschichte ihres Landes bewiesen.

Der Kampf für nationale Befreiung und Unabhängigkeit auf den Philippinen war immer geprägt vom Engagement und Einsatz zahlloser Frauen, aber nur wenige von ihnen sind heute namentlich bekannt: Gabriela Silang, Gregoria de Jesus, Trinidad Tescon oder Teresa Magbanua. Sie waren Frauen, die sich mit der ihnen zugewiesenen Rolle als Ehefrau und Mutter nicht zufrieden gaben und aktiv in die politische Auseinandersetzung ihrer Zeit eingriffen.

Gabriela Silang führte die Truppen ihres ermordeten Mannes gegen die spanischen Besatzer (1863). Gregoria de Jesus gründete Ende des 19. Jahrhunderts die Frauenorganisation der Katipunan-Bewegung, die mit ihrem Aufstand 1898 die philippinische Revolution und Befreiung von den Spaniern auslösten. Zur gleichen Zeit kämpfte Trinidad Tescon in der antikolonialen „Women's Masonic Lodge". Sie wurde berühmt durch ihr mutiges Verhalten während der Kämpfe als „Mutter von Biak-nabato". Wegen ihrer militärischen Leistungen wurde ebenfalls 1898 Teresa Magbanua unter ihrem Spitznamen Nay Isa populär.

Diese Frauen kamen aus sehr persönlichen Gründen zu ihren politischen Aktivitäten, zumeist bestimmt vom Verhalten der Männer (und Söhne). So wurde Gabriela Silang erst aktiv, nachdem ihr Mann ermordet worden war, Gregoria de Jesus unterstützte in erster Linie ihren Ehemann Andres Bonifacio, dem Begründer der Katipunan. (Heute begründet die Präsidentin Cory Aquino ihr politisches Engagement mit dem Satz: „Laßt uns den Kampf Ninoy Aquinos fortsetzen"; auch sie wurde erst nach der Ermordung ihres Mannes Ninoy aktiv.)

Die Frauenorganisationen um die Jahrhundertwende, die „Liga Femenina de la Paz", die „Liga Nacional de Damas Filipinas", als Teil der philippinischen Unabhängigkeitsbewegung gegen die neue Kolonialmacht USA, die verschiedenen

Frauengruppen der politischen Parteien, die sich zu Beginn des Jahrhunderts gebildet hatten, bis hin zu den heutigen modernen „Frauen-Clubs", sie alle waren im wesentlichen Ableger und Entwicklungsströmungen aus der jeweiligen nationalen und politischen Bewegung heraus. Diese Bewegungen waren fast ausschließlich von Männern dominiert, die die wesentlichen Führungspositionen innehatten.

Erst in den 70er Jahren entstand während der Studentenproteste eine revolutionäre Frauenorganisation neuen Types: „MAKIBAKA" = KAMPF. Als Teil einer national-demokratischen Bewegung versuchten diese Frauen nicht nur andere Frauen für den nationalen Kampf zu mobilisieren, sondern ein spezifisches Frauenbewußtsein zu entwickeln und forderten als erste eine umfassende Befreiung der Frau. Die wichtigste Organisatorin von MAKIBAKA war Laurie Barros. Nach der Verhängung des Kriegsrechtes 1972 durch Marcos wurde MAKIBAKA wie viele andere Gruppen gezwungen in den Untergrund zu gehen. Mit Laurie Barros gingen zahlreiche Frauen zur „New Peoples Army", dem bewaffneten Arm der verbotenen kommunistischen Partei der Philippinen. 1976 wurde Laurie, erst 28 Jahre alt, nach der Flucht aus einem Gefängnis in den Bergen bei einem Gefecht verletzt und nach ihrer Gefangennahme ermordet.

Das Vermächtnis der MAKIBAKA-Bewegung und die Erfolge der Frauenbewegung anderer Länder stärkten trotzdem das Verlangen vieler Filipinas sich auch gegen ihre eigene Unterdrückung und Ausbeutung in ihrer patriachalen Gesellschaft zu wehren.

Die tiefe ökonomische und politische Krise der Philippinen seit den 80er Jahren, die zunehmende Verarmung der Bevölkerung durch Massenentlassungen (v. Dez. 83 — März 84: ca. 1 Million), extreme Preissteigerungen bei den Grundnahrungsmitteln und Lohnabbau, die gleichzeitige Zunahme der Militarisierung, besonders in den ländlichen Regionen, und die brutale Verfolgung Oppositioneller — alles das hat vor allem die Frauen in besonders harter Weise betroffen: sie müssen z.B. die Familien versorgen, wenn die Männer verschleppt oder ermordet, oder aus Furcht davor untergetaucht sind. Der fast gleichzeitige Aufschwung der Selbsthilfeorganisationen und Gruppen und der wachsende Protest gegen die US-Marcos-Diktatur, besonders nach der Ermordung von Ninoy Aquino, gab der Frauenbewegung verstärkt Auftrieb.

Auch nutzten die philippinischen Frauen die größere Aufmerksamkeit, die die Frauenthematik durch die UNO-Dekade von 75-85 bekommen hatte, um das Augenmerk auf ihre spezifischen Probleme zu lenken.

Zum organisierten Ausdruck dieser Entwicklung wurde GABRIELA (General Assembly Binding Women for Reforms, Integrety, Equality, Leadership and Action), der philippinische Frauendachverband. 1984 mit 54 Mitgliedsorganisationen gegründet, ist er heute auf über 80 Organisationen angewachsen. Das Spektrum der Mitgliedsorganisationen ist so breit und vielfältig wie die Probleme der Frauen in diesem vom Katholizismus geprägten Land. Zwar hauptsächlich von Frauen des Mittelstandes initiiert und ins Leben gerufen, spiegelt GABRIELA heute alle Sektoren der philippinischen Gesellschaft und die verschiedenen Lebensumstände der Frauen wieder. Organisationen der Arbeiterinnen sind ebenso Mitglied wie der Gesundheitsarbeiterinnen, Künstlerinnen, Studentinnen, Hausfrauen oder der Angehörigen von Ermordeten und Verschwundenen.



Nelle Sancho-Llao
Ex Schönheitskönigin, Gefangene unter Marcos, Generalsekretärin von GABRIELA

1975 wurde von der UNO die Dekade der Frau verkündet, aber „Die Dekade kam und ging mit herzlich wenig Veränderungen in der Situation der Frauen. Nirgendwo ist der traurige Zustand dieser Stagnation sichtbarer und fühlbarer als in den Lebensbedingungen der Frauen aus der „3. Welt"."

Die Ziele und Forderungen von GABRIELA sind so einfach wie komplex:

- nationale Souveränität
- Demokratie
- soziale Verbesserungen
- Entmachtung des Militärs
- Landreform
- Nationalisierung der Industrie.

Spezifische Frauenforderungen sind:

- wirkliche Gleichberechtigung im wirtschaftlichen und politischen Leben
- gleiche Entlohnung
- gleiche Zugangschancen im Arbeits- und Bildungsbereich
- eine nicht-sexistische Erziehung
- Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper
- Schutz vor Vergewaltigungen und sexuellen Belästigungen
- Gesundheitsfürsorge und Mutterschutz.

Zum Verhältnis dieser frauenspezifischen Forderungen zu den allgemeinen politischen Forderungen sagt Sister Mary John Manaza, die derzeitige Vorsitzende: „Ich denke, daß es zwei Hauptprinzipien gibt, auf denen die Frauenbewegungen der „3. Welt" beruhen sollten. Die erste ist, daß die Frauenbefreiung in der „3. Welt" nicht getrennt vom Kontext des ökonomischen, politischen und sozio-kulturellen Lebens der Gesellschaft gesehen werden kann. Wir können den Frauenkampf nicht als etwas Isoliertes vom Kontext der sozialen Befreiung betrachten. Aber wir sollten nicht warten, bis die Gesellschaft bereit ist und uns dann erst mit der Frauenfrage beschäftigen. Es ist uns klar, daß das auch an uns selbst gerichtet ist und wir uns zusammentun müssen und für die Befreiung der Frauen kämpfen."

Die einzelnen Arbeits- und Forderungsbereiche von GABRIELA spiegeln sich auch in den Mitgliedsorganisationen wieder. Eine der größten ist die „Arbeiterinnen-Bewegung" KMK = Kilusang Manggagawang Kabahaihan. KMK organisiert Frauen im Industrie- und Dienstleistungsbereich, wie Handel, Verkehrswesen, Restaurants, Kommunikationswesen u. ä., wo der Anteil der Frauen über 60 % beträgt. 1979 hatten Arbeiterinnen, z. T. aus den Gewerkschaften, begonnen über den Aufbau einer eigenen Organisation zu diskutieren, woraus 1983 die „women workers industrial alliance" entstand. Ein Jahr später gründeten die KMK, um neben dem industriellen Bereich auch die Frauen aus den Diensleistungsbetrieben einzubeziehen. Im Vordergrund der Arbeit stehen neben der gewerkschaftlichen Orientierung und Mobilisierung auch die Organisation der Gegenwehr auf alle ökonomischen und politischen Maßnahmen und Bedingungen und der Kampf um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterinnen. So versucht KMK in den größeren Städten Gruppen und Koordinationsstellen aufzubauen; bislang gibt es sie in der „Freien Produktionszone Bataan", in der überwiegend Frauen beschäftigt werden, in den Städten Baguio und Cebu, und auf der Insel Negros, wo zur Zeit verstärkt KMK-Gruppen von den Landarbeiterinnen der Zuckerrohrplantagen gebildet werden.

Der Hauptsitz von KMK befindet sich in Metro-Manila. Dort liegt der Arbeitsschwerpunkt bei den zahllosen Industrieunternehmen. Wie schwierig sich das in der Praxis darstellt, wird daran deutlich, daß z.B. 15 Unternehmen, darunter so bedeutende wie Triumph Intern., Matell,



Philippinische Frauen werden als Quelle billiger Arbeitskraft von multinationalen Konzernen ausgenutzt

rubber world (addidas) und Stanford, von nur 8 Organisatiorinnen betreut weren müssen. In einem Interview berichtete einer der Organisatorinnen, Nancy: „Die Probleme beginnen schon bei dem häufig fehlenden Busgeld für die Fahrt zum „Einsatzort". Dazu kommt die lange Arbeitszeit, oft bis spät in die Nacht, da wir die Frauen nur nach Arbeitsschluß treffen können: dazu gehören Einschüchterungsversuche von Seiten der Firmenleitungen und Widerstände in den Betriebsgewerkschaften. Wir versuchen zwar immer mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, aber manchmal ist es wirklich ein hartes Stück Überzeugungsarbeit, den männlichen Kollengen klarzumachen, daß Frauen nicht nur allgemein Arbeiter, sondern Arbeiterinnen mit ganz eigenen Problemen sind. Wir Frauen haben nicht nur Probleme durch unzureichende Löhne, gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen und willkürliche Entlassungen, was ja alle betrifft, sondern wir haben auch mit Praktiken zu kämpfen, wie Körperkontrollen, z.T. in Gegenwart männlicher Sicherheitskräfte, Jungfräulichkeitstests (bes. in der Elektro-Industrie), sexuellen Belästigungen und Erpressungen durch Vorgesetzte sowie fehlendem Mutterschutz. Wir diskutieren dies in den Frauengruppen und versuchen daraus gewerkschaftliche Forderungen abzuleiten." (KMK arbeitet auf nationaler Ebene mit dem engagierten Gewerkschaftsdachverband KMU zusammen.)

Offel, ebenfalls KMK-Organisatorin: „Ich spreche die Frauen hauptsächlich auf ihre ständige Doppelbelastung an. Das ist etwas, was sie jeden Tag erleben und mit zu ihren größten Problemen gehört. Oft sind sie 8 bis 10 Stunden in der Fabrik, benötigen 2 Stunden für die Fahrt, danach müssen sie noch waschen, kochen, Ehemann und Kinder versorgen, so daß sie häufig nur auf 4-5 Stunden Schlaf und Erholung kommen. Wir diskutieren in unseren Gruppen auch, wie das Verhalten der Ehemänner in Bezug auf Mitarbeit ist. Gegenseitig bestärken wir uns bei unseren Treffen, auf unsere Rechte als Mensch zu bestehen!"

Zwei andere Mitgliedsorganisationen von GABRIELA sind die eher mittelschichtorientierten Verbände „WATCH" = women's alliance for a true change, und „WOMB" = giving order die a new life. Sie organisieren Diskussionsveranstaltungen wie das „Samstags-Frühstücks-Forum" in einem bekannten Café in Manila zu aktuellen politischen und frauenrelevanten Problemen. Ende 1986 eröffneten die Mitarbeiterinnen von WOMB das erste „Chrises-Intervention-Center", eine Beratungs- und Unterkunftsmöglichkeit für vergewaltigte Frauen. Vergewaltigung, genau wie andere Formen der Gewalt gegen Frauen, waren und sind in dieser katholischen Gesellschaft weitgehend tabuisiert. Von den politisch engagierten Organisationen wird dieses Thema fast ausschließlich in Bezug auf weibliche, politische Gefangene diskutiert, der Bereich der Gewalt in den Familien aber bislang (noch) nicht angetastet. WATCH und WOMB haben hier ebenso erste Vorstöße unternommen wie bei der Diskussion um Scheidungs- und Abtreibungsmöglichkeiten, was beides durch den Einfluß des Klerus verboten wurde. Die Frauen wollen zumindest als kurzfristiges Ziel die Möglichkeit zur Abtreibung bei Gefahr für die Frau und bei Vergewaltigung erreichen. Wie wichtig gerade diese Forderung für die Frauen ist, zeigen jene Fälle, in denen Frauen und Mädchen gezwungen wurden, ihren Vergewaltiger zu heiraten, um die Familienehre wiederherzustellen.

In Manila gibt es nach Schätzungen ca. 90.000 „Hospitality-girls" und mehr als 5.000 Kinder-Prostituierte, in Angeles-City und Bolongapo, nahe den US-Militärbasen, fast 20.000 Prostituierte, zusätzlich unzählige Bar- und „Zimmer"-mädchen, die ebenfalls der Prostitution nachgehen. Hinzu kommen die Frauen, die ihren Lebensunterhalt im Pornographie-Geschäft verdienen müssen. Eine besondere Rolle spielt das „Geschäft" mit der Vermittlung philippinischer Frauen an heiratswillige Europäer, Amerikaner und Australier. Gegen diese Ausbeutung und Unterdrückung als „Sex-Sklavinnen" wehren sich die philippinischen Frauenorganisationen u. a. durch Demonstrationen vor den verantwortlichen Ministerien und ausländischen Botschaften. Eigene Arbeitsgruppen innerhalb der GABRIELA-Organisationen beschäftigen sich mit dem Thema, erstellen Dokumentationen und Studien und versuchen vor allem konkrete Hilfen für die betroffenen Frauen und Kinder zu geben (alternative Arbeitsmöglichkeiten, Rechtsschutz u.a.). Von besonderer Bedeutung ist die vor kurzem gegründete Organisation AID = Alliance against Institutionalized Dehumanization, die sich mit dem AIDS-Problem unter philippinischen Prostituierten auseinandersetzt. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation haben die Philippinen die drittgrößte Anzahl von AIDS-Erkrankungen in Asien, vorwiegend in den Vergnügungszentren der Militärbasen der USA. AID bereitet zusammen mit einer Gruppe von Prostituierten aus Olongapo und Angeles-City eine Klage gegen die US-Regierung wegen dieser Konzentration von AIDS im Bereich des US-Militärs vor. Sie fordern AIDS-Teste für stationierte US-Militärs und daß Infizierte nicht mehr die Vergnügungsviertel besuchen dürfen. Zugleich fordern sie die Abschaffung der Basen noch vor Auslaufen des Vertrages 1991. AID startete parellel dazu eine Aufklärungskampagne unter den Beschäftigten der Vergnügungsviertel über Schutzmöglichkeiten vor AIDS-Ansteckung.

Als neuestes Mitglied von GABRIELA wurde im Oktober 86 „AMIHAN", eine nationale Föderation von Landfrauen, aufgenommen. Mit der Gründung von AMIHAN wurde der Tatsache Rechnung getragen, daß von den 26,7 Millionen Frauen des Landes 67 % zur ländlichen Bevölkerungsgruppe gehören. Der ländliche Bereich gehört zu den am stärksten unterdrückten und ausgebeuteten Gebieten. Die Frauen haben sowohl unter den minimalen Existenzbedingungen zu leiden mit all den negativen Be-

gleiterscheinungen wie Hunger und Unterernährung, hohe Kindersterblichkeit, schlechte medizinische Versorgung und kaum vorhandene Bildungsmöglichkeiten, als auch unter dem hohen Grad an Militarisierung und Repression. Hinzu kommt eine ausgeprägte patriachale Struktur der ländlichen Gesellschaft, die die Unterordnung der Frauen unter die Herrschaft des „padre de familia" verlangt. AMIHAN will in ihren Aktivitäten gegen diese verkrusteten Strukturen angehen, indem sie Bewußtseinsarbeit unter den Landfrauen verstärkt und mit ihnen zusammen für gleiche politische und ökonomische Rechte streitet. Im Mittelpunkt steht dabei die Forderung nach einer wirklichen Landreform, die auch Frauen das Recht auf Landerwerb und Landbesitz sichert.

GABRIELA versteht sich als mulitisektoraler Verband, der die Arbeit der Mitgliedsorganisationen durch Koordination und Vernetzung unterstützt, Hilfestellung gibt bei Aufbau und Neubildung von Gruppen, und überregionaler Kongresse und Versammlungen oder bei der Erarbeitung von Problembereichen.

Die Delegierten der Mitgliedsorganisationen bestimmen auf dem jährlichen „Nationalen Kongreß" die Rahmenarbeit von GABRIELA, verabschieden Deklarationen zu aktuellen Themen und Aktionsprogramme. Zu den ständigen Repräsentantinnen gehören diejenigen der Bereiche „Städtische Arme", „Studentinnen", „Frauen ethnischer Minderheiten", „Arbeiterinnen" und „Landfrauen"; sie bilden zusammen mit den Delegierten der regionalen Arbeitsgruppen GABRIELA Mindanao und GABRIELA Manila sowie dem überregionalen GABRIELA-Büro in Manila das „Nationale Gremium" des Frauendachverbandes.

Ein großer Teil der Mitgliedsorganisationen ist nach Berufsgruppen organisiert wie z.B. die Arbeiterinnen, Landfrauen, Frauen im Gesundheits- oder Medienbereich usw. Andere beschäftigen sich mit übergreifenden Themen wie die Gruppen „Parents Alternativ ins." mit alternativer Kleinkinderziehung, „MARTYR" mit der Situation der Verschwundenen und deren Angehörige oder „BUNSO" mit den Problemen von Muttermilchersatznahrung und den Praktiken der Babynahrungshersteller. Insofern unterscheiden sich die einzelnen Gruppen in ihren Schwerpunkten, Zielgruppen und Aktivitäten, treffen sich aber wieder in dem gemeinsamen Kampf gegen Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen und der Ursachenerklärung des philippinischen Volkes durch „imperialistische Kräfte", „lokale Eliten" und die herrschenden „patriarchalen Strukturen". Daß diese gemeinsame Grundlage in konkreten Fällen nicht immer zu einheitlichen Entscheidungen führt liegt in der Natur einer derart strukturierten Organisation wie GABRIELA. So konnten sich die Delegierten des „Nationalen Kongresses" Ende 1985 nicht auf eine gemeinsame Linie in Bezug auf „Wahlboykott" oder „Wahlbeteiliging" an den Präsidentschaftswahlen im Januar 1986 einigen. Nach einem langen und schmerzlichen Diskussionsprozeß wurde die Entscheidung den jeweiligen Mitgliedsorganisationen freigestellt. Die einzelnen Frauen-Organisationen sind eigenständige Verbände, die teilweise wiederum aus verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen bestehen. Sie stehen überwiegend den engagierten und „cause-oriented-groups" nahe und arbeiten mit ihnen auf ihren jeweiligen Gebieten zusammen. So ist z. B. „KMK" Mitglied des fortschrittlichen und kämpferischen Gewerkschaftsdachverbandes „KMU", „AMIHAN" Mitglied des nationalen Bauernverbandes „KMP", „SAMAKA" Teil des nationalen Studentenverbandes „LFS". Je nach Thema und Aktualität arbeiten die Frauenorganisationen mit Menschenrechtsvereinigungen, kirchlichen Gruppen, progressiven Lehrerverbänden, den Aktionsgruppen gegen das Kernkraftwerk in Bataan (dessen Inbetriebnahme von Präsidentin Aquino nicht genehmigt wurde) oder der „Koalition für atomwaffenfreie Philippinen" zusammen. GABRIELA selbst ist wiederum Mitglied bei BAYAN, einem im März 85 gegründeten Bündnis von über 500 Organisationen, deren politische Plattform die Forderung nach „populärer Demokratie, nationaler Souveränität und nationaler Einheit, eigenständiger wirtschaftlicher Entwicklung sowie Auflösung der US-Basen" ist. Frau Mananzan, Vorsitzende von GABRIELA, ist derzeit auch eine der drei Vorsitzenden von BAYAN.

Wichtiger Teil der Arbeit von GABRIELA ist die überregionale Öffentlichkeitsarbeit zu frauenrelevanten Themen; sie reicht von Kampagnen für die Freilassung von weiblichen politischen Gefangenen, Protestmärschen gegen das Kernkraftwerk in Bataan, Protestaktionen gegen die Sexindustrie, Friedensmärsche gegen Militarisierung u.ä. bis hin zu Vorschlägen für Gesetzesvorlagen im frauenspezifischen Bereich. Im Sommer 86 hatten GABRIELA Arbeitsgruppen Vorschläge zu den Themen „Ehe und Familie" für die verfassungsgebende Kommission „Con Com" erarbeitet. In die Verfassung, der im Januar 87 fast 80 % der Bevölkerung zustimmten, fanden allerdings Vorschläge zur Ehescheidung und Abtreibung aufgrund der überwiegend konservativen katholischen Mehrheit der Kommission keinen Eingang. GABRIELA plant und bereitet zudem Aktionen zum 8. März, dem Internationalen Frauentag, zum 1. Mai, dem Internationalen Tag der Arbeit, dem 21. August, dem Jahrestag der Ermordung Aquinos und zum 28. Oktober, dem nationalen FRAUENPROTESTTAG, vor.

Das Büro in Manila ist zuständig für die internationale Netzwerkarbeit der Frauen. Der Schwerpunkt liegt dabei im asiatischen Raum. Zu dieser Arbeit gehörte die Teilnahme an dem NGO-Forum der Weltfrauen-Konferenz 85 in Nairobi. GABRIELA selbst organisiert jedes Jahr die WISAP-Konferenz (womens international solidarity affair in the philippines), zu der Teilnehmerinnen aus der ganzen Welt eingeladen werden, um die Lebensbedingungen philippinischer Frauen kennenzulernen und gemeinsame Erfahrungen herauszuarbeiten. Um all diese Aktivitäten der Öffentlichkeit darzustellen und zu vermitteln, gibt GABRIELA vierteljährlich eine Zeitung heraus: „womens's update". Diese ist wichtigstes Diskussion- und Aktionsforum für ihre Mitgliederinnen.



50 Jahre nachdem die philippinischen Frauen das Wahlrecht erhielten, haben 400 Delegierte der unterschiedlichsten Frauenorganisationen im Oktober 84 die erste Frauenpartei gegründet: KAIBA. Ähnlich wie GABRIELA vertritt sie durch gewählte Repräsentantinnen die verschiedenen Gesellschaftsbereiche. Die persönliche Verknüpfung von GABRIELA und KAIBA sind offensichtlich nicht zufällig, die überwiegende Zahl der für KAIBA gewählten Frauen ist auch für GABRIELA aktiv. Die ehemalige Vorsitzende von GABRIELA und jetzige Sozialministerin Mita Pardo de Tavera nannte die Gründung von KAIBA „einen Meilenstein und Wendepunkt im Kampf der philippinischen Frauen für Gleichberechtigung". Es sei „höchste Zeit, daß Frauen aktiv am Aufbau der philippinischen Nation beteiligt werden".

Christa Weltring

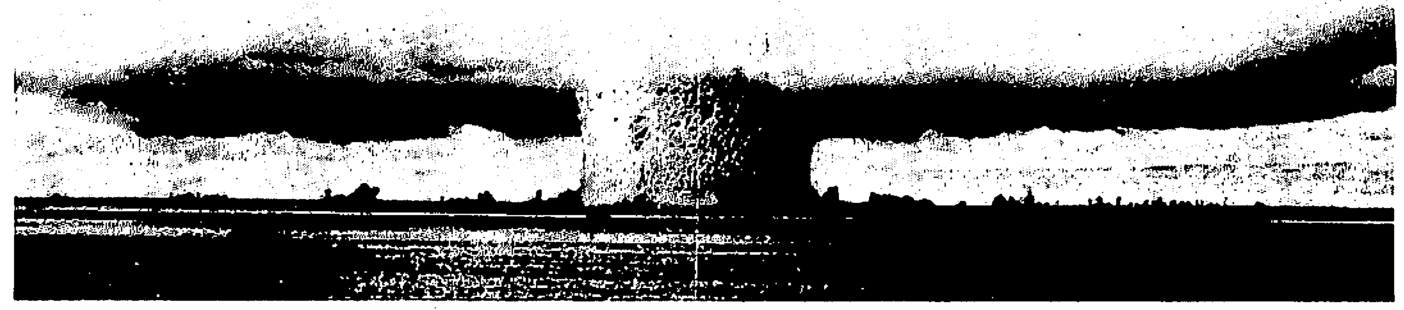
Quellen:
GABRIEALA. Convention Proceedings. März. 1985
GABRIELA. Konferenzbericht der WISAP 86. März 86
wonem's update. Ausgaben I/1 - II/2
Babaylan. No. 1. Center for Women's ressources 1984
Sunday. Sonntagsbeilage der Zeitung MALAYA. 2. März 86
eigenes Interviewmaterial vom Febr./März 86

Rüstung



Der gemeinsame Griff nach der Bombe

Die nukleare Zusammenarbeit zwischen Südafrika und Taiwan



Die Kontrolle über den Uranexport aus Namibia (siehe Blätter des iz3w, Nr.135, Aug.86) und die Möglichkeit, selbst bombenfähiges Material zu produzieren, machen das südafrikanische Minderheitsregime zu einem unkalkulierbaren Faktor im perversen Nukleargeschäft. Die westlichen Industrieländer kaufen das namibische Uran trotz überhöhter Preise, weil es international nicht kontrolliert werden und deshalb militärische Verwendung finden kann (Atomwaffensperrvertrag, siehe Blätter des iz3w, Nr. 130, Dez. 1985).

Die Republik China (=Taiwan) wird zu den sogenannten nuklearen Schwellenländern gerechnet. Dazu zählen Staaten, die über Know-how und Materialien zur Entwicklung nuklearer Waffen verfügen und sich in einer politischen Situation befinden, die eine tatsächliche Herstellung für den Staat wünschenswert erscheinen läßt. Die kleine Inselrepublik erhebt nach wie vor den Anspruch, das ganze chinesische Volk zu vertreten, andererseits fühlt sich der Staat mit 18 Mio. Einwohnern von dem nur wenige km entfernten Giganten mit seiner Milliarde Menschen bedroht, zumal die VRChina ihrerseits immer wieder Anspruch auf ihre „Inselprovinz Taiwan" erhebt. Seit die meisten Staaten der Erde diplomatische Beziehungen zur VRChina aufgenommen hatten und ihre Vertretungen in Taiwan schlossen, ist das Land zunehmend in die internationale Isolation geraten. Vor allem der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die USA und die Kündigung des Beistandspaktes hat die taiwanische Sicherheitspolitik in Frage gestellt.[1] Erschwerend kommt hinzu, daß die VRChina ihren Anspruch auf ein ungeteiltes China mit den Regelungen über die Wiedereingliederung von Hongkong und Macao in den chinesischen Staatsverband bisher wirkungsvoll durchsetzen konnte.[2] Seit der Öffnung Chinas wird die Situation für die Guomindang-Diktatur auch wirtschaftlich problematisch. Taiwan, mit einem für asiatische Verhältnisse hohen Lohnniveau, wird für viele westliche Konzerne als Billiglohnland weniger attraktiv im Vergleich zu China und den südostasiatischen Staaten.[3] Eine nukleare Bewaffnung wäre für das Regime in Taipeh sowohl ein innenpolitischer Prestigegewinn als auch eine entscheidende militärische und politische Stärkung gegenüber China.[4] Obwohl Taiwan, relativ zur Bevölkerungszahl gesehen, das hochgerüstetste Land der Welt ist[5] — z.B. ist ein Drittel des ganzen Landes militärisches Sperrgebiet — war es im nuklearen Bereich der Atommacht China bislang unterlegen. Taiwan hat bereits mehrere Siedewasserreaktoren von 636 und 950 MW zur Stromerzeugung in Betrieb und bezieht aus der Kernenergie 37% seines Strombedarfs.[6] Zusätzlich besitzt das Land auch Forschungsreaktoren, u.a. einen Schwerwasserreaktor, der von Kanada geliefert wurde und sich zur Produktion von Plutonium eignet.[7] Allerdings hatte Taiwan den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben und unterlag damit den Kontrollen der internationalen Behörde IAEO bis zu seinem Ausschluß 1972, war aber danach noch immer an das bilaterale Kontrollabkommen mit den USA gebunden.[8] Unter Umgehung dieser Kontrollen wurde 1976 aus dem Forschungsreaktor heimlich Brennstoff entfernt und in einer Laboranlage für Wiederaufbereitung in 0,5 kg Plutonium aufbereitet. Diese Unregelmäßigkeit fiel jedoch auf, und auf Druck der USA wurde die WAA in Lung Tau abgebrochen und das Plutonium herausgegeben.[9] Das Interesse an militärisch nutzbarem radioaktivem Material ist aber offensichtlich vorhanden. Seit dem gescheiterten Versuch ist Taiwan sehr interessiert an dem noch nicht ausgereiften, aber voraussichtlich hocheffektiven Laser-Isotopen-Anreicherungsverfahren und unterhält dafür eigene Forschungsprogramme.[10] Seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA könnte sich Taiwan auch nicht dann sollten dies auch die demokratischen Länder tun; eine Kooperation bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie und bei der militärischen Entwicklung sei möglich.[14] Vertraglich wurde auch die Lieferung von 4000 t Rössing-Uran zum Preis von 520 Mio. Dollar an Taiwan für eine Lieferfrist von 1984 bis 1990 geregelt.[15] Dem gingen aber auch schon andere Lieferungen voraus, z.B. hat Südafrika Mitte der 70er Jahre an Taiwan 160 t Uran für einen Schwerwasser-Forschungsreaktor verkauft.[16] Immer wieder tauchen seitdem Gerüchte über eine Zusammenarbeit beider Länder in der Nukleartechnologie auf und die Vermutung, daß Taiwan mittlerweile im Besitz von Kernwaffen ist, scheint sich immer mehr zu erhärten. Bereits 1978 wurde allgemein

als gesichert angenommen, daß drei Staaten, nämlich Israel, Indien und Taiwan, bereits im Besitz von Atomwaffen seien.[17] Am 13.9.1980 berichtete die „Washington Post" von einem informellen atomaren Bündnis zwischen Israel, Südafrika und Taiwan.[18] Kurz darauf, am 9.12. desselben Jahres, wußte das Blatt zu berichten, daß die CIA Untersuchungen anstellte, ob Israel durch ranghohe Mitglieder der US-Luftwaffe Zugang zur Nukleartechnologie erhalten haben könnte, die in einem gemeinsamen Programm zur Entwicklung von Cruise Missiles an Südafrika und Taiwan weitergegeben worden sei.[19] In diesen Rahmen paßt auch der Besuch des Stabchefs der taiwanesischen Streitkräfte, General Hao, am 28.4.1983 in Windhoek, wobei der General es für nötig hielt, sein Desinteresse an Waffenkäufen in Namibia zu unterstreichen.[20] Allerdings werden in Namibia direkt keine Waffen hergestellt — sein Interesse hätte höchstens dem Rössing-Uran gelten können.

Das Beispiel Taiwan zeigt, welche Möglichkeiten sich für Südafrika bieten, durch Uran-Exporte neue politische Verbündete — der Vizepräsident war als einziger ausländischer Staatsgast bei Bothas Amtseinführung als Staatspräsident zugegen — und wirtschaftliche Partner zu erwerben. Nicht nur Südafrika selbst wird durch Rössing mit nuklearem Material versehen, sondern durch Export und Technologie-Transfer mehr an das bilaterale Kontrollabkommen mit den Vereinigten Staaten gebunden fühlen, d.h. das Land könnte eigentlich unkontrolliert an der Entwicklung von Atomwaffen arbeiten. Allerdings hätte dies mit ziemlicher Sicherheit US-Sanktionen zur Folge, was sich Taiwan angesichts der fortgesetzten Lieferung von konventionellen Waffen durch die USA nicht leisten kann.[11]

Hier wurde für die rechte Diktatur in Taipeh aber der Apartheidstaat interessant. Sowohl ideologisch ergaben sich Gemeinsamkeiten in dem von beiden Regimes geteilten extremen Antikommunismus als auch — daraus resultierend — auf militärischem Gebiet. Schon Mitte der 70er Jahre war das US-State Department aufmerksam geworden auf die Gefahr, daß sich ein „Club of outlaw countries" zu nuklearer Zusammenarbeit entschließen könnte.[12] Dazu zählten international weitgehend isolierte Staaten wie Südafrika, Taiwan, damals auch noch Rhodesien und Iran, das von Begin regierte Israel, Paraguay u.a.m. Der potentielle Versorger mit nuklearem Material wäre Südafrika gewesen. Tatsächlich begann Anfang der 80er Jahre, kurz nachdem Taiwans außenpolitische Isolierung mit dem diplomatischen Rückzug der USA vervollständigt wurde, eine rege politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit zwischen Taiwan und Südafrika.[13] P.W. Bothas Besuch im Spätsommer 1980 bildete den Auftakt, und bereits damals wurde eine Zusammenarbeit auf vielen Gebieten, einschließlich dem der Nukleartechnologie vereinbart. Auf einer Pressekonferenz erklärte Botha, wenndie kommunistischen Länder zusammenarbeiteten, um ihre Interessen zu wahren, trägt dieses Land zur nuklearen Labilisierung bisheriger Nebenkriegsschauplätze im Ost-West-Konflikt bei.[21] Südafrika, das in den letzten Jahren immer stärker als Waffenexporteur auch im konventionellen Bereich hervorgetreten ist, nachdem Länder wie die Bundesrepublik den Apartheidstaat mit dem notwendigen technischen Know-how versehen haben,[22] ist selbst mit großer Wahrscheinlichkeit eine Atommacht. Bereits 1976 wies Radio Johannesburg „ausländische" Kritik an dem AKW-Geschäft mit Frankreich, die Südafrika die Absicht unterstellte, sich nunmehr zur Kernwaffenmacht entwickeln zu wollen, mit dem Hinweis zurück, daß Südafrika diese Kapazität längst schon besitze.[23] Am 23.8.1977 gab der damalige französische Außenminister Guiringaud bekannt: „Wir haben tatsächlich Nachrichten, wonach in Südafrika Vorbereitungen zu einer Nuklearexplosion getroffen werden, die, wie die Südafrikaner behaupten, friedlich sein soll.[24] Am 22.9.1979 wurde von einem US-Satelliten ein Lichtblitz registriert, wie er charakteristisch für die Explosion einer Atombombe ist. Südafrika streitet den Versuch bislang offiziell ab, obwohl die CIA davon ausgeht, daß es sich tatsächlich um einen Bombentest gehandelt habe.[25] Nach der Mitteilung eines Mitarbeiters der Bonner ANC-Vertretung hat die CIA mittlerweile herausgefunden, daß Südafrika jeztz schon über 8 Bomben verfüge.[26]



Wie die Konsequenz aussieht, die die weißen Südafrikaner zu ziehen bereit, fähig und willens sind, hat der ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister Coetzee unmißverständlich allen, die es hören wollten, zur Kenntnis gebracht: „Für Südafrika wäre es als Land mit nuklearem Potential sehr dumm, dies als letztes Mittel der Verteidigung nicht zu nutzen."[27] Damit meinte er sicherlich nicht nur die Verteidigung nach außen, sondern auch nach innen, gegen das eigene Volk. Wer glaubt, das wäre den „Buren" nicht zuzutrauen, der kennt sie leider schlecht.

Red./Christoph Marx

Anmerkungen:

1. Archiv der Gegenwart (AdG) 1978, S. 22238ff.
2. s. dazu auch den direkten Vergleich der Hongkong-Lösung mit Taiwan durch Denghsiau-ping in: AdG 1984, S. 28165
3. AdG 1984, S. 27530, Anm. 3. vgl. auch: H. Sautter, Die Wachstumszentren in Südostasien, Hongkong, Singapur, Taiwan, Südkorea, in: Die internationale Politik 1981/82, S. 346—358, bs 346f. u. 353f.
4. Über die Motivation, nukleare Waffen anzuschaffen, s. Rogers, Cervenka, The Nuclear Axis, Secret Collaboration between West Germany and South Africa, London 1978, S. 221
5. s. dazu die Zahlen bezüglich der Armeestärke in: Annual of power and conflict 1981/82, S. 387
6. s. Blätter des IZ3W 130, 1985, S. 51
7. Winkler, S. 68
8. ebd. 71
9. ebd. 69
10. ebd. 69
11. ebd. 71, über die fortgesetzten Waffenlieferungen der USA, s. AdG 1982, S. 25229 u. AdG 1983, S. 26358f.
12. Rogers, Cervenka, The Nuclear Axis, S. 226 u. 270
13. 1981 betrug der Anteil des Handels mit Taiwan für Südafrika 9%. Der Handel zwischen beiden Staaten nahm zwischen 1977 und 1981 um 45% pro Jahr zu. Taiwan unterhält auch wirtschaftliche Beziehungen zum „Homeland" Transkei, S. Africa Contemporary Record 1982/83, S. B 804 und B 831, wie auch 1983/84, S. B 810. Am 27.4.1976 hatten die beiden Länder diplomatische Beziehungen aufgenommen. AdG 1976, S. 20418
14. AdG 1980, S. 23979
15. ebd.
16. AdG 1977, S. 21256
17. Rogers, Cervenka, The Nuclear Axis
18. A. Hürter (Hg.), Israel und Südafrika, eine Dokumentation ihrer Zusammenarbeit, edition südliches afrika 16, Bonn 1983, S. 34; s. auch Rogers, Cervenka, The Nuclear Axis, S. 153. Zu Israels Atomwaffen s. AdG 1981, S. 24508 C, sowie den Bericht von A. Perlmutter, Autor eines Buches über Israels Angriff auf den irakischen Kernreaktor Osirak, daß Südafrika 200 einsatzfertige Kernsprengköpfe besitze. AdG 1982, S. 25630
19. Hürter, Israel und Südafrika, S. 34
20. Deutsche Welle — Monitor-Dienst 29.4.1983
21. Zur von Südafrika beabsichtigten Ost-West-Polarisierung in Afrika, s. Rogers, Cervenka, The Nuclear Axis, S. 225
22. s. z.B. Objective: Justice, S. 37 u. Nyangoni (s. Anm. 10), S. 133
23. AdG 1976, S. 20260, s. auch AdG 1977, S. 20793, in dem ein Bericht der „Washington Post" vom 16.2. 1977 zitiert wird, „wonach informierte Kreise der US-Regierung" davon ausgingen, daß Südafrika in 2—4 Jahren in der Lage sein werde, eine eigene Atombombe herzustellen. Auch Frankreich gab an, Informationen über die Vorbereitung eines südafrikanischen Kernwaffenversuchs zu besitzen. Südafrika dementierte, schloß aber eine Entwicklung von Atomwaffen grundsätzlich nicht aus: AdG 1977, S. 21275
24. AdG 1977, S. 21275
25. AdG 1980, S. 23800
26. Mitteilung des ANC-Mitarbeiters Naidoo bei einem Vortrag am 16.5.1986 in Freiburg
27. Stuttgarter Zeitung 23.8.1980

Äthiopien

„Eine unvergessliche Erfahrung..."

Während eines Aufenthaltes in Khartun im Sommer 1986 lernte ich Ato B. kennen, einen etwa 40-jährigen Eritreer, der seit Anfang des Jahres als politischer Flüchtling im Sudan lebte. Obwohl erst seit kurzem im Sudan, ging es ihm im Gegensatz zur Masse seiner Landsleute, die dort als Flüchtlinge leben, materiell gut. Er arbeitete als leitender Manager einer mittleren sudanesischen Firma und er wurde für die Verhältnisse im Sudan gut bezahlt.

Auch in Äthiopien hatte Ato B. zu den Bessergestellten gehört. In Eritrea geboren und aufgewachsen, war er als junger Mann nach Addis Abeba gegangen und hatte dort die Oberschule und die Universität besucht. Nach einem Studium der Volkswirtschaft und Jura arbeitete er vor und nach dem Umsturz von 1974 in verschiedenen Betrieben und Unternehmen. Zuletzt war er ein leitender Manager in einer jener Dachgesellschaften, in die die Militärregierung nach 1975 die verstaatlichten Betriebe jeweils einer ganzen Branche zusammengefaßt hatten.

Obwohl Eritreer von Herkunft, scheint sich Ato B. in der Vergangenheit nicht aktiv am Kampf der eritreischen Unabhängigkeitsbewegung gegen die äthiopische Zentralregierung beteiligt zu haben. Soweit es nach den verschiedenen Gesprächen und seinem Auftreten mir zu beurteilen möglich ist, gehörte er in Addis Abbeba auch nicht dem in Zellen organisierten Untergrund der EPLF an, mit der er jetzt im sudanesischen Exil offen sympathisiert.



Mein Fortgang aus Äthiopien fand Mitte November 1985 statt. Die Gründe für meinen Weggang waren wirklich vielfältig, angefangen damit, daß ich im Jahre 1984 wegen einiger dummer Anschuldigungen 7 Monate inhaftiert war. Und danach war der Sicherheitsdienst dauernd hinter mir her. Ich wurde regelrecht schikaniert. Mir war hinterbracht worden, daß sie mich erneut verhaften wollten. Schließlich beschloß ich, Äthiopien zu verlassen. Ich verließ Addis Abeba unter dem Vorwand, in Asmara ein Managertreffen zu haben. Sobald ich dort ankam, verließ ich zu Fuß das Land und ging in den Sudan.

Günther Schröder: *Um welche Anschuldigung handelte es sich?*

Ato B.: Ich wurde beschuldigt, den eritreischen Bewegungen anzugehören, und gegen das System und die militärische Führerschaft zu sein und so weiter. Es gab mehrere Anschuldigungen.

Schröder: *Wer erhob die Anschuldigungen gegen Sie?*

Ato B.: Das waren die Angehörigen des Politischen Amtes[1] in dem Betrieb, in dem ich nach meinem Transfer zu dieser Gesellschaft mein Büro hatte, und die Führer der Stadtbewohner-Vereinigung[2]. Ferner war über mich ein äußerst unerfreulicher Bericht verfaßt worden, der sich in den Händen des Leiters des Politischen Amtes für die Region Addis Abeba[3] befand.

Schröder: *Wie wurden Sie verhaftet?*

Ato B.: Nun, eines Tages bekam ich ein Schreiben, daß ich zur Abklärung einiger Fragen zur Ersten Polizeiwache[4] kommen sollte. Da ich keine Vermutung hatte, daß ich verhaftet werden sollte und dachte, es habe etwas mit meiner Arbeit zu tun, ging ich hin und wurde sofort verhaftet. Zuerst blieb ich dann in der Ersten Polizeiwache[5].

Schröder: *Gab es viele politische Gefangene in der Ersten Polizeiwache?*

Ato B.: Es gab etwa 100 politische Gefangene. Sie kamen aus allen ethnischen Gruppen Äthiopiens — Oromo, Amhara usw.

Schröder: *Wessen wurden diese hauptsächlich beschuldigt? Der Zugehörigkeit zu einer der Oppositionsbewegungen?*

Ato B.: Bei einigen war es diese Anschuldigung, aber es gab eine Vielzahl von Beschuldigungen. Einem Familienvater war vorgeworfen worden, er hätte sein Kind der Rekrutierung für den Militärdienst entzogen, ein anderer wurde beschuldigt, auf der Straße ein bestimmtes Mitglied der Militärjunta öffentlich beleidigt zu haben; wegen Gesprächen, politischen Unterhaltungen mit Freunden. Diese Beschuldigungen waren oft geringfügig und durch keine wirklichen Beweise gestützt.

Schröder: *Wurden Sie nach Ihrer Verhaftung jeden Tag verhört?*

Ato B.: Nein. Den ersten Monat hielten sie mich einfach im Gefängnis, ohne mit mir auch nur die geringste Diskussion zu führen. Erst nach einem Monat sandten sie ein Befragungsteam. Drei Leute vom CID[6] kamen zur Polizeiwache. Sie befragten mich, und dann entschied jemand, daß ich zum CID überstellt werden sollte. Dort werden alle politischen Gefangenen zum Foltern und Befragen hingebracht.

Schröder: *Wie erfuhr Ihre Familie, daß Sie in der Polizeiwache gefangen waren?*

Ato B.: Oh, sie suchten nach mir. In solchen Fällen geht man zu einigen Leuten und zu allen Polizeiwachen, um herauszufinden, wo ist X, wo ist Y und dann findet man es im Laufe der Zeit heraus. Manchmal gibt man jemandem 1 Birr[7] oder irgendwas und bittet ihn. Es war sogar ein

Polizist, der deshalb schließlich meine Familie anrief und ausrichtete, wo ich wäre. Man kann etwas erreichen, wenn man bestechen kann.

Schröder: Wie lange blieben Sie im CID und wie wurde dort verfahren?

Ato B.: 6 Wochen. 4 Leute fragten mich aus, nach meiner Lebensgeschichte, was ich machte, welchen Beitrag ich im Lande geleistet hätte, meinen Ansichten über die Revolution. Es ging um die Erstellung meines biographischen Hintergrundes. Sie bezogen sich niemals direkt auf das, dessen ich beschuldigt war. Sie gingen die Sache nicht geradeheraus an: ‚Du wirst dieses und jenes beschuldigt — verteidige Dich oder bekenne'. Ich wußte nicht einmal, wessen ich genau beschuldigt wurde. Wiederholt sagten sie, ich hätte mich mit den eritreischen Bewegungen gegen das Land an einer Verschwörung beteiligt. Manchmal drohten sie sogar, mich zu schlagen. Normalerweise kommt keine Person aus diesem Gefängnis heraus, ohne gefoltert worden zu sein. Ich wurde deshalb nicht gefoltert, weil ich mehrere Personen im Staatssicherheitsdienst kannte. Leute, die mir wirklich geholfen haben, im Gefängnis nicht mißhandelt zu werden. Wäre dies nicht gewesen, dann...

Schröder: Welche Art von Folter wird angewandt?

Ato B.: Oh ja, ich sah es jeden Tag geschehen. Sie schlagen mit Stöcken und elektrischen Kabeln hierhin[8] und auf die Füße. Sie binden dich so[9] zusammen und lassen dich so etwa eine halbe Stunde — bis du bald am Sterben bist. Und manchmal stekken sie deinen Kopf in ein Faß; eine Tonne mit Wasser und sie legen etwas darauf... Manchmal nehmen sie Strom, Elektroschocks. Und sie haben eine Art Werkzeug... damit spannen sie die Hände so zusammen und dann bleiben sie so... das Blut kann nicht fließen... manchmal 2-3 Wochen. Deine Finger können sich nicht bewegen, sie sterben ab, es ist keine Regung möglich. Und du siehst, einige Leute sind sehr schlimm gefoltert worden, sie können nicht zur Toilette gehen, können nicht essen; jemand muß sie zur Toilette tragen und sie müssen gefüttert werden, wie man ein Baby füttert.

Die Foltern sind vielfältiger Natur und zahlreich... manchesmal mit schweren Stöcken, 3 oder 4 Leute prügeln, bis alle Stöcke auf deinem Körper zerschlagen wurden... Es gibt wirklich zahlreiche Folterarten.

Eine andere Art ist psychologischer Natur. Manchmal holen sie einen Gefangenen und dann ist er einfach weg... sie bringen ihn um, Sie holen dich mitten in der Nacht oder um 3-4 Uhr morgens, wenn du am tiefsten schläfst...

Wenn sie dich nachts holen, weißt du nicht sicher, was mit dir geschehen wird — vielleicht holen sie dich zum Prügeln oder sie holen dich, um dich umzubringen.

Schröder: Wer waren im CID die schlimmsten Folterer?

Ato B.: Sie haben dort einfache, sehr wenig gebildete Soldaten, analphabetische Soldaten, von denen man sich nicht vorstellen kann, daß sie professionelle Befrager und Untersuchungsbeamte sind; Leute ohne irgendeine professionelle Qualifikation oder Leute, die wegen Korruption und Veruntreuung öffentlicher Gelder verhaftet wurden.

Schröder: Was geschah nach den Befragungen, wurden Sie freigelassen?

Ato B.: Nun — ursprünglich brachten sie mich dorthin[10], um mich ohne irgendeine Berücksichtigung der Gesetze auf Dauer festzuhalten. Meine Akte war nicht in dieser Abteilung, sie befand sich im Politischen Amt bei einem der Spitzenleute der COPWE[11].

Im COPWE-Büro hatten sie aus meiner Person einen ziemlich großen Fall aufgebaut — narürlich entsprechend ihren Auffassungen — und ich sollte dauerhaft gefangen bleiben. Aber später geschah folgendes: einige einflußreiche Personen vermochten auf eine freundliche Weise die Aufmerksamkeit auf meinen Fall zu lenken. In der Tat wurde ich deshalb von der Polizeiwache zum CID verlegt. Mein Befrager pflegte mir, zu guter Letzt, zu sagen, ich sei dieses oder jenes angeklagt. Mein Fall wurde nicht verhandelt... einfach nicht verhandelt. Aber letztendlich wurde beschlossen, daß ich 6 Monate absitzen sollte. Irgendjemand traf die Entscheidung, nicht durch Anwendung der Gesetze des Landes. So kam ich in das Zentralgefängnis von Addis Abeba[12].

Schröder: Wissen Sie, was normalerweise mit den Gefangenen im CID geschah, wieviele entlassen, wie viele verlegt und wieviele einfach dabehalten wurden?

Ato B.: Die Gefangenen haben keine Information darüber. Sie können nur schlußfolgern, wer wohin gegangen ist. Es gibt keine Kommunikation. Im CID kannst du nicht mal mit vier oder fünf Leuten reden. Sie haben dort noch ihr eigenes internes Sicherheitssystem.

Lassen Sie mich noch etwas zum Leben in der Polizeiwache nachtragen... Dort bist Du in einem Raum eingeschlossen, selbst wenn du urinieren mußt oder wenn du auf die Toilette gehen mußt, kannst du nicht zur Toilette gehen, sie öffnen die Zelle nur zweimal am Tag, früh am Morgen um 5 Uhr und abends um 5.30 Uhr. Wegen dieser Schwierigkeiten müssen die Gefangenen folgendes tun: in deiner Zelle gibt es ein halbes Faß, dorthin urinierst du. In den Polizeiwachen hast du nur 15 Minuten oder eine halbe Stunde im Freien, unter der Sonne, ansonsten bist du eingeschlossen.

Schröder: Wie groß waren die Zellen?

Ato B.: Nun, einige von ihnen waren schon groß. Aber wenn es mehr Gefangene gibt, werden sie einfach dazugestopft. Wir hatten nicht einmal genug Platz zum Schlafen, wir hatten einfach nicht genug Platz zum Ausruhen. Ich sage Ihnen, das ist einer der schlimmsten Aspekte der Behandlung im Gefängnis, und Organisationen wie **amnesty international** haben hinsichtlich solcher Sachen nichts unternommen.

Schröder: Sind die anderen Polizeiwachen genauso?

Ato B.: Ich kenne die genaue Zahl der Polizeiwachen nicht, mir sind nur die sieben größten bekannt. Aber jede von diesen ist in dieser Hinsicht ähnlich. Und in jeder gibt es politische Gefangene und solche unter anderen Anklagen. Das ist wirklich etwas, was Sie bekanntmachen sollten: die konkrete Tatsache, daß Menschen die natürlichen Rechte menschlicher Wesen vorenthalten werden.

Schröder: Wo werden die weiblichen Gefangenen untergebracht?

Ato B.: An gleicher Stelle, aber die Zellen sind getrennt. Sie würden Männer und Frauen nicht zusammen unterbringen. Ansonsten werden sie gleichermaßen behandelt.

Schröder: Hatten Sie Gelegenheit, Ihre Familie oder Verwandte zu kontaktieren, während Sie in der Polizeiwache waren

Ato B.: Nein, das kannst du nicht. Du kannst sie nur aus der Entfernung sehen wenn sie z.B. Essen bringen. Aber selbst dieses Recht wird dir meistens vorenthalten.

Schröder: Wie war es in dieser Hinsicht im Zentralgefängnis?

Ato B.: Oh, dort war das kein Problem. Ein- oder zweimal in der Woche kann man eine Verabredung treffen und die Familien in einem Büro sehen. Man kann dort Platz nehmen und sogar persönliche Angelegenheiten diskutieren.

Schröder: Gibt es im Zentralgefängnis neben den politischen auch normale Strafgefangene?

Ato B.: Hauptsächlich findet man dort politische Gefangene, sie sind die übergroße Mehrheit.

Schröder: Dürfen die Gefangenen im Zentralgefängnis arbeiten oder besteht sogar Arbeitszwang?

Ato B.: Nein. es gibt keinen Arbeitszwang. Sehen Sie, als sich die Revolution in ihrem embryonalen Stadium befand, gab es die weitverbreitete Ansicht, Gefängnisse sollten so verwaltet werden, daß die Rechte der Gefangenen respektiert würden, daß die Leute Anspruch auf Bildung hätten. Folglich machten all die Gefangenen das zu einer anderen Art von Gefängnis. Sie

eröffneten im Gefängnis große Schulen, Leute, die ihre Schulabschlußexamina abgeschlossen und bestanden hatten, besuchten Lehrgänge in Buchhaltung, Bilanzwesen. Und dann gab es auch die Schulung technischer Fertigkeiten: Kfz-Mechaniker, Elektriker. Jetzt kann der Derg nichts unternehmen, um es rückgängig zu machen[13]: im Gefängnis geht buchstäblich jeder zur Schule. Es gibt einige Leute im Gefängnis, die Analphabeten waren und die nun in der 10. Klasse, 12. Klasse sind.

Es existiert auch ein Kooperativladen dort, der jährlich etwa 100.000 Birr Nettoertrag erbringt; das meiste davon geht in die Finanziertung der Schule; etwa 60.000 birr für Schreibmaterialien, Matritzen, Schulbänke usw.

Schröder: Besteht in den anderen Gefängnissen im Lande das gleiche Systen?

Ato B.: Nein, das gibt es nur in Addis und nur in diesem Gefängnis.

Schröder: Haben Sie eine Ahnung, wo in Äthiopien sich die anderen großen politischen Gefängnisse befinden?

Ato B.: Es gibt viele Gefängnisse. Die größeren befinden sich in den Hauptgebieten mit politischen Schwierigkeiten, z.B. in Asmara, in Mekalle und in Wollega in Lekemti[14]. Es gibt auch eines zwischen Addis Abeba und Dessie[15], das Shoa Robi genannt wird... 1977/78 wurden die Leute wegen vermuteter politischer Abweichungen oder Verbrechen zu Tausenden einfach umgebracht.

Schröder: Wie sieht das heute aus?

Ato B.: Nun, sie hörten mit dem Töten auf. Ich war in Addis, als Zehntausende ohne stichhaltige Gründe umgebracht wurden. In den Stadtbewohnervereinigungen gaben sie den Wachen Gewehre und sie forderten sie auf, jeden umzubringen, den sie nicht mochten. Das Land verlor so eine Menge Menschen. Nach etwa 2 Jahren, stoppten sie es und danach sagten sie: ‚Laßt uns die Leute verhaften und Untersuchungen durchführen und mit dem Morden, ohne den wirklichen Sachverhalt zu kennen, aufhören.' Und es hat sich in der Tat erheblich verändert, es wurde wirklich besser.

Schröder: Gibt es noch eine erhebliche Anzahl von Todesurteilen?

Ato B.: Ja. Diejenigen, die den Selbstmordkommandos der EPRP[16] angehörten, pflegten sie umzubringen. Als ich im Gefängnis war, gab es viele, die umgebracht worden sind. sie erzählen zwar nicht, daß sie die umbringen, aber sie holen sie um 5 Uhr. Die Gefangenen kommen nie mehr zurück und du weißt, sie haben sie umgebracht. Es gibt keine Mitteilung darüber, daß sie getötet wurden.

Schröder: Welche Anklagen ziehen heute hauptsächlich die Todesstrafe nach sich?

Ato B.: Nun — Arbeit gegen die bestehende Partei, das System in Frage stellen...

Schröder: Das sind ja allgemeine Anklagen, gibt es genauer spezifierte?

Ato B.: Die gibt es eigentlich nicht. Die Sache ist so: Wenn sie Leute umbringen, erfolgt dies nicht unter Anwendung der Gesetze. Du wirst nicht zu einem formalen Gericht gebracht und du weißt nicht einmal, warum du getötet wirst. Es reicht, daß ein Mitglied der Militärjunta befiehlt: „bring ihn um" — und sie bringen dich um. Äthiopien ist in der Frage der Verhängung der Todesstrafe noch weit von der Anwendung gesetzlicher Verfahren entfernt. Ich weiß, daß es im Gefängnis von Addis Abeba hunderte von Gefangenen gibt, gegen die nichts vorliegt. Sie gaben noch nicht einmal Akten für diese Fälle, seit 6 oder 8 Jahren sind die Personen immer noch im Gefängnis.

Schröder: Haben sie im Zentralgefängnis Unterricht gegeben?

Ato B.: Ja. Ich blieb dort vier Monate. Ich habe Unterricht gegeben — Diplomstudiengänge. Nach insgesamt 6 Monaten sen wurden seit meiner Rückkehr an meinen Arbeitsplatz von vielen Leuten grenzenlose Anstrengungen getätigt, mich wieder ins Gefängnis zu bringen. Ich hatte etwa 7 Amhara mit abeschlossenem Universitätsstudium um mich herum, die mich haßten. Und außerhalb meines Arbeitsplatzes wurde ich, wo ich auch hinging, schikaniert. Heute gehen in Äthiopien 20 % des Staatshaushaltes für die Sicherheitsdienste drauf und wir glauben, daß es für je zehn Leute einen Angehörigen der Sicherheitsdienste gibt. Aber ich wußte Bescheid und ich pflegte zu wissen, wer ein Sicherheitsmann war. Ich habe sie jeden Tag gesehen. Wenn ich zu einem öffentlichen Platz ging und mit jemand sprach, pflegte jemand direkt dabei zu stehen und herauszufinden, mit wem und worüber ich spreche. War ich mit dem Wagen unterwegs, folgt mir ein Wagen des Sicherheitsdienstes, um zu sehen, welche Orte ich aufsuche. So wurde ich schikaniert. Ich kenne die Fahrzeuge, denn als Fabrikmanager habe ich den Sicherheitsdienst manchmal wegen irgendwelcher Probleme aufsuchen müssen, und ich weiß, wer zur Sicherheitsabteilung gehört und wer nicht. Das war sehr unerfreulich.



wurde ich dann freigelassen, weil jemand eine Bürgschaft über 10.000 Birr gestellt hat.

Schröder: Erhielten Sie nach Ihrer Entlassung Ihre alte Stellung zurück?

Ato B.: Für mich war es eine sehr schwierige Lage: Einerseits hatte ich, weil ich ein Eritreer war, sozusagen Feinde innerhalb des eigenen Büros. Sie wissen ja, in jedem Büro gibt es jemanden, der dem Politischen Amt Äthiopiens zugehörig ist, Organisatoren der neuen politischen Partei. Diese wollten mich noch nicht einmal auf eine Stelle zurückkehren lassen. Wegen meiner Erfahrung und Fähigkeiten mußten sie mich aber wieder nehmen. Indes-

Schröder: Wie habe sie erfahren, daß sie wieder verhaftet werden sollten?

Ato B.: Ich hatte einen Freund bei der Sicherheitsabteilung. Und deshalb gelang es mir zu entkommen.

Schröder: Wie gelang es Ihnen, aus Asmara herauszukommen, da man dafür doch Genehmigungen benötigt?

Ato B.: Als ich in Asmara ankam, bat ich jemanden von den Betriebsverwaltungen, mir eine Genehmigung zu besorgen, meine Familie mit einem Firmenwagen besuchen zu dürfen. Diese lebt etwa 20 km vor der Hauptstraße von Asmara nach Addis Abeba entfernt. Sie besorgten die Geneh-

migung und mit dem Fahrer verließ ich in einem Fiat 134 Asmara. Einen Tag später schickte ich den Fahrer nach Asmara zurück und ich selbst ging zu Fuß in die Gebiete, wo sich die eritreischen Befreiungskämpfer befanden. Ich kenne die Plätze, ich bin Eritreer, ich bin in Eritrea geboren, ich wuchs in Eritrea auf. Daher wußte ich, was ich zu tun hatte, sobald ich den Fuß auf asmarischen Boden gesetzt hatte.

***Schröder:** Wie lange dauerte es, bis Sie den Sudan erreichten?*

Ato B.: Vier Monate. Zuerst hatte ich mich entschlossen, über das Rote Meer nach Saudi-Arabien zu gehen, aber die EPLF wollte nicht, daß ich dorthin ginge, da es für mich nicht geeignet wäre. Außerdem habe es, als ich kam, schwere Kämpfe der 8. Offensive der Äthiopier gegeben.

An einem der Orte, wo ich mich aufhielt und auf ein kleines Boot wartete, das mich nach Nord-Sahel bringen sollte, begannen prötzlich 12 äthiopische Hubschrauber Truppen abzusetzen. Etwa 800 Soldaten sprangen dort ab, wo ich mich befand. Das war in der Danakil-Wüste, wo sich eines der Hauptquartiere der EPLF für diese südöstliche Zone Eritreas befand. Ich marschierte zwei Tage und drei Nächte mit den EPLF-Verbänden. In diesem Gebiet blieb ich insgesamt zweieinhalb Monate; solange, bis die Dinge sich normalisierten, die Äthiopier vertrieben wurden, und dann kam ich per Boot nach Nord-Sahel.

Von einer Insel nahe der eritreischen Grenze aus ging es mit einem EPLF-Lastwagen in die EPLF-Basisregieon. Dort blieb ich 6 Wochen und dann ging ich direkt nach Port Sudan und von dort nach Khartum. Nach kurzer Zeit fand ich mit Hilfe der EPFL diese Stellung, die ich jetzt habe. Ich versuche jetzt, hier soviel Geld zu verdienen, daß ich den Betrag zusammenkriege, den ich für Bestechungen benötige, um meine Familie herausholen zu können. Sie wird laufend überwacht und belästigt. Leider konnte ich nichts arrangieren, sie gleich mitzunehmen, da alles sehr schnell gehen mußte. Ihre Situation wäre jetzt auch nicht anders, wäre ich im Lande geblieben und verhaftet worden. So kann ich wenigstens versuchen sie herauszuholen. Aber es wird lange dauern...

***Schröder:** Gibt es jetzt in den Staatsbetrieben und Verwaltungsstellen viel Druck, der Partei beizutreten?*

Ato B.: Ja, einen unvorstellbaren Druck, wenn man nicht mit einigen ihrer Anforderungen konform geht. Zweimal die Woche oder pro Tag eine Stunde gibt es diese Diskussionssitzungen und deine Beteiligung daran wird zu einem der Mittel, dich und deine Einstellungen einzuordnen. Vertreter des Politischen Amtes haben über jeden Angestellten, der dort arbeitet eine Akte, und sie halten in diesem Bericht Ansichten und Einstellungen fest.

***Schröder:** Wenn sie jemanden auffordern, der Partei beizutreten und es wird abgelehnt, werden dann Strafmaßnahmen ergriffen?*

Ato B.: Sie pflegen keine Maßnahmen zu ergreifen, aber sie tun allles, um dich zu reizen und verärgern und sie werden dich vermutlich zu einem späteren Zeitpunkt ins Gefängnis stecken. Sie werden deine Bewegungen überprüfen, alles und jedes wird genau verfolgt werden. Aber in einigen Fällen stecken sie dich auch direkt ins Gefängnis. Ich weiß, daß es einige Leute gibt, die nur deswegen festgehalten werden.

***Schröder:** Welches ist der Status der Mitglieder der politischen Partei insgesamt?*

Ato B.: Heute steigt in Äthiopien eine neue Klasse auf, und zwar in der Hinsicht: Bildungsmöglichkeiten, Wohnraum, die besten Arbeitsplätze, Beförderungen. In jedem Gebiet der äthiopischen Gesellschaft geht jetzt der Löwenanteil an die Parteimitglieder. Es gibt z.B. zwei exzellente Schulen in Äthiopien. Durchschnittlich gebildete Eltern wie ich selbst würden unsere Kinder auf diese Schulen schicken, auf das Lyzeum Ghebremariam und die S. Josef-Schule. Aber ich weiß, daß gewisse Mitglieder der politischen Partei ihre Kinder mit ihren Fahrern und ID-Karten zu diesen Schulen schicken, um sie dort einschreiben zu lassen, während die Zivilisten normalerweise keinen Zugang zu diesen Schulen haben. sie genießen alle Prioritäten. Aber auf dem Papier, in der offiziellen Erklärung zur Parteigründung sagen sie, daß die Mitgliedschaft in der politischen Partei gegenüber den anderen Angehörigen der Bevölkerung keine besonderen Vorteile mit sich bringt.

Nun, vorneweg kann ich Ihnen sagen, die Mitglieder der politischen Partei in den Fabriken und Büros sind in der Tat mehrheitlich ungebildete Leute. In meinem Büro war der Leiter der Parteiorganisation ein Absolvent der 11. Klasse, während die meisten von uns Universitätsgraduierte waren, die weitaus mehr über Sozialismus, Kapitalismus und viele andere Dinge gelesen haben. In der Verkündung der Partei gab es diesen Glauben und das Gefühl, daß die Partei das oberste Organ, die höchste Autorität sei; folglich ihre Mitglieder die Lenker der Gesellschaft wären, die in allen gesellschaftlichen Bereichen diktieren könnten. Und dabei haben sie nur sehr wenig Gebildete, die — sagen wir mal — Leiter einer Region oder ihres Politischen Amtes sind. Manche mögen vielleicht Universitätsbildung aufweisen, aber an der Basis werden Leute nicht wegen ihrer Ehrlichkeit, wegen diesem oder jenem, sondern wegen ihrer Ansichten und ihrer nachgiebigen Ansichten der Partei gegenüber, zu Parteimitgliedern gemacht. Ich sage Ihnen, die Partei hat keine Grundlage. Sie ist bloß wie eine Insel in einem Ozean.

Anmerkungen

1 Politisches Amt — für die politische Schulung inner- wie außerhalb der Partei zuständige Abteilung der Staatspartei EWP (Ethiopian Worker's Party) bzw. deren Vorläuferin COPWE (Commission for Organizing the Party of the Workers' of Ethiopia)

2 Stadtviertelvereinigungen — unterste Ebene der neuen Kommunalverwaltungen, die ab 1975 aufgebaut wurden. Sie haben weitreichnde Befugnisse hinsichtlich der Vergabe von Wohnraum und Ausstellung von Rationalisierungskarten und Bezugsscheinen. Sie haben ferner die Gerichtsbarkeit für kleinere Streitfälle. Sie fungieren aber auch in vieler Hinsicht als unterste Überwachungsorgane des Staates.

3 Äthiopien ist heute in 24 Regionen und zwei sonderregionen untergliedert. An der Spitze der Regionen stehen jeweils Gouverneure, die Sonderregionen Addis Abeba und Assab unterstehen direkt der Zentralregierung.

4 In Addis Abeba sind die Polizeiwachen durchnummeriert.

5 D. h. in deren Trakt für politische Untersuchungshäftlinge. Neben diesen Trakt gibt es auch ein Untersuchungsgefängnis bei jeder Polizeiwache für einfache Straftäter.

6 Das Central Investigation Department/CID hat seinen Hauptsitz in der 3. Polizeiwache in Addis Abeba an der Harrar Road. Diese Polizeiwache hat kein eigenes Gefängnis für politische Untersuchungshäftlinge, da Häftlinge aus ihrem Zuständigkeitsbereich direkt dem CID übergeben werden.

7 Birr — äthiopische Währungseinheit, oft als äthiopischer Dollar bezeichnet, heutiger Gegenwert etwa 1,50 DM

8 in die Nierengegend

9 mit dem Kopf auf den Knien

10 muß sich hier auf das Untersuchungsgefängnis in der Ersten Polizeiwache beziehen

11 siehe Anmerkung 1

12 Neben dem großen Zentralgefängnis, das für Gefangene gedacht ist, die regulär verurteilt wurden oder hinsichtlich derer es zumindest irgendwelche sonstigen Entscheidungen über die Dauer ihrer Gefangenschaft gab, gibt es in Addis Ababa zum einem die bereits genannten Untersuchungsgefängnisse in den Polizeiwachen, wo Leute oft jahrelang ohne Verfahren bleiben und eine Reihe von Geheimgefängnissen, in denen prominente Gefangene untergebracht sind. In den Stadtviertelverwaltungen gibt es ferner kleinere Gefängnisse, in denen kleinere Straftäter kurze Strafen absitzen.

13 In der Tat hat der Derg etwas unternommen und 1985 die internen Ausbildungsgänge im Zentralgefängnis von Addis Abeba aufgehoben. Nach Aussagen eines geflohenen hohen Beamten, der Gefängnisverwaltung hing dies u.a. damit zusammen, daß viele Gefangene im Gefängnis die Abschlußprüfung der 12. Klasse mit exzellenten Noten bestanden und nach ihrer Entlassung mit Leichtigkeit den Numerus Clausus bei der Universitätszulassung übersprangen. Der hohe Anteil von ehemaligen politischen Gefangenen, der so an den Söhnen und Töchtern der Parteimitglieder vorbei in den letzten Jahren an die Uni gelangte, erregte das Mißfallen dieser Kader, die entsprechend Druck ausübten. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß viele der 1977-79 Inhaftierten und zu kürzeren Strafen Verurteilten Jugendliche, zumeist noch Oberschüler waren, die jetzt natürlich im Gefängnis die Weiterbildungsmöglichkeiten zu nutzen suchten.

14 Mekalle — Hauptort der Region Tigrai; Lekemti — Hauptort der Region Wollega

15 Dessie — Sitz der Regionalverwaltung von Wollo

16 EPRP — Ethiopian People's Revolutionary Party — linke Oppositionsbewegung zum Derg, mit dem sie sich 1976-78 *einen blutigen Bürgerkrieg lieferte.* EPRP hatte eine starke Verankerung unter Oberschülern und Studenten und um ihre Verankerung zu zerstören, betrieb der Derg eine brutale Repression gegen Schüler und Studenten allgemein. die EPRP schlug gegen die Vertreter des Regimes mit Selbstmordkommandos zurück, von denen aber trotzdem immer wieder Mitglieder in Gefangenschaft gerieten, dort aber bald umgebracht wurden.

Günther Schröder

Mexiko

Müllsammler von Mexiko-Stadt



Für die Bewohner ganzer Stadtviertel von Mexico-Stadt ist der Recycling und der Verkauf der daraus entstandenen Produkte einzige Erwerbsquelle. Diese Gruppen zählen durchaus nicht zu den ärmsten der Stadt, wohl aber ein großer Teil ihrer Kundschaft.

Tepito, in unmittelbarer Nähe zum Stadtzentrum, ist ein typisches Beispiel, das manchen Mexico-Touristen vielleicht wegen seiner „malerischen" Motive und Hausbemalungen bekannt ist. In Tepito, das sich an sieben Tagen in der Woche in einen riesigen Straßenmarkt verwandelt, kann man die wie fabrikneu aussehenden, aber aus dem Abfall stammenden Bügeleisen und andere Haushaltsgeräte neben gestohlenen und geschmuggelten Waren (wie Kassettenrecordern, Fernsehgeräten etc.) preiswert kaufen; gereinigte , aufgearbeitete und gebrauchte Kleidung wird angeboten; Schuster reparieren weggeworfene Schuhe für den Wiederverkauf.

Besonders gut wiederverwertet wird in Mexico-City der Baumüll, so daß nur rund 1% des gesammelten Abfalls, der in den städtischen Deponien landet, aus Bauschutt besteht. Die Baumaterialien werden direkt an den Baustellen zurückgewonnen: gebrauchte Ziegelsteine werden verkauft, Zementproben und die Reste der Verschalung werden für den Hausbau in den Elendsvierteln verwendet; selbst der übrige Bauschutt wird noch gekauft, weil die Bewohner wilder Stadterweiterungsgebiete den für den Bau ihrer Behausungen benötigten Sand klauen und deswegen in der Nähe der Elendsviertel riesige Erdlöcher und -höhlen entstehen, die die Bodeneigentümer möglichst schnell mit Bauschutt wieder auffüllen, entweder um Bauland zu gewinnen oder um das Land über den Höhlen als Bauland zu erhalten.

Das Recycling von Müll in Mexico-Stadt hat aber auch ganz andere Seiten.[1] Aus den 504 organischen Materialien des Haus- und Straßenmülls, wie Speiseresten, trockenen Tortillas, Obstresten, Knochen, Tierkadavern, werden nicht nur Futtermittel hergestellt. Aus Knochen macht man die Briefmarkengummierung, aber auch Instant-Fertigsuppen; Obstreste werden zu Fruchtsäften, die man in der Dose verkauft; nicht nur Fettreste sondern auch altes Autoöl verwandelt sich in Speisefett. Tierkadaver sollen von Wurstfabriken aufgekauft werden.[2]

Daß Menschen, um zu überleben, den Müll durchwühlen, reicht bis zur spanischen Kolonialisierung zurück, die gewaltsam die indianische Sozial- umd Wirtschaftsstruktur zerstörte. In den Städten lebten z.B. Menschen, die ihre Nahrung im Müll suchten und die sich

aus dem Abfall mit dem Sammeln und Verkaufen von Rohstoffen (wie Metall, Lumpen, Papier, Pappe) Einkommen beschafften.
Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Müllsammler von Mexico-Stadt veränderten sich qualitativ, als sie in den kommunalen Mülldeponien arbeiten und in den umzäunten Gebieten auf dem Müll ihre Hütten bauen durften. Auf der größten offiziellen Mülldeponie der Stadt, Santa Cruz Meyehualco, die 1924 eröffnet wurde und 160 ha groß ist, arbeiten und wohnen heute ca. 1.000 Familien, d.h. ca. 10.000 Menschen. In der zweitgrößten Deponie, Santa Fe, die 1958 auf einem Gebiet von 7 ha gegründet wurde und die heute 40 ha bedeckt, leben und arbeiten noch einmal 500 Familien.[3]
80% der Müllsammler und -sortierer (pepenadores) von Santa Cruz Meyehualco sind bereits in der Deponie geboren und aufgewachsen; 50% der Bewohner, die älter als 10 Jahre sind, sind Analphabeten und rund die Hälfte der Kinder zwischen 6 und 14 Jahren geht nicht regelmäßig zur Schule. Nicht einmal 20% der Bewohner, die älter als 12 Jahre sind, haben die sechsjährige Hauptschule (primaria) beendet. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Deponiebewohner liegt nur bei weniger als 40 Jahren[4].

Räumliche und soziale Segregation

Es soll hier exemplarisch gezeigt werden, daß in den Lebens- und Arbeitsbedingungen der "pepenadores" soziale Merkmale auszumachen sind, die den Kern der räumlichen und sozialen Segregation ausmachen.
Die Mülldeponien sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht erreichbar; weitere Infrastruktureinrichtungen wie Energie, Kanalisation, Wasser fehlen. Außer der technischen fehlt auch die soziale Infrastruktur (z.B. schulische und ärztliche Versorgung). Das Gebiet von Santa Cruz Meyehualco ist mit einem hohen Zaun überall dort eingegrenzt, wo nicht ohnehin natürliche Bedingungen den Zugang unmöglich machen, denn die Deponie liegt in einer tiefen Schlucht. Der Eingang wird ständig bewacht. Diese räumliche Segregation der Müllsammler und -sortierer ist auch eine soziale Segregation. Selbst die politischen Gruppen, die sich gegenwärtig in Mexico in der einen oder anderen Weise um marginalisierte Gruppen kümmern, scheinen heute wenig Interesse an den "pepenadores" zu haben; Sie werden anscheinend kaum als ein Protestpotential gegen Arbeitslosigkeit, Inflation, Wohnungsnot etc. angesehen. Eher werden sie als Mitglieder von Schlägertrupps, die den status quo verteidigen, gefürchtet.

Wege des Mülls

Täglich werden in Mexico-Stadt rund 10.000 Tonnen Müll gesammelt und auf den Abfallhalden, die zwischen 25 und 30 m hoch sind (manche behaupten, der Müll habe an seiner höchsten Erhebung schon eine Höhe von 100 m)[5], entladen. Der Inhalt der Müllwagen wird bereits beim Abkippen von einer "pepenadores"-Familie, in der immer auch die "alten" Leute und Kinder unter 10 Jahren mitarbeiten, mit Stöcken nach Lebensmitteln, Papier, Metallen etc. durchwühlt. Das Verwertbare wird sortiert und in großen Plastiksäcken gesammelt. Die Chancen, Verwertbares zu finden, sinken rapide für jede "pepenadores", die erst auf der schon einmal sortierten Müllfläche arbeiten[6].
Der gesammelte und sortierte Abfall wird an zentralen Sammelstellen, die in den Deponien eingerichtet sind, verkauft. Diese Sammelstellen werden von Zwischenhändlern beherrscht, die die Säcke selbst wiegen, den Preis machen und die Materialien weiterverkaufen.
Das Leben in den Mülldeponien ist beherrscht von Konflikten: Konflikte zwischen den Müllsammlern und den Zwischenhändlern um die Bezahlung des Mülls; zwischen den Müllsammlern und denen, die entscheiden (auch Müllsammlern), wo der Müll und der Müll welcher Stadtviertel entladen wird; Konflikte entstehen beim Müllsammeln und beim Entladen der Wagen.
Eine Familie kann unterschiedliche Zahlen an Fuhren bekommen, wichtig ist auch die Qualität des Mülls. Müll aus den "guten" Wohngebieten bringt bis zu 4 kg pro Einwohner, aus anderen Stadtgebieten nicht einmal 1/2 Pfund. Zudem hat der Müll aus den anderen Gebieten einen geringeren Anteil an verwertbaren Materialien, weil diese Gebiete eine geringere Dichte an Geschäften haben, aber auch, weil die Bewohner selbst die Wiederverwertung ihres Abfalls besorgen. Die soziale Segregation von Mexico-Stadt aus Umfang und Qualität des anfallenden Mülls ableiten zu wollen, wäre allerdings schwierig, da es in vielen, nicht legalisierten Elendsvierteln überhaupt keine Müllabfuhr gibt, aber auch kein Wasser, keine Elektrizität und keine Kanalisation. In diesen Vierteln entstehen wilde Deponien in kleinen Schluchten und auf unbebauten Grundstücken, die ebenfalls von Müllsammlern, die aber noch ärmer sind als die, die in den offiziellen Deponien arbeiten und wohnen, durchsucht werden. Diese "pepenadores" sammeln auch nachts in den Straßen der Stadt Speisereste, Papier, Dosen, Glas etc.
Ein anderer Konflikt in den Deponien ist, daß die Preise, die für den sortierten Abfall innerhalb der Deponie gezahlt werden, wesentlich niedriger sind, als die außerhalb. Die Müllsammler behaupten außerdem, daß die Wagen, auf denen die Müllsäcke gewogen werden, falsch und zu ihren Ungunsten eingestellt sind.
Aber auch schon bevor der Müll in den Deponien landet, sind die wertvollsten Stücke (Metallteile, Haushaltsgeräte, Kleidung) aussortiert worden. In den Stadtvierteln, durch die die Müllabfuhr kommt, nehmen offene Lastwagen den Müll, der an die Wagen gebracht werden muß, lose und in Plastiktüten, Kartons, Tonnen etc. mit; auch Sperrgut wird abtransportiert. Zwei Müllsammler auf den Wagen sortieren den Abfall während der Fahrt, um die wiederverwertbaren Sachen später auf eigene Rechnung zu verkaufen. Es gibt Fälle, in denen Helfer, die an dem Verkaufserlös beteiligt werden, mitfahren. Die Müllwagenfahrer verdienen besser, weil sie die Möglichkeit haben, ihr Einkommen regelmäßig aufzubessern, indem sie mehr Müllbehälter abtransportieren, als der Müllabfuhr offiziell angegeben und bezahlt werden. Besonders kleine Betriebe machen von dieser Möglichkeit der Müllabfuhr Gebrauch. Extratouren, z.B. für einen großen Fischladen oder für Restaurants oder Metzgereien, bringen den Müllfahrern einen weiteren Zusatzverdienst, weil sie die ganze Wagenladung direkt an weiterverarbeitende Betriebe verkaufen. In diesem Fall erhalten die "pepenadores" auf den Müllwagen einen Teil vom Erlöß.
Die Müllsammler und -sortierer von Mexico kann man als Teil einer stockenden relativen Überbevölkerung[7] bezeichnen; sie sind "ein Teil der aktiven Arbeiterarmee, aber mit durchaus unregelmäßiger Beschäftigung"[8]: Ihre Arbeitszeit ist überdurchschnittlich lang und wird vom unregelmäßigen Rhythmus der Müllabfuhr bestimmt; ihre Reproduktionsbedingungen sind noch schlechter als die des Durchschnitts. "Maximum der Arbeitszeit und Minimum des Salairs charakterisieren sie"[9].

Anfang und Ende der Genossenschaft der Müllsammler

Erst Anfang der 60er Jahre, als in Santa Cruz Meyehualco immerhin schon 3.000 Menschen arbeiteten und wohnten, fand in der Öffentlichkeit eine Diskussion über die Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen in den Mülldeponien statt. Selbst der Präsident von Mexico, Adolf LopezMateos, mußte sich im Februar 1962 mit den Problemen der "pepenadores" von Santa Cruz Meyehualco befassen. Er versprach menschenwürdige Wohnungen. Zur gleichen Zeit gründeten Damen der sogenannten guten Gesellschaft die "Gesellschaft des guten Willens und des sozialen Dienstes" (Buena Voluntad y Servicio Social A.C.). Sie sammelten Kleidung für die Bewohner; sie sorgten dafür, daß regelmäßig Trinkwassertanks in die Deponie fuhren; sie versuchten, für die Kinder der Mülldeponie in den umliegenden Grundschulen Plätze zu finden; mit einem nahegelegenen staatlichen Gesundheitszentrum wurde vereinbart, daß die "pepenadores" nund ihre Familien kostenlos versorgt werden. Viele dieser Aktivitäten verliefen nach kurzen Anfangserfolgen im Sand. Sowohl die Eltern als auch die Lehrer der umliegenden betroffenen Schulen wehrten sich

erfolgreich gegen die Eingliederung der Kinder aus der Mülldeponie. Auch innerhalb der Deponie wuchs der Widerstand gegen die begonnenen Maßnahmen: Die Regelungen, die bis dahin gegolten hatten, hatten nicht nur den Zwischenhändlern, sondern auch den Müllsammlern, die die Arbeit verteilten (capacates) und einigen einflußreichen Politikern hohe Einkommen gesichert. Diese Gruppe verteidigte mit Gewalt und Terror ihre Privilegien: Müllsammler wurden in der Deponie — weiterhin — zusammengeschlagen, wenn sie sich den Befehlen der "capataces" widersetzen wollten; sie wurden auch weiterhin daran gehindert, die Deponie zu verlassen, wenn sie die gesammelten Materialien zu günstigen Bedingungen außerhalb verkaufen, oder wenn sie sich außerhalb medizinisch behandeln lassen wollten.

Mit Unterstützung der Damen "des guten Willens..." wurde zwischen 1962 und 1964 der Versuch gemacht, eine Genossenschaft der Müllsammler und -sortierer zu gründen, mit der sich die "pepenadores" der Kontrolle der etablierten Organisation der Zwischenhändler und "capataces" hätten entziehen können. Evangeline Lagons schreibt: "Bei der ersten Versammlung erschienen 60, bei der zweiten bereits 200 und eine Woche später, bei der nächsten Versammlung , waren 650 pepenadores anwesend".[10] Die Genossenschaft war in kurzer Zeit sehr erfolgreich:

- Man kaufte drei Wagen und einen kleinen Lastwagen, um den sortierten Abfall direkt an die Abnehmerbetriebe liefern zu können;
- 3.000 Wohnungen, die der Präsident versprochen hatte und die fertiggestellt worden waren, wurden verteilt;
- die umfangreichen Vorarbeiten, um als Genossenschaft zugelassen zu werden, wurden erledigt und die Papiere an die Stadtverwaltung weitergeleitet. Mit der Zulassung als Genossenschaft sind in Mexico erst die Grundvoraussetzungen für eigene Handlungs- und Artikulationsmöglichkeiten sozialer Gruppen erfüllt: Kreditgewährung durch Banken, öffentliche Zuschüsse oder offizielle Einflußmöglichkeiten auf politische Entscheidungen haben die "Legalisierung" zur Voraussetzung.

Aber mit dem Schritt zur Gründung einer eigenen Genossenschaft in Santa Cruz Meyehualco wurde ein Nerv der finanziellen, politischen und sozialen Kontrolle der Ausbeutung der "pepenadores" getroffen. Die Reaktion ließ nicht lange auf sich warten:

- Die Legalisierung der Genossenschaft wurde immer wieder und ohne kon krete Begründung verzögert, ein in Mexico gängiges Verfahren, berechtigte Forderungen abzulehnen ohne die Ablehnung begründen zu müssen.
- Der aktivste Sprecher der Genossenschaft, Othon Rangel, wurde von der Polizei verhaftet unter der Anschuldigung, einen der "capataces" verletzt zu haben.
- Müllsammler und -sortierer, die Mitglieder der Genossenschaft geworden waren, aber auch ihre Frauen und Kinder wurden mehrfach zusammengeschlagen.
- Die Genossenschaftsmitglieder, denen Häuser zugeteilt worden waren, wurden — mit Unterstützung der Polizei und ohne Gerichtsbeschluß, der auch nach mexikanischem Recht erforderlich gewesen wäre — aus ihren Wohnungen vertrieben.

Die Damen "des guten Willens ...", die mit der Unterstützung der Genossenschaftsbewegung offensichtlich den Rahmen wohltätiger Unternehmungen überschritten hatten, zogen sich allmählich aus Santa Cruz Meyehualco zurück. Seitdem herrscht wieder "Ruhe und Ordnung" in der Deponie.

Von dem politischen Sprecher der Genossenschaft,Othon Rangel, verlor sich seit 1964 jede Spur. Die nicht legalisierte Genossenschaftsbewegung ist eingeschlafen. Von den 1963 neuerbauten 3.000 Häusern, die die menschenunwürdigen elenden Behausungen, in denen die allergrößte Mehrheit der Menschen auf dem Müll lebt, ersetzen sollten, waren 1965 nur noch 700 übrig. Die Bewohner waren entweder mit Gewalt vertrieben worden oder sie hatten "freiwillig" ihre Häuser für nichts verkauft; einige Familien hatten ihre Häuser auch verlassen. In allen Fällen wurden die Gebäude in ihre Bestandteile zerlegt, die Teile verkauft.[11]

Der Aufstieg des Rafael Gutiérrez Moreno

Der wichtigste Schritt, um die "pepenadores" erneut politisch und finanziell zu kontrollieren, wurde 1965 mit der Gegengründung der "Union de pepenadores de los tiraderos del DDF" (Gewerkschaft der Mülleute der Deponien von Mexico-Stadt) getan.

Die "Union de pepenadores" wurde sofort nach ihrer Gründung als offizielle Gewerkschaft anerkannt.[12] Präsident der neuen Gewerkschaft wurde Rafael Gutiérrez Moreno, ein bis dahin weitgehend unbekannter ehemaliger Müllsammler und Müllwagenfahrer. Sein steiler Aufstieg zum mächtigsten Mann der Mülldeponien, der ihm ein Vermögen von mehreren Millionen und einen Sitz als Parlamentsabgeordneter einbrachte, war durch politische Protektion möglich geworden: Ein Senator der Stadt Mexico, Benjamin Carpio, in dessen Amtsbereich auch die Stadtreinigung fiel und der bis zu diesem Zeitpunkt den Wiederverkauf der gesammelten Materialien aus den Deponien indirekt kontrolliert hatte und an dem Erlös beteiligt war, spielte eine zentrale Rolle. Möglicherweise schien Gutiérrez als "Strohmann" für die Weiterführung seiner illegalen Nebengeschäfte geeignet zu sein.

Gutiérrez verstand es, eine allen Beobachtern unangreifbar erscheinende Machtposition in der Deponie Santa Cruz Meyehualco aufzubauen. Die folgende Interpretation darf nicht als Personalisierung der Vorgänge mißverstanden werden: die Figur des Gutiérrez ist austauschbar.

Der unbedingte Gehorsam, der in der Deponie gegenüber Rafael Gutiérrez vorherrschte, hatte keine gesetzliche Grundlage. Das persönliche Vertrauen der Deponiebewohner in Gutiérrez mag u.a. damit erklärt werden, daß er es verstand, den marginalen Status der "pepenadores" in den Augen der Deponiebewohner aufzuwerten: "Die Erde soll dem gehören, der sie bearbeitet; der Müll den Müllsammlern und -sortierern" war einer seiner Sprüche. Gutiérrez ließ die Zufahrt zur Deponie Santa Cruz Meyehualco mit einer eisernen Girlande schmücken, auf der es hieß: "Wir sind auch Mexicaner". Er organisierte 20 Fußballmannschaften und ließ auf dem Müllgelände einen Sportplatz mit vier Fußballfeldern anlegen. Die Kirche und das Gewerkschaftshaus, aus Abfallmaterial gebaut, wurden angemalt und renoviert. An Feiertagen, wie am Mutter- und Vatertag und am Tag des Kindes, ließ Gutiérrez kleine Geschenke an Leute verteilen, die nie etwas geschenkt bekommen, noch nicht einmal Werbematerial.

Rafael Gutiérrez verkörperte den Ausbeuter und Wohltäter in einer Person, wie ein "Patron".[13] Ein Patron gewährt Schutz und verschafft Vorteile, deswegen wird er geachtet. Buchstäblich am Dach über dem Kopf ist in der Mülldeponie Santa Cruz Meyehualco erkennbar, daß es sich auszahlt, Gutiérrez die Treue zu halten: Jene übriggebliebenen, unzerstörten 700 Häuser hatten nach 1965 den Eigentümer gewechselt. Sie wurden von Gutiérrez übernommen, der die finanziellen Verpflichtungen der ehemaligen Eigentümer gegenüber der Baufirma ablöste.Da die neuen — oder zum Teil alten — Hausbewohner für die Unterkunft in den festen Häusern nur eine symbolische Miete an Gutiérrez zahlen mußten — sie auf einmal also Privilegien zu verlieren hatten — wurden sie zu loyalen Gutiérrez-Anhängern.

Die Herrschaft von Gutiérrez in der Mülldeponie Santa Cruz Meyehualco hat sich als sehr stabil erwiesen. Die Ursachen dafür sind nicht in der Deponie, sondern in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu suchen.

Die Herrschaft von Gutiérrez in Santa Cruz Meyehualco hat eine Vorgeschichte: Gutiérrez wurde als Strohmann lanciert, konnte sich aber als politischer Führer aufbauen, weil er eine Organisation, die Gewerkschaft der Mülleute, fest in den Griff bekommen hatte. Der Umstand, daß politische, ökonomische und soziale Kräfte außerhalb der Deponie die Macht

von Gutiérrez innerhalb der Deponie garantierten (indem sie ihm einen Aufstieg in der PRI ermöglichten, indem die Polizei nicht unangemeldet in der Deponie erschien etc.) hatte zur Folge, daß die Bewohner der Deponie tatsächlich keine Alternative hatten, ihrem "Herrn« nicht zu vertrauen. Das war die Voraussetzung dafür, daß Gutiérrez seinen Paten, Carpio, politisch "überleben" konnte.
Das Geschäft zwischen Carpio und Gutiérrez funktioniert nur ein Jahr, bis 1966, weil Carpio bei den Neuwahlen nicht wieder als Kandidat aufgestellt wurde. Gutiérrez wurde durch diesen Umstand unabhängig. Er brauchte von nun an weder seine Macht noch das Einkommen aus den Mülldeponien zu teilen. Seine Position war zu diesem Zeitpunkt schon so stark, daß er mit dem neuen Senator auf gleicher Ebene verhandeln konnte.
Innerhalb der Mülldeponie Santa Cruz Meyehualco konnte Gutiérrez aufgrund dieser Entwicklung seine Position weiter festigen. Nachdem Benjamin Carpio von der politischen Bühne verschwunden war, übernahm Gutiérrez die Kontrolle über den Verkauf aller Materialien, die in der Deponie gesammelt wurden. Ein Einstieg in diese Position war die Übereinkunft mit den Mietern, die nur eine symbolische Miete zahlen müssen, daß sie ihr gesammeltes Blech ausschließlich an ihn verkauften. Als Guitérrez in der Deponie im großen Maßstab Geschäfte auf eigene Rechnung begann, hat sich für die "pepenadores" nicht der Grad der Ausbeutung verändert, sondern nur der Name des Ausbeuters gewechselt, zumal die Preise von Guitérrez nicht über denen der früheren Zwischenhändler lagen.
Die alten Zwischenhändler, die nicht für den neuen "Herrn" arbeiten wollten, verschwanden aus Santa Cruz Meyehualco. Einige siedelten sich in Santa Fé an, der zweitgrößten Deponie der Stadt, und versuchten vergebens, von dort aus eine Gegenorganisation aufzubauen. Heutzutage wird auch die Deponie Santa Fé von den Anhängern von Rafael Gutiérrez beherrscht. Nur einer der ehemaligen "capataces", JoséVelázques, versuchte, sich den Machtansprüchen von Gutiérres zu widersetzen. Er starb unter ungeklärten Umständen mit einer Kugel im Kopf. Seine Witwe wurde ein wichtiger "capataz" bei Gutiérrez. Sie kontrollierte 1980 rund 300 Familien von Müllsammlern.
Seit Ende der 70er Jahre brauchte sich Gutiérrez nicht mehr selbst um Santa Cruz Meyehualco zu kümmern. Er hatte diese Aufgabe einem Vertreter, E. Rodriguez, überlassen. Gutiérrez, dessen monatliches Einkommen auf 100.000 DM geschätzt wird[14], konnte sich auf seine Geschäfte und politische Karriere konzentrieren: Er war von 1979 bis 1985 Parlamentsabgeordneter und gehörte zu den einflußreichsten Männern der Partei der "institutionalisierten Revolution" (PRI). Die Grundlage seines Einflusses war bestimmt sehr vielseitig. Nicht unwesentlich war sicher, daß die Kritik der Untätigkeit der Regierung wächst (große Arbeitslosigkeit, enorme Inflation, sichtbare Verarmung großer Gruppen, augenscheinliche Korruption), Gutiérrez aber in der Lage war, "seine" Leute für die Regierungspolitik zu mobilisieren: nicht nur als jubelnde Kulisse bei politischen Demonstrationen oder Parteitagen, sondern auch, um demonstrierende Studenten, Bauern und Arbeiter auseinanderzutreiben. Die Ermordung der Studenten 1971 geht angeblich auf sie zurück.

Herr der Deponien

Die heutige Organisation von Santa Cruz Meyehualco entspricht weitgehend dem Typ charismatischer Herrschaft [15]. Der als "Herr" der Deponie anerkannte Gutiérrez hat im An- und Verkauf des sortierten Mülls, als Aufseher und in der Arbeitsorganisation Leute seines Vertrauens eingesetzt, nicht "angestellt". Die für die Materialien Verantwortlichen liefern die mit Gutiérrez vereinbarten Mengen bei den einzelnen Abnehmern außerhalb der Deponie ab. Die Ablieferung ist so organissiert, daß ein Rest übrig bleibt, den die "Verantwortlichen auf eigene Rechnung verkaufen dürfen. "Verantwortlche" sind auch für die Verteilung der Abreit auf die einzelnen "pepenadores"-familien zuständig, sowie für den sogenannten "sozialen Frieden" innerhablb der Deponie: Sie besorgen, wenn sie es für nötig halten, einen Arzt;sie bestimmen, welche Familien wann "auf Kosten von Rafael Gutiérrez" zur Erholung außerhalb der Deponie gehen sollen und dürfen; sie verteilen im Namen von Gutiérrez Geschenke, wie z.B. Kleidung; selbst Streitigkeiten zwischen den "pepenadores" werden von ihnen geschlichtet. Diese sogenannten "Verantwortlichen" haben "capacates", die sie selbst ernennen dürfen.
Gutiérez wurde im März 1987 ermordet — allerdings nicht aus politischen Motiven. Ein von seiner Frau bezahlter Killer erschoß ihn. Das von ihr angegebene persönliche Motiv, sie habe die Erniedrigung durch ihren Mann nicht mehr ausgehalten, erscheint auch seriösen Berichterstattern glaubhaft.[16]

Schlußbemerkungen

Die Vorteile, die die Freundschaft mit R. Gutiérrez den Bewohnern der Deponie brachte, reichen keineswegs aus, um erklären zu können, wieso Menschen bereit sind, langfristig solche Verhältnisse zu erdulden. Dafür muß man die Gesamtentwicklung Mexicos in Betracht ziehen: Das ökonomische Wachstum in den 50er und 60er Jahren hat sich nur für eine Minderheit der Mexicaner bemerkbar gemacht: für eine kleine, aber wachsende Mittelschicht, für die noch geringe Zahl der Industriearbeiter mit festen Arbeitsverträgen und für die Oberschicht. Die Krise, die in den 70er Jahren einsetzte und heute andauert, hat nicht nur die Mittelschicht und die Industriearbeiter betroffen, sondern vor allem diejenigen, die schon immer benachteiligt waren: die Bauern und die Armen in den Elendsvierteln der Städte. 1982 sollen "rund 40% der 75 Millionen Mexikaner, also ungefähr 30 Millionen Menschen,ungenügend ernährt gewesen sein und zu den "Marginados" gezält haben. 30% der Bevölkerung, so wurde errechnet, konsumierte keine Milch, 15 Millionen Mexikanern fehlte der Zugang zum staatlichen Gesundheitswesen, 15 Millionen, vor allem Campesinos, vegetieren im Elend".[17]
Die Zerstörung der ökonomischen Grundlage auf dem Land zwingt täglich Menschen, in die Stadt emigrieren: Menschen, die selbst die Arbeit in der Deponie übernehmen würden, wenn sie dort zuziehen dürften. Verarmte und hungernde Bauern waren schon einmal in der Geschichte Mexikos Träger der noch heute glorifizierten mexikanischen Revo-



lution. Es gibt Beobacher, die heute wieder in den Bauern ein revolutionäres Potential erkennen zu können glauben. Den verelendeten Bewohnern der Mülldeponien scheint das kaum einer zuzutrauen. Aber einige befürchten, daß sie bei Straßenprotesten als Schlägertrupps gegen die Demonstranten eingesetzt werden könnten.

Gisela Hänel - Osario
Carles Osario

Anmerkungen:

1. Die hier beschriebenen Verhältnisse sind aber für viele Städte in Entwicklungsländern nicht untypisch (vgl. z.B. Wilms, Zablin. Die Müllmenschen von Mokattam, Cairo, Bremen 1985)
2. Vgl. H.F. Castillo Berthier, La sociedad de la basura: Caciquismo en la ciudad de Mexico, Mexiko 1983, S.9
3. H.F. Castillo Berthier, a.a.O., S.74 und S. 51
4. H.F. Castillo Berthier, a.a.O., S. 74
5. Vgl. E. Ortiz V., Limpia y transportes, Mexiko 1978, S. 27
6. Auf der auch Kühe und vereinzelt Schafe gehalten werden und die von breiten vielbefahrenen "Straßen" der Müllwagen durchgezogen ist und auf der auch die Kinder spielen.
7. Vgl. K. Marx, Das Kapital, Bd. 23 MEW, Berlin 1975, Kap. 23. — M. Tjaden-Steinhauer rechnet die "pepenadores" zu den Heimarbeitern. (Vgl. dies., Die Pepenadores auf den Basuras der Hauptstadt, in: R. Aehnelt (Hg), Mexiko, Hamburg 1986, S. ;36 ff)
8. K. Marx, a.a.O., S. 672
9. K. Marx, a.a.O., S. 672
10. E. Lagons, Encuesta social en la comunidadde pepenadores de Ixtapalpa, Mexiko 1964, zit. nach H.F. Castillo Berthier, a.a./., S. 79
11 Die Situation in der Deponie ist erst zutreffend charakterisiert, wenn man die Behausungen, in denen die Menschen leben vor Augen hat. Das Baumaterial der Hütten ist aus Abfallholz oder — meistens — nur aus aufgeschnittenen Blechtonnen. Die armseligsten Hütten sind aus Papier von Milchtüten gemacht. Länger als 20 Jahre seit der Zerstörung der mehr als 2000 Häuser in der Deponie haben ein Drittel aller Wohnungen in Santa Cruz Meyehualco immer noch kein Trinkwasser;vor dem Eingang jeder zweiten Hütte versickern die Abwasser; jede vierte Hütte verfügt noch nicht einmal über "geklaute" Elektrizität. (Vgl. H.F. Castillo Berthier, a.a.O., S. 74)
12 Über mexikanische Gewerkschaften dieses Typs schreibet die Neue Züricher Zeitung: „Die Regierung hält über ihre Partei Partido Revolucionario Institutional (PRI) — sie ist seit über einem halben Jahrhundert an der Macht — die Gewerkschaften eisern im Griff; die offiziellen Syndikate sind ja seit jeher nicht mehr als ein Transmissionsriemen der Partei". (Neue Züricher Zeitung, 24.12.83)
13 Nach der Definition von M. Kenny ist der Patron jemand, der als "Beschützer, Führer und Vorbild, das man Nachahmen möchte, eingeschätzt wird, und der sich selbst auch so einschätzt. Er wird als Vermittler gesehen, der mit jemanden verhandelt, der mächtiger ist als man selbst — ob diese Macht nun imaginär ist oder ob nicht, die Fortschritte, die von seinem Schutz zu erwarten sind, sind materieller Art oder imaginär". (M. Kenny, Patters of patronage in Spain, in: Anthropological Quartly, J. 33 (1960). S. 15. — Vgl. auch J.W. Bennet, Paternalism, in: Internat. Encyclopedia of the Social Sciens, 1968, Bd. II., S. 475
14 El Pais, 24.3.1987
15 Vgl. M. Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, 5. rev. Aufl., Tübingen 1972, Teil I, Kap. 3, §§ 10 - 12 a und Teil II, Kap. IX, Abschnitt 1 und 5
16 Nach ihren Angaben war Rafael Gutiérrez ein Bilderbuchmacho. Er soll Vater von 56 Kindern gewesen sein. Zu diesem Portrait gehört, daß Gutiérrez seine Zähne mit drei Diamanten verschönert hatte. (Vgl. El Pais, 24.3.1987)
17 Neue Züricher Zeitung, 24.12.1983

Rezensionen

Vom Ensemble „Auto-Haus-Elektronik" zur charity?

Zu Mike Davis' Buch: Phoenix im Sturzflug, Rotbuchverlag Berlin 1986, 24,- DM

'Prisoner's oft the American Dream' (der Originaltitel) von Mike Davis ist eine spannende Darstellung des politischen und ökonomischen Hintergrundes der gegenwärtigen US-Regierungspolitik unter Ronald Reagan. Das Buch leistet einen ausgezeichneten Beitrag zur Entzaubetung des Feuer- und Budenzaubers der Rechten in den USA und ihren Hilfstruppen in der BRD.

Eine zentrale These von Davis ist, daß die Hegemonie, also die Vormachtstellung der USA in der Welt, nicht im Niedergang begriffen ist, sondern vielmehr im Sinne einer einseitigeren Praxis ökonomischer und militärischer Intervention umstrukturiert wird. Offenbar verändern sich Grundlagen und Bedingungen der USA-Hegemonie.

Monetäre Souveränität und nukleares Monopol waren in der goldenen Ära des US-Imperialismus auf das engste mit innenpolitischen Reformen und einer von Massenkaufkraft getragenen nationalen Produktivität verbunden. Dieser Zusammenhang löst sich unter den heutigen Bedingungen auf. „Die militärische Aufrüstung fungiert offenbar als Ersatz und nicht als Ergänzung für ökonomisches Wachstum, und die Konsumfähigkeit hat immer weniger mit der aktuellen Richtung der Produktivitätsentwicklung zu tun" (S. 45).

Auffallend ist die Bedeutung, die Davis dem Verhältnis zwischen der Binnenökonomie der USA und ihrer eigenen internationalen Hegemonie, sowie der internationalen Verschuldungskrise beimißt, findet dieser Gesichtspunkt in der bisher erschienen Literatur doch kaum Beachtung. Für ihn beruhte „die Vormachtstellung der USA — im Gegensatz zu früheren Epochen merkantilkolonialer Vorherrschaft — nicht auf bloßer Überlegenheit im Welthandel, sondern auf dauerhaft 'gesunden' binnenökonomischen Akkumulationsbedingungen" (S. 58)
Obwohl die meisten gängigen Indexwerte, die eine ökonomische Vormachtstellung belegen, wie z.B. das Verhältnis des Dollar zur DM, rapide zurückgehen, funktioniert der amerikanische Binnenmarkt immer noch als das dynamische Zentrum des Weltmarktes.

Daß die BRD gegenwärtig die USA in der Exportbilanz überflügelt, wäre ohne den Binnenmarkt der USA gar nicht denkbar.

Die wichtigsten Begriffe mit denen Davis arbeitet, sind „Fordismus" als bisheriges Akkumulationsmodell sowie „Überkonsumismus" als neues „embryonales Akkumulationsmodell." Fordismus ist nicht nur eine Metapher, die an Henry Ford, den ersten Massenautomobilhersteller erinnern soll, sondern bezeichnet für den Zeitraum von 1930-1975 u.a. die gesellschaftliche Durchsetzung eines besonderen Typus von Lohnverhältnis. Fordismus steht für die Regulierung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit in der besonderen Form, daß auf der einen Seite eine legale Basis für die Artikulation von Forderungen der Lohnabhängigen geschaffen wurde, andererseits die gesellschaftspolitischen Konflikte juristischen Zwängen unterwarf. Dabei wurde der Spielraum der Forderungen der Arbeiterklasse an eine Definition des „Gemeinwohls" gekoppelt, das wiederum von den Interessen des Kapitals abhängig ist.

Dieses Lohnverhältnis ist eine Art Kompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital, wobei der Staat Steuerungsleistungen übernimmt, die das Kapital vor entscheidender Kontrolle schützt, dafür den Arbeitskraftgebern Konsum ermöglicht.

In diesem Rahmen war es möglich, daß das „Ensemble Auto-Haus-Elektrogerät" (S. 59) jahrzehntelang zur Hauptquelle des ökonomischen Wachstums wurde, und zwar nicht nur in den USA selbst, sondern unter ihrer Vorherrschaft auch in den anderen Metropolen der Welt, dort sogar teilweise noch ausgeprägter.

Davis sagt nun, daß der Fordismus eine Krisenkonstellation hervorgebracht hat, in der die Widersprüche der verschiedenen Ebenen miteinander verflochten sind: „also die Widersprüche in der Zusammensetzung des Kapitals bzw. der Arbeiterschaft, in der internationalen Arbeitsteilung und die Widersprüche, die sich aus der relativen Autonomie des weltweiten Finanzsystems ergeben" (S. 68).

Die Lösungsmöglichkeiten für das Kapital könnten folgende sein: erstens, die den Fordismus kennzeichnende Wechselbeziehung zwischen Massenproduktion und -konsumtion auf die Reihe urbaner Gesellschaften auszuweiten, die sich entlang der Grenzen zu den Metropolen herausgebildet haben. Doch das ist wohl der konfliktträchtigen Situation in der halbindustriellen Peripherie nicht mehr möglich;
die zweite Möglichkeit wäre, daß eine revolutionäre Produktions- und Lohnentwicklung in den Wachstumsbranchen der Dienstleistungs- und Informationsindustrie die fordistische Dynamik verstärken könnte. Voraussetzungen wären, „die Verkürzung des Arbeitstages, ein dynamisierter und erweiterter staatlicher Sektor und die gesellschaftliche Aufwertung von neuen kulturellen und Gemeinschaftsbedürfnissen" (S. 69). Diese eher sozialdemokratischen Lösungen greifen für Davis nicht.

Um die neue Realität fassen zu können, benutzt er den Begriff Überkonsumismus, der kaum etwas mit der „aufwendigen Le-

bensweise der Superreichen zu tun hat, vielmehr soll er auf eine entstandene massenhafte Sub-Bourgeoise Schicht von Managern, freiberuflichen Akademikern, neuen Unternehmern und Rentiers hinweisen, die es geschafft haben, in ungeheuerlichen Ausmaßen von der Inflation und von den erweiterten Staatsausgaben zu profitieren" (S. 84).

Das Neue liegt darin, daß die überproportionale Entwicklung des tertiären Teils der Wirtschaft, also Dienstleistungsbereich, Handel, Banken und Versicherungen, sich zum finanziellen Vorteil einer erweiterten Schicht von Managern und Freiberuflern ausgewirkt und zugleich ganz neue Akkumulationsdimensionen für kleine und mittlere Unternehmer eröffnet hat. Dieser Entwicklung entspricht umgekehrt der beginnende Zusammenbruch des fordistischen Kreislaufs, der für eine regelmäßige Angleichung der Lohn- an die Produktivitätsentwicklung gesorgt hatte.

Überkonsumismus steht für die Logik eines politischen Bündnisses zwischen Finanzkapital sowie den meisten Angehörigen der neuen Mittelschichten auf Kosten der „arbeitenden wie der einkommenslosen Armen" (S. 94). Dieses Bündnis steht auf wackligen Füßen. Ist doch die Macht des US-Finanzkapitals an die Wahrung der internationalen Hegemonie des Dollars gebunden, richtet sich das Interesse der aufgedunsenen Neo-Bourgeoisie jedoch auf eine inflationstreibende Freibeuterpolitik aus, die die Stellung des Dollars untergräbt. Die Klammer für beide Fraktionen ist für Davis das Verteidigungsministerium, denn „nur der immer fetter werdende Militärhaushalt kann dafür sorgen, daß der unersättliche Appetit der Neureichen und die Bedürfnisse eines breiten Kernkapitalsektors auf Dauer miteinander auskommen können. Kurz: Der Militärhaushalt sorgt für den inneren Zusammenhang des Überkonsumismus" (S. 107).

Davis bezeichnet den Überkonsumismus sogar als neue Gesellschaftsformation (S. 107). Er verwendet hier eine Marx'sche Kategorie, was mir sehr fragwürdig erscheint. Marx verwendet den Begriff Gesellschaftsformation epochal. Er unterscheidet u.a. zwischen feudaler und kapitalistischer Gesellschaftsformation. Die historische Bedingung für die Existenz der kapitalistischen Gesellschaftsformation ist lt. Marx dort gegeben, wo der Besitzer von Produktions- und Lebensmitteln den freien Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf dem Markt vorfindet.

Dies ist auch in der sogenannten „Logik des Überkonsumismus" (S. 47) der Fall. Also kann es sich bei Überkonsumismus nur um eine neue Form der Aneignung der Mehrarbeit innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsformation handeln.

Die Aussichten, die Davis beschreibt, sind düster, werden doch den Preis für den Versuch, die Logik des Überkonsumismus auf die internationale Ebene zu übertragen, wie immer vor allem die Länder der „Dritten Welt" bezahlen müssen. Was Davis leistet, ist, den Blick auf die wirtschaftlichen und politischen Strukturen der USA zu lenken, ohne deren Berücksichtigung und Verständnis die Krise der Hegemonie der USA und die Internationale Verschuldungskrise nicht zu verstehen sind. Bestimmen doch gerade die Bedingungen der Akkumulation im inneren der USA die Strukturen in der Weltwirtschaft.

Michael Meilwes

Erklärungen: ‚charity' bedeutet verwaltete Wohltätigkeit, Finanzkapital bezeichnet die Verbindung von Industrie- und Bankkapital

Stellenausschreibung:

Im Informationsbüro Nicaragua e.V. ist im Herbst dieses Jahres, spätestens aber zum Frühjahr 1988 die Stelle einer hauptamtlichen Mitarbeiterin neu zu besetzen.

Der Tätigkeitsbereich umfaßt:

- Inhaltliche Arbeit zu zentralen Aufgaben der Solidaritätsbewegung zu Mittelamerika;
- Vertretung des Informationsbüros nach außen (SprecherInnentätigkeit)
- Kontakte zu Institutionen (Hilfswerken, Kirchen, Gewerkschaften) sowie zur Basis zu pflegen
- Verwaltungstätigkeiten im Informationsbüro
- Archiv- und Dokumentationsarbeit.

Voraussetzungen für diese Tätigkeit sind:

- Kenntnis der spanischen Sprache
- Die Bereitschaft, in Wuppertal zu wohnen.

Die Bezahlung ist kollektivüblich: gering.

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Hofaue 51
5600 Wuppertal 1

Rezensionen



Frank Ballot
Politische Herrschaft in Kenia: Der neo-patrimoniale Staat 1963-1978.

Rheinfelden (Schäuble Verlag) 1986, 320 S., DM 98,-

Mehr als zwei Jahrzehnte nachdem Afrika die europäische Kolonialherrschaft abgeschüttelt hat, ist das politische Bild, so wie es die hiesigen linken Medien von ihm zeichnen, immer noch erstaunlich unscharf, IWF, Rohstoffe, strategische Interessen, Ausbeutung etc. — das sind seine immer wiederkehrenden Elemente und nicht selten wird der Eindruck erweckt, als sei der gesamte Kontinent einzig und allein der hilflose Spielball internationaler Kapitalinteressen. Welche politischen Prozesse und Mechanismen unter dieser Oberfläche aber tatsächlich ablaufen, wie die verschiedenen politischen Systeme also „funktionieren", das bleibt weitgehend im Dunkeln. Die einzelnen Länder wirken in der Darstellung häufig konturlos und untereinander austauschbar — ein Artikel etwa über Nigeria liest sich manchmal kaum anders als einer über Zaire oder Ghana. Der Grund für dieses Defizit dürfte wesentlich in der Dritte-Welt-Diskussion der letzten zwanzig Jahre zu suchen sein. Denn statt sich darum zu bemühen, die komplexe soziale und politische Wirklichkeit heutiger afrikanischer Gesellschaften in ihrer jeweiligen Geschichtlichkeit zu begreifen, wurden dort vornehmlich Theoriegebäude aufgetürmt, die — bei aller begrifflichen Elaboriertheit — nur einen recht allgemeinen Aussagewert haben. Das gilt nicht nur für die bürgerlichen Modernisierungstheorien, sondern gerade auch für die sog. Dependenztheorien. Diesen kommt zweifellos der Verdienst zu, das Problem der „Unterentwicklung" in einen globalen Zusammenhang gestellt zu haben, d. h. die dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem innewohnende strukturelle Gewalt herausgearbeitet zu haben. Doch brachte es ihre „ökonomistische" Prägung zwangsläufig mit sich, daß die internen politischen Strukturen der Dritte-Welt-Länder weitgehend aus der Betrachtung ausgeblendet wurden und allenfalls als Reflexe der metropolitanen Kapitalverwertungsstrategien Beachtung fanden. Im Extremfall führte (und führt) das zu einer Art von verschwörungstheoretischem Denken, demzufolge d i e Dritte Welt bis in ihren letzten Winkel hinein durch d a s Kapital determiniert wird. „Konkreten" Untersuchungen und Fallstudien kann dann nur noch die Aufgabe zukommen, die einmal gemachten Annahmen zu bestätigen bzw. zu illustrieren.

Indessen hat die politische Entwicklung Afrikas seit der Unabhängigkeit gezeigt, daß der Zugriff des „Kapitals" auf die einzelnen Staaten bei weitem nicht derartig einheitlich und umfassend war: die meisten von ihnen sind aufgrund ihrer internen sozio-politischen Entwicklung nur noch sehr begrenzt imstande, den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals überhaupt zu genügen, während einige aus dem weltweiten kapitalistischen Produktions- und Reproduktionszusammenhang inzwischen sogar regelrecht herausgefallen sind (z.B. Uganda oder der Tschad). Staaten konnten wirtschaftliche Erfolge verzeichnen, die anfänglich kaum Anlaß zu Hoffnungen gegeben hatten (z.B. Malawi oder die Elfenbeinküste), andere hingegen stehen heute vor dem Bankrott, obwohl ihre ökonomischen Ausgangsbedingungen vergleichsweise gut gewesen waren (z.B. Guinea oder Ghana). Trotz aller von außen auferlegten Beschränkungen scheint der Handlungsspielraum der neuen Staaten Afrikas also doch größer zu sein, als von den Dependenz- bzw. Imperialsimustheorien behauptet. Zumindest aber groß genug, um es zu rechtfertigen, daß Aufbau und Funktion ihrer politischen Systeme wieder mehr in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt werden.

Ausgehend von solchen Überlegungen versucht Frank Ballot am Beispiel Kenias zur Zeit Präsident Kenyattas die interne Funktionsweise eines individuellen politischen Systems in Afrika zu analysieren. Er tut dies mit Hilfe eines originellen, an Max Weber anknüpfenden Ansatzes: Er interpretiert nämlich das politische System der Kenyatta-Ära als „neo-patrimonial". Damit ist ein System gemeint, das äußerlich zwar alle Attribute eines modernen Staates aufweist (Parteien, Berufsbeamtentum, Parlament etc.), das de facto aber nichts weiter darstellt als das ganz persönliche Regime des jeweiligen Staatschefs. Dieser herrscht nicht nur nach Art eines mittelalterlichen Patrimonialherren unumschränkt und (im Prinzip) auf Lebenszeit, auch die Grundlage seines politischen Handelns (die Sicherung der Machtstellung und der damit verbundenen Privilegien) und die alltägliche Ausübung der Herrschaft (Günstlingswirtschaft, ständige Bereisung des Staatsgebietes, Einsatz eines von Vertrauten und Familienangehörigen dominierten Verwaltungsstabes etc.) weisen eindeutig patrimoniale Zübe auf. Trotz dieser Personenbezogenheit versteht sich der „neo-patrimoniale" Ansatz jedoch keineswegs als eine Neuauflage der „Geschichte großer Männer". Die zentrale Rolle, die der „Herrscher" innerhalb dieses Systems spielt, leitet der Autor vielmehr aus der für Afrika typischen sozio-politischen Struktur ab. Diese sieht er gekennzeichnet einerseits durch eine allgemeine ökonomische Rückständigkeit (jedenfalls im Vergleich zu den Industrieländern), eine entsprechend geringe klassenmäßige Ausdifferenzierung sowie eine starke, zumeist mit ausgeprägtem Konkurrenz-Denken verbundene ethnische Heterogenität; andererseits durch einen Staatsapparat, der als größter Arbeitgeber und Investor sowie als Verwalter der von außen kommenden Finanzmittel die knappen ökonomischen Ressourcen des Landes auf sich konzentriert. Daraus ergibt sich eine Form der politischen Auseinandersetzung, bei der eine Vielzahl von lokalen bzw. ethnisch-regional verankerten Patronen um diese Ressourcen konkurriert, und zwar sowohl auf eigene Rechnung als auch (zumindest teilweise) auf die der jeweiligen Anhängerschaft. Dem „Herrscher", der ja qua Amt das Verteilungsmonopol dieser Ressourcen innehat, wird es mithin ein leichtes, die verschiedenen Patrone durch eine geschickte Politik des „teile und herrsche" gegeneinander auszuspielen und sich damit selbst zur zentralen Figur auf der politischen Bühne zu machen.

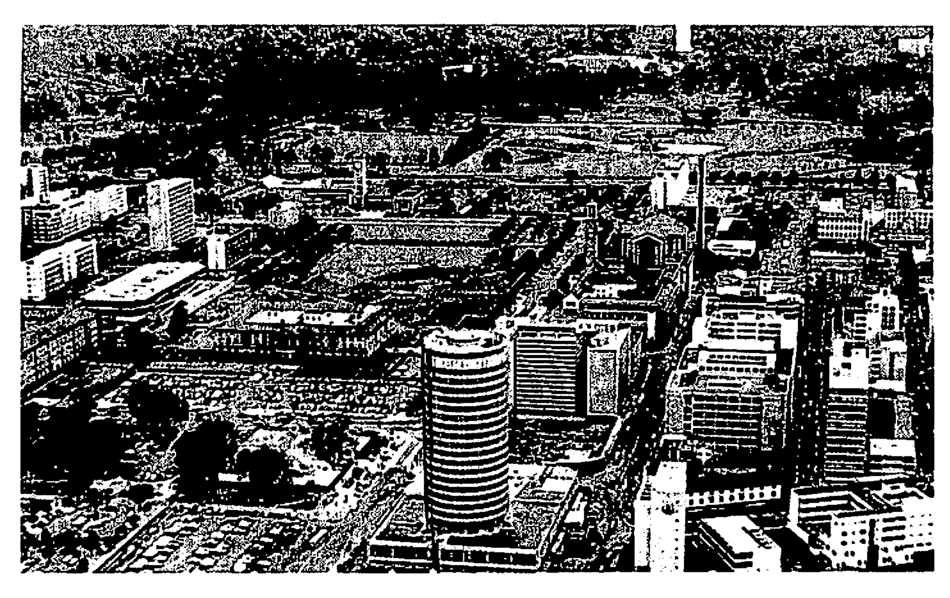
Das Buch besteht aus drei Teilen. Der erste setzt sich zu Beginn kritisch mit den Dependenztheorien auseinander und entwickelt dann als theoretischen Rahmen für das weitere Vorgehen das oben (nur sehr grob) skizzierte „neo-patrimoniale Herrschaftsmodell.

Der zweite Teil der Arbeit hat die interne Funktionsweise des Herrschaftssystems Kenias zum Inhalt. Zu Anfang wird gezeigt, daß das Land von seiner ökonomischen und sozio-kulturellen Struktur her alle Voraussetzungen für die Herausbildung einer „neo-patrimonialen" Herrschaft aufweist, handelt es sich statt einer ethnisch einheitlichen Klassengemeinschaft hier doch um eine ethnisch heterogene und von gegenseitigem Konkurrenz-

denken geprägte Bauerngesellschaft. Anschließend wird die Position von Präsident Jomo Kenyatta dargestellt als die eines „präsidentiellen Monarchen", dessen politische Entscheidungen in erster Linie auf den Machterhalt und die Bereicherung seiner weitverzweigten Familie gerichtet sind. Im letzten Abschnitt dieses zweiten Teils wird schließlich ausführlich beschrieben, wie die Herrschaft im Alltag durchgesetzt wird: mittels einer als Kontroll- und Repressionsinstrument eingesetzten Bürokratie, mehr aber noch mittels einer raffinierten Kombination von Eliten-Kooptation und „dissoziativer" (d.h. über Patron-Klient-Beziehungen verlaufender) Integration der Massen.

Der dritte Teil des Buches behandelt die Entstehung des „neopatrimonialen" Herrschaftssystems in Kenia. Der vom Autor behauptete relative Handlungsspielraum des „präsidentiellen Monarchen" Kenyatta wird hier dadurch argumentativ untermauert, indem nachgewiesen wird — m.E. sehr überzeugend — daß Kenyatta aufgrund seines „Charisma" an die Macht kam und nicht, wie oft angenommen, deshalb, weil er der Exponent einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe („petty bourgeoisie") oder gar die Marionette der scheidenden britischen Kolonialherren gewesen wäre. Denn ein afrikanisches „Kleinbürgertum" entstand erst im Rahmen der nachkolonialen (Teil-) „Afrikanisierung" der bis dahin europäisch-indisch dominierten Wirtschaft, und was die Briten betrifft, so hatten sie praktisch bis zum Schluß versucht, den von ihnen als angeblichen Führer des „Mau Mau"-Aufstandes verteufelten Kenyatta von der Macht fernzuhalten. Kenyattas „Charisma" wird vom Autor jedoch nicht als rein persönliche und sich damit dem sozialwissenschaftlichen Zugriff entziehende Begabung verstanden, sondern als das Ergebnis einer „charismatischen Interaktion"; d. h. es wird als das Ergebnis eines sozialen Zuschreibungsprozesses verstanden, in dessen Verlauf eine an sich „normale" politische Persönlichkeit durch ein komplexes Zusammenspiel zum „Charismatiker" erst gemacht wird: durch ein Zusammenspiel nämlich der (aus einer gesamtgesellschaftlichen Notsituation entstandenen) „Heilserwartungen", die in diese Persönlichkeit hineinprojiziert werden zum einem und zum anderen der subjektiven Bestrebungen der Person selbst, die diesen Erwartungen entgegenkommen, ihnen zumindest aber nicht offen widersprechen.

Insgesamt handelt es sich bei der Studie von Frank Ballot um eine materialreiche, auf ausgedehnter Auswertung der vorhandenen Sekundärliteratur basierende Arbeit, die, flüssig geschrieben und klar gegliedert, weitgehende Einblicke in die politischen Abläufe in Kenia nicht nur für die eineinhalb Jahrzehnte der Ära Kenyatta erlaubt. Ob mit dem theoretischen Modell des „Neo-Patrimonialismus" der Diskussion über die Probleme Afrikas bereits eine neue Richtung gewiesen ist, bleibe zwar dahingestellt, doch daß sie damit um einen anregenden (und durchaus plausiblen) Beitrag bereichtert wurde, steht m.E. außer Zweifel. Denn gerade weil sich das Modell eben nicht wie die Dependenztheorien auf der Ebene einer anspruchsvollen „Weltformel" bewegt — das Politische in der Dritten Welt sozusagen als Reflex der weltweit wirkenden Gesetzmäßigkeiten des Kapitalverwertungsprozesses — sondern auf der eines eher pragmatischen Wirklichkeitsverständnisses — Politik primär als reiner Machterhalt — kann es sich der Realität unbefangen nähern und damit an unmittelbarem Erklärungswert gewinnen, statt vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr zu sehen.



Konkret würde das bedeuten, daß im Rahmen des „Neo-Patrimonialismus"-Modells beispielsweise die zahlreichen Staatsbetriebe in Afrika weniger auf die abstrakte Notwendigkeit zurückzuführen wären, ausländisches Kapital ins Land zu ziehen, als vielmehr auf das ganz konkrete Interesse des „Herrschers", an seine Gefolgsleute „Pfründe" verteilen zu können. Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen, die häufig zu beobachtende Tatsache des hohen Europäeranteils am administrativen Spitzenpersonal afrikanischer Staaten hätte ihren Grund nicht in der politischen Abhängigkeit von der ehemaligen Kolonialmacht, sondern ebenfalls in solchen herrschaftserhaltenden Strategien, sind Ausländer aufgrund ihrer prekären sozialen und rechtlichen Situation doch relativ leicht unter politischer Kontrolle zu halten.

Es wäre sicherlich ein Mißverständnis, würde das Buch von Frank Ballot als eine „Widerlegung" der Dependenztheorien aufgefaßt werden. Daß es im Verhältnis zwischen Erster und Dritter Welt eindeutige ökonomische Abhängigkeiten gibt, wird vom Autor vielmehr ausdrücklich festgestellt. Nur werden diese Abhängigkeiten dann nicht als derartig terminierend angesehen, daß die Analyse der politischen Binnenstruktur der Dritte-Welt-Länder bzw. vor allem Afrikas darüber vernachlässigt werden darf. Zur Durchführung solcher Analysen einen theoretischen Interpretationsrahmen anzubieten und diesen gleichzeitig in einem praktischen Fall anzuwenden, darin besteht das Ziel des Buches. Angesichts einer gewissen Sterilität, die sich in der Dritte-Welt-Diskussion ausgebreitet hat, ist das meiner Meinung nach schon eine ganze Menge.

Hermann Sönik



Das käufliche Glück in Südostasien

1980 kamen 2,22 Mio. Touristen nach Thailand, darunter 92.000 aus der BRD. 71,1 % waren Männer; in Pattaya, einem für Prostitutionstourismus bekannten Ort sogar 86,3 %.

Prostitution ist in Thailand offiziell verboten. Schätzungen zufolge gibt es jedoch allein in Bangkok zwischen 100.000 und 200.000 Prostituierte.

Susanne Lipka analysiert diese Situation in Thailand, die aber beispielhaft für verschiedene Länder in Südostasien steht, in ihrem Buch:

Das käufliche Glück in Südostasien — Heiratshandel und Sextourismus Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1985.

Darin geht sie sowohl auf die Situation in der BRD ein als das Land, aus dem ein großer Teil der männlichen Sextouristen herkommt, als auch auf die Situation der Frauen in Thailand und die Gründe, die zur Prostitution führen.

Das erste Kapitel widmet Susanne Lipka dem Klischee der „Asiatin" in den Medien. Dabei stellt sie Beispiele aus Zeitschriften zusammen, deren Spektrum von der Regenbogenpresse bis zum Spiegel reicht:

„Gewisses Lächeln. Bangkoks Mädchen verführen mit Blicken."(Quick, 1976).

„Den Mann aus Deutschland erwartet in Bangkok das Paradies. Bereits im Lächeln der Mädchen findet er die Antwort auf all seine Wünsche." (Stern, 1971).

„Faszinierend, dieser Regenbogen der Rassen, verkörpert durch Asiens schönste Mädchen ... Erregend das brilliante Mosaik fernöstlicher Feste..." (Werbung der „Singapur Airlines", in Spiegel, 1972.

Die Autorin entlarvt die als Gegensatzpaar konstruierten Bilder der nur an den Bedürfnissen des Mannes orientierten Asiatin und der emanzipierten, kalten, egoistischen Europäerin in ihrer Funktion, unbefriedigenden sozialen gesellschaftlichen Strukturen zu entfliehen.

Daß aus dieser Situation Geschäfte gemacht werden, sie also ausgenutzt und gefördert wird, beschreibt die Autorin im 2. Kapitel über die Werbung für den Sextourismus. Die daran verdienen, sind nicht in 1. Linie die Frauen, sondern u.a. große Reisefirmen wie Neckermann, TUI-Reisen usw., deren Werbung eindeutige Hinweise auf Prostitution gibt. Dies wurde besondern Anfang der 70er Jahre durch eine Flut an Artikeln unterstützt, in denen verharmlosend auf die Massenprostitution hingewiesen wurde.

Im 3. Kapitel werden Hintergrundinformationen zur Lage der Frauen in Thailand gegeben. Es wird eingegangen auf die Rolle der Frau im Buddhismus, die eine starke ökonomische Stellung beinhaltet. Im Zusammenhang mit den traditionellen Familienformen und der thailändischen Hausfrauenideologie ist die starke Bindung der Frau an die Familie und ihr hohes Verantwortlichkeitsbewußtsein zu verstehen, die sie letztendlich, bei einer zunehmenden ländlichen Verarmung — besonders im Norden und Nordosten Thailands — und der gleichzeitigen Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft im industriellen Bereich auf den Weg zur Prostitution treiben.

Nicht nur viele Familien sind auf diese Einkommen der Frauen angewiesen. Das Land selbst braucht das Geld der Touristen, und also ist auch die Regierung bereit, die Prostitution zu fördern, die Frauen zu verkaufen. In Thailand genießen Prostituierte keinerlei soziale Absicherung.

Auf die Zusammenhänge zwischen Tourismus, Prostitution und Prostitutionstourismus geht S. Lipka im 4. Kapitel ein, u.a. auch auf die führende Rolle der USA und deren militärischen Basen in Thailand während des Vietnamkrieges: „Um die Moral der Truppe aufrechtzuerhalten, bekamen die Soldaten jedes halbe Jahr im Rahmen eines großangelegten „Rest und Recreation"-Programms einen Monat Urlaub aus dem Kampfgebiet. In Bangkok entstanden die heutigen Rotlichtviertel und im Nordosten des Landes, wo das amerikanische Militär stationiert war, blühte das Sexgeschäft auf." (S. 69). Als letzten Punkt beschreibt Susanne Lipka den Weg der Frauen aus Südostasien in die BRD, ein immer häufiger zu beobachtendes Phänomen. 1983 wurden etwa 4000 Filipinas an deutsche Partner verkauft. Diese Frauen haben in der BRD kein selbständiges Aufenthaltsrecht, d.h. dieses ist an die Ehe mit dem deutschen Mann gebunden. Heiratsvermittler bieten die Frauen in Katalogen an und bereiten diese entsprechend darauf vor, wie sie sich hier zu verhalten und anzupassen haben. Zu diesem Punkt bietet der Anhang frappierende Dokumente.

Das Buch ist gut gegliedert und leicht lesbar. Es stellen sich Fragen in Bezug auf das Alter der zitierten Beispiele in den ersten zwei Kapiteln, reichen diese doch bis in das Jahr 1971 zurück. Tauchen solche Hinweise heute nicht mehr auf oder sind sie diskreter?

Tatsache ist jedoch, daß die Touriszahlen besonders nach Thailand ständig ansteigen: 1986 wurde mit einer 20 %igen Steigerung eine Rekordzahl von 114.000 bundesdeutschen Touristen nach Thailand festgestellt, davon immer noch 3/4 Männer. Auch der Frauenhandel mit südostasiatischen Frauen ist im Wachsen begriffen.

Susanne Lipka bleibt nicht bei der theoretischen Analyse stehen; momentan ist sie mit anderen Frauen dabei, das Agisra-Büro aufzubauen, um Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Das Büro wurde im April 1987 eröffnet.

Agisra-Gruppen entstehen derzeit in der ganzen Bundesrepublik, Frauen sind zur Mitarbeit aufgerufen (Vgl. Iz3w 138).

Das Buch hat leider nichts an Aktualität eingebüßt. Es wird im Mai 1987 in zweiter Auflage erscheinen.

ar

agisra e.V.
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/7 39 21 52

Der Anfang vom Ende deutscher Direktinvestitionen in der Dritten Welt?

Folgt man der Grundthese des Buches
Werner Olle:
Bundesdeutsche Konzerne in der Dritten Welt.
Ein Handbuch herausgegeben von medico international.
Bornheim-Merten: Lamuv, 1986,
so wird es eines der letzten seiner Art sein: Die Bedeutung der Dritten Welt als Zielregion für Direktinvestitionen, so die These Olles, nimmt ab; an die Stelle der „Neuen internationalen Arbeitsteilung" tritt eine neuerliche Autozentrierung des Zentrums".

Das Buch ist in zwei Abschnitte aufgegliedert. Der zweite, größere, porträtiert die Aktivitäten von insgesamt 15 deutschen Multis in der Dritten Welt. Dieser Teil, sehr materialreich und informativ, ist die starke Seite dieses Buchs — eine nüchterne und sachliche Darstellung der Unternehmensstrukturen und -strategien der wichtigsten deutschen Auslandsinvestoren.

Im ersten, allgemeinen Teil versucht Olle den aktuellen Investitionstrends auf die Spur zu kommen, Dazu kritisiert er zwei Ansätze: Zum einen die von Fröbel/Heinrichs/Kreye vertretene These einer „ungebrochenen Tendenz zu einer Neuen internationalen Arbeitsteilung", zum andern die — auch schon von ihm selber lancierte — These der Rückverlagerung infolge technologiesher Neuerungen.

Was die Kritik an der zweiten These betrifft, so ist ihm vorbehaltslos zuzustimmen. Hinsichtlich der Fröbel/Heinrichs/Kreye-These hingegen gilt es zunächst festzuhalten, daß die Aktivitäten der deutschen Multis dafür immer schon ein schlechtes Beispiel waren: Die kostenorientierte Produktionsverlagerung in Billiglohnländer hat stets nur den kleineren Teil ihrer Auslandsaktivitäten ausgemacht. Somit schießt Olle ein Eigentor, wenn er am Beispiel deutscher Unternehmen die These einer ungebrochenen Tendenz zu einer neuen internationalen Arbeitsteilung widerlegen will. Dies gilt umso mehr, als ihr Anteil an den weltweiten Direktinvestitionen nur knapp 10 % beträgt und das Verhalten von Firmen aus anderen Ländern — namentlich USA, aber auch Japan — immer noch zu einem guten Teil in dieses Schema paßt.

Wie steht es aber um die Alternative, die Olle als Erklärungsmuster anbietet: Die „neuerliche Autozentrierung des Zentrums"? Zwei Argumente dienen ihm zur Untermauerung der These, daß die großen Konzerne die Industrieländer als Anlageregion wiederentdeckt haben und damit die Bedeutung von Standorten in der Dritten Welt abnimmt. Erstens beruft er sich auf die Ausführungen des Chefs der japanischen Niederlassung einer großen US-Unternehmensberatungsfirma. Kenichi Ohmae sieht in seinem gleichnamigen Buch die „Macht der Triade" als zentrale Determinante unternehmerischen Verhaltens an: Es komme darauf an, die drei großen Märkte — USA, Japan und Westeuropa — gleichzeitig zu erschließen, wozu auch Produktionen vor Ort notwendig seien. Zusätzlich solle noch eine Region in der Dritten Welt genutzt werden. Bedenkt man, daß Ohmaes Ausführungen weniger Ergebnis empirischer Analyse als vielmehr phänomenologisch abgestützte Empfehlungen an Unternehmensmanager sind, kann man sich nur wundern, daß dieses Werk auch von ernstzunehmenden Wissenschaftlern derart positiv rezipiert wird — zumal es nur ein Buch aus einer Flut ähnlicher Werke ist, die immer dann Konjunktur haben, wenn in Zeiten krisenhaften Umbruchs eine hektische Suche nach neuen Orientierungen und Handlungsmustern ausbricht.

Sein zweites Argument zieht Olle aus der Analyse von Direktinvestitionsstatistiken. Ihre Botschaft scheint eindeutig zu sein: Der Anteil der außereuropäischen Entwicklungsländer am Bestand der deutschen Direktinvestitionen in der verarbeitenden Industrie ging von (1076) 24,5 % über (1980) 22,7 % auf (1984) 20.3 % zurück; iher Anteil an Beschäftigten und Umsätzen sank entsprechend. Jedoch sind diese Zahlen mit Vorsicht zu genießen, denn mindestens zwei Faktoren relativieren ihre Aussagekraft:

1. Der besagte Zeitraum ist gekennzeichnet durch das Auftreten von neuen Formen der Zusammenarbeit, die an der Stelle traditioneller Direktinvestitionen traten. Joint Ventures, Kooperationen ohne Kapitalbeteiligung oder Kontraproduktionen finden keinen btw. nur reduzierten Niederschlag in Investitionsstatistiken, ohne daß dies als Indiz abnehmender Bedeutung der entsprechenden Standorte gedeutet werden dürfte.

2. Wenn damit die Bedeutung von Entwicklungsländern als Standort industrieller Produktion systematisch unterschätzt wird, verleitet auf der anderen Seite das Starren auf die Statistik zu einer Überbewertung der Direktinvestitionen innerhalb der Ersten Welt. Gründung oder Ankauf von Unternehmen in den USA und anderen entwickelten Industriestaaten sind sicherlich auch Indiz für gewandelte Einschätzungen der Attraktivität von Märkten. Vor allem sind sie jedoch Symbol für aktuelle Restruktierungen der Weltwirtschaft, die ihren Ausdruck u. a. in der fortschreitenden Aushöhlung des internationalen Freihandelsregimes des GATT finden. Gerade der Fall der USA versinnbildlicht dies: War es früher im allgemeinen wenig problematisch, dorthin zu exportieren, sosetzten sich in den letzten Jahren zunehmend protektionistische Tendenzen durch. Dies veranlaßte Unternehmen, die um einen ihrer wichtigsten Absatzmärkte bangen mußten, durch Direktinvestitionen den Marktzugang zu sichern. Zunehmende Nord-Nord-Kapitaltransvers sind die Kehrseite der Medaille, auf deren Vorderseite eine stagnative Entwicklung des Welthandels steht — auch in der Ersten Welt sind Märkte zunehmend nur noch durch Investitionen im jeweiligen Land zu erreichen. Dies gilt insbesondere für die USA: Bei der Umverteilung der Auslandsinvestitionen (nicht nur deutscher Konzerne) stieg ihr Anteil auf Kosten aller anderen Regionen an. Nicht eine neuerliche Autozentrierung des Zentrums zeigen die Statistikendemzufolge an, sondern eine Veränderung in den Formen ökonomischer Interaktion innerhalb des Zentrums — maßgeblich verursacht durch die Wandlung der weltwirtschaftlichen Stellung der USA.

Die Vermutung, daß von einem Bedeutungsverlust der Dritten Welt so allgemein nicht die Rede sein kann, wird durch die Betrachtung von Olles Daten letzlich sogar bestätigt. Deutsche Direktinvestitionen in der Dritten Welt sind zu fast 90 % Investitionen in Lateinamerika. In dieser Region, die wie keine andere von der weltweiten Wirtschafts- und Verschuldungskrise geschüttelt wurde (und wird), sind die Investitionen jedoch nicht — wie man es erwarten könnte — zurückgegangen. Vielmehr stieg der Direktinvestitionsbestand zwischen 1980 und 1984 um 8,6 % an; die Umsätze nahmen um 5,7 % zu — ein Ergebnis, das Olles These von der abnehmenden Attraktivität von Dritte-Welt-Standorten in Frage stellt.

Was bleibt ist die Erkenntnis, daß die Gesetzmäßigkeiten des internationalen Unternehmensverhaltens sich nicht nur hinter dem Rücken der Akteure, sondern auch hinter dem der Wissenschaft manifestieren. Das alte Motto des weltweit größten Konzerns gilt auch hier: Es gibt viel zu tun — packen wir's an.

Jörg Meyer-Stamer

Wieland Simon

Felder ohne Früchte. Ökologie am Beispiel Tansania. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1987. 150 Seiten, DM 9,80.

Angesichts des in den letzten Jahren allgemein gewachsenen „grünen“ Bewußtseins und angesichts der ökologischen Hiobsbotschaften, die uns aus Afrika immer wieder erreichen, darf ein Buch über Tansania, das sich als „Plädoyer für eine ökologisch angepaßte Landwirtschaft“ versteht, zweifellos von vornherein mit einem gewissen Käuferinteresse rechnen. Dieser Meinung war man wohl auch beim Deutschen Taschenbuch Verlag — und sparte sich gleich die Mühe einer fachkundigen Lektorierung. Nur so sind jedenfalls die vielen sachlichen Fehler, ja sogar groben Schnitzer zu erklären, die schon beim Überfliegen des Buches auffallen. Um hier nur auf die gravierendsten einzugehen: „Bantu“ ist natürlich keine Sprache, „wovon es ... zahlreiche Dialekte gibt“ (S. 36), sondern eine aus vielen eigenständigen Sprachen bestehende Sprachgruppe, in etwa dem Indogermanischen vergleichbar; Tansania ist nicht der größte Entwicklungshilfeempfänger der Dritten Welt (S. 16), sondern allenfalls in Schwarzafrika; Tee wird nicht über umweltzerstörerischen Holzfeuern getrocknet (S. 87), sondern an der Luft; Saatgut wird nicht „mit ... nur schwer zu verdienenden Devisen auf dem Weltmarkt eingekauft“ (S. 86), sondern im Land selbst (am ehesten könnte diese Behauptung noch für den Hybridmais zutreffen, doch ist der, anders als etwa im benachbarten Kenia, in Tansania kaum verbreitet); schließlich haben die europäischen Missionare in Ostafrika weder das Rind eingeführt noch die Masai seßhaft gemacht (S. 114) — die auch heute noch mehrheitlich nomadisierenden Masai hatten mit den Missionaren praktisch nie etwas zu tun, und was das Rind betrifft, so war dies schon einige Jahrhunderte vor den Europäern nach Afrika gekommen.

Dieser erste Eindruck der Oberflächlichkeit will sich indessen auch nach eingehender Lektüre nicht legen. Zwar liest man auf 150 Seiten allerlei über Bodenerosion, PH-Werte, Regenmengen und die Zerstörung des tropischen Regenwaldes (der für Tansania freilich nicht typisch ist), doch hinterläßt die Fülle der — sich teilweise wiederholenden — Informationen letztlich kein klares Gesamtbild, abgesehen vielleicht von der Vorstellung, daß Tansania irgendwie mit allen Plagen dieser Welt geschlagen sein muß. Fast könnte man meinen, es handle sich hier um verschiedene Zeitschriftenartikel, die sich zwar alle mit dem gleichen Themenkreis beschäftigen, aber erst nachträglich zu einem Buch zusammengefaßt wurden.

Umso ärgerlicher ist es natürlich, wenn in einem solchen Buch — das sich immerhin als Sachbuch versteht — dann auch noch wörtliche Zitate ohne Quellenangabe auftauchen (S. 16, 25, 109) oder wenn Aussagen gemacht werden, die unpräzise sind, bzw. bei denen die Vergleichsdaten fehlen, gleichzeitig aber ein überflüssiges Lexikonwissen ausgebreitet und eine ermüdende Faktenhuberei betrieben wird. So erfährt der Leser minutiös, wie Teeblätter in englischen Labors beschwefelt werden (S. 107) oder wie die Zoologie die Tiere der Savanne klassifiziert (S. 65), nicht aber, was „mäßig fruchtbar“ denn nun genau bedeutet (S. 52) oder in welchem Verhältnis der Anteil des importierten Getreides zum Gesamtverbrauch steht (S. 32).

Wie wenig das Buch durchstrukturiert ist, wird vollends deutlich, wenn man den entwicklungspolitischen Standpunkt des Autors herauszufinden versucht. Denn er spricht anfänglich noch davon, daß Präsident Nyerere den Europäern eine „koloniale Schuld ... suggerierte“ (S. 13) und daß eine exportorientierte Landwirtschaft gerade unter dem Aspekt der Ernährungssicherung durchaus sinnvoll sei — würde man mit den auf diese Art verdienten Devisen bestimmte Nahrungsmittel im Ausland kaufen, „könnte viel Geld gespart werden“ (S. 33) — so werden im letzten Kapitel die Ursachen für Tansanias Misere plötzlich auf die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und die eigennützige Entwicklungshilfepolitik der Industrieländer zurückgeführt. Hier ist Simons Argumentation völlig widersprüchlich. Hinzu kommt, daß das Beispiel, mit dem er diesen Eigennutz belegen will, unverständlich, zumindest aber sehr dünn ist: Eine Presseerklärung des BMZ, derzufolge im Jahre 1986 für die Sportförderung in mehreren Ländern der Dritten Welt 4,6 Millionen DM bereitgestellt wurden (S. 147 f).

Das Rezept, das der Autor selber als „Ausweg aus der Krise“ empfiehlt, ist das „Wildlife Management“, d.h. die systematische Nutzung von Wildtieren zur Fleischgewinnung. Das klingt zwar nicht uninteressant — vor allem, was die ökologische Komponente betrifft — doch wird es leider nur sehr kurz (auf sieben von insgesamt hundertfünfzig Seiten) dargestellt. Außerdem versäumt es Simon, auch auf die problematischen Seiten hinzuweisen: Etwa den Ausfall der Milchproduktion oder die praktischen Schwierigkeiten, gälte es, riesige Herden von Wildtieren zu überwachen und kostengünstig zu Fleisch zu verarbeiten. Im „Wildlife Management“ den Ansatz für „grundlegende Lösungen des Welthungerproblems“ zu sehen, wie das der Verlag in seinem Vorwort tut, erscheint daher reichlich gewagt. Überdies fragt man sich natürlich, warum sich, entwicklungspolitisch gesehen, die Domestikation von Wildtieren überhaupt durchsetzen konnte, wenn deren „Bewirtschaftung“ in der freien Natur doch umso vieles ergiebiger sein soll!

fbt

Roland Ziss und Joanna Kotowski-Ziss: Baumaterialien und Selbshilfe — Probleme des Wohnungsbaus in mexikanischen Mittelstädten. Saarbrücken: Breitenbach, 1986. 319 Seiten, zahlreiche Tabellen, Skizzen und Fotos, DM 40,—

Über Selbsthilfe im Wohnungsbau in der Dritten Welt ist in den letzten Jahren viel geschrieben worden. Um den Stellenwert von Selbsthilfe sind heiße Debatten ausgefochten worden. Konventionelle Wohnungspolitik neigte dazu, Selbsthilfe unterzubewerten, während die Protagonisten der sogenannten unkonventionellen wohnungspolitischen Strategien oft im Selbsthilfewohnungsbau die einzige mögliche Antwort auf die Wohnungsnot in den Städten der Dritten Welt sahen. Das kommt einer Überschätzung des Selbsthilfebaus gleich, die in der Debatte der letzten Zeit zu Recht als zu idealistisch kritisiert worden ist.

Wer heute noch ein weiteres Buch zu einem so abgegrasten Thema herausbringt, muß Mut haben. Oder überzeugt sein, etwas wirklich Neues beizutragen. Das Buch von Roland Ziss und Joanna Kotowski-Ziss überrascht nicht durch neue Thesen. Alles, was die Autoren zum Selbsthilfewohnungsbau schreiben, ist so oder so ähnlich vorher schon einmal gesagt worden. Aber es lohnt sich trotzdem, das Buch zu lesen. Und zwar aus vier Gründen.

Erstens: Die Arbeit vermeidet die in der Literatur über Wohnen in der Dritten Welt sonst so dominierende Projektperspektive. Fast jeder, der etwas zum Thema zu sagen hat, argumentiert aus dem Blickwinkel von „Projekten“, die er gut kennt oder denen er sich besonders verbunden fühlt. Was in den Gebieten los ist, die nicht das Glück hatten, für Projekte auserwählt zu sein, bleibt oft unterbelichtet. DAs Buch von Ziss/Kotowski-Ziss geht auf ein 18-monatiges Forschungsprojekt zurück, dessen Kernstück eine Feldstudie mit Befragungen in Mexiko war. Das unterscheidet sich wohltuend von vielen anderen Arbeiten, die zum Ausgangspunkt ihrer Argumentation ein x-beliebiges Upgrading-Projekt machen.

Zweitens: Im Mittelpunkt stehen Wohnungssituation und Bauprozesse in den beiden mexikanischen Mittelstädten Manzanillo und Irapuato. Auch das ist eine ungewöhnliche Perspektive gegenüber der Vielzahl von Arbeiten, die die Wohnungsfrage vor allem als Problem der Metropolen darstellen.

Drittens: Die meisten Autoren reduzieren Selbsthilfe vor allem auf den Bauprozeß selbst. Demgegenüber haben Ziss und Kotowski-Ziss ein breiteres Verständnis. Ihnen kommt es vor allem auf die Selbsthilfe bei der Produktion von Baumaterialien an. Das ist ein bislang wenig erforschter Bereich, der angesichts des hohen Materialkostenanteils in der Dritten Welt ökonomisch noch wichtiger ist als der Bauprozeß im engeren Sinne.

Und viertens ist die Studie ein interdisziplinäres Projekt, in das ökonomische/sozialwissenschaftliche und architektonisch/städtebauliche Fragestellungen gleichermaßen eingegangen sind. Das sorgt für Abwechslung und manchmal überraschende Übergänge.

Im Zentrum der Untersuchung steht die empirische Erfassung des Bauprozesses von 151 Haushalten in vier Spontansieldungen in den beiden schnell wachsenden Mittelstädten Manzanillo und Irapuato. Die Autoren verfolgen den allmählichen Konsolidierungsprozeß in den untersuchten Siedlungen. Mit der Zeit kommen technische Infrastruktur und soziale Infrastruktur hinzu, und der Anteil der Häuser aus dauerhaften Materialien nimmt zu. Um diesen Prozeß nachzeichnen zu können, gehen sie von einer Typologie unterschiedlicher Bauweisen aus, die sie „provisorische Bauweise", „begrenzt dauerhafte Bauweise" und „dauerhafte Bauweise" nennen. Der Konsolidierungsprozeß wird zunächst für die Wohngebiete allgemein und anschließend idealtypisch für den einzelnen Haushalt dargestellt. Für die meisten Bewohner bedeutet Konsolidierung eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse. Aber die wirklich Einkommensschwachen bleiben auf der Strecke: Ein Drittel der Bewohner von Hütten aus nicht dauerhaften Baumaterialien ist von Verdrängung bedroht.

Die Darstellung des idealtpyischen Konsolidierungsprozesses ist sehr anschaulich mit Fotos und Architekturskizzen illustriert; allerdings suggeriert der Abschnitt zu sehr die Vorstellung, als gebe es nur einen möglichen Stufenprozeß von Konsolidierung (an dessen Ende das Betonskeletthaus steht).

Das ist überhaupt eine Schwäche der Arbeit: in der Wahl der sozialwissenschaftlichen Methoden ist sie nicht sehr phantasiereich. Die Autoren sprechen von „teilnehmender Beobachtung" da, wo sie sich auf einfache Beobachtungen stützen. Ansonsten sind quantitativ ausgewertete Befragungen die hauptsächliche Datenbasis. Dabei hätten sich gerade zur Darstellung des Konsolidierungsprozesses qualitative Familienprofile angeboten.

Da das Hauptinteresse der Autoren den Baumaterialien gilt, schließt an die empirische Analyse des Konsolidierungsprozesses eine Untersuchung der Baumaterialbeschaffung. Detailliert werden die Produktions- und Distributionsprozesse für verschiedene Baumaterialien dargestellt.

Hier setzen auch die abschließenden Empfehlungen der Arbeit an: Bei allen untersuchten Bautypen machen die Baumaterialien den wesentlichen Anteil an den Baukosten aus. Dreh- und Angelpunkt für künftige Konsolidierungsprozesse, sagen die Autoren, könnte deshalb die gemeinschaftliche Baumaterialbeschaffung werden.

Einhard Schmidt

„Nicht genug für alle," Hunger und Verschwendung — USA, Philippinen und wir

Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung, Freiburg 1987, 40 S., DM 4,50.

Die Diskussion um den Hunger in der Welt entzündet sich immer wieder an den regelmäßig erscheinenden Meldungen und Berichten in den Medien. In gleichen zyklischen Abständen fallen auch die Schlagworte Bevölkerungsexplosion, Naturkatastrophe, hiesiger Überfluß und Unfähigkeit zur Selbstversorgung dort als Ursachen des Welthungers. Publikationen, die solche Behauptungen kritisieren bzw. widerlegen, mehren sich zwar, dennoch bleiben deren Argumente weiterhin unbeachtet.Dem »Institute for Food and Development« in San Francisco kommt in



Bezug:
Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung (GEB)
Postfach 5222, 7800 Freiburg

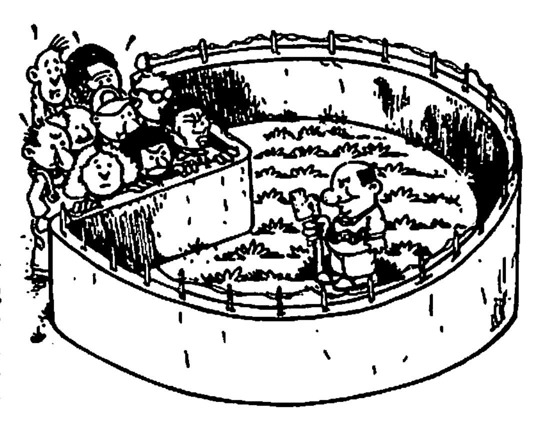
der Entlarvung des „Mythos des Hungers" (so der deutschsprachige Titel der Studie von J. Collins und F.M. Lappe, den Leitern des Instituts) eine Schlüsselrolle zu. Mit ihrer 1977 in den USA erschienenen Untersuchung kamen sie zu dem Schluß, daß niemand hungern müßte, wenn nicht politische und gesellschaftliche Kräfte ein gegenläufiges Interesse hätten.

Wie nun der hier zu erwartende »Teufelskreislauf«, der Unter- bzw. Fehlernährung großer Teile der Bevölkerung der »Dritten Welt« hervorbringt, aussieht, wird in knapper Form in dem Comic „Nicht genug für alle?", der vom oben erwähnten Institut verfaßt wurde, dargestellt. In diesem Sachcomic geht das amerikanische Mädchen Anne aufgrund einer Fernsehmeldung den Ursachen des Hungers nach. Am Beispiel der Philippinen entdeckt sie, daß die Unterernährung weniger an der nichtentwickelten Wirtschaft der Philippinen liegt, geschweige denn an einer von einigen Wissenschaftlern proklamierten weltweiten Nahrungsmittelknappheit. Vielmehr liegen die Ursachen bei den dortigen Großgrundbesitzern, die den kleinen Pächtern bis zu zwei Drittel der Ernteerträge abzwingen, und den weltweit tätigen Agrokonzernen, die teils selbst als Plantagenbesitzer, teils als Handelsunternehmen oder Saatgut- und Pestizidlieferanten agieren entsprechend der Maxime: billig einkaufen und teuer verkaufen.

Der Herausgeber der deutschen Ausgabe, die Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung, fügt dem Comic zur Erläuterung noch einen Beitrag hinzu. Hier werden die Zusammenhänge zwischen den Agrarüberschüssen der Europäischen Gemeinschaft und dem Hunger in der »3. Welt« skizziert, sowie ein Abriß der historischen Entwicklung und der gesellschaftspolitischen Situation auf den Philippinen geliefert. Desweiteren wird noch auf die Alternativen für den Konsumenten im Alltag eingegangen, der, aus dem richtigen Bewußtsein heraus, eher auf Wochen- oder Demetermärkten, über Bioläden oder Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften sich versorgen sollte, als aus den großen Supermärkten.Nun, solche konkreten Hinweise machen sich immer gut, wenn sie sich auch nicht für jedermann/-frau als Alternative anbieten.

Die Broschüre ist eindeutig für die jüngere Generation konzipiert. Es handelt sich nicht um eine umfassende, hieb- und stichfeste Analyse des Problems, die einen Kritiker überzeugen könnte. Die Stärke des Heftes liegt darin, daß kurz und prägnant die Zusammenhänge an Beispielen deutlich gemacht werden. Für die Behandlung des Themas im Schulunterricht und in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen ist die Broschüre sicherlich hilfreich.

u.j.



Kurz belichtet

Jakartas Wasser macht krank

In einer indonesischen Vergleichsstudie wird erstmals der Zusammenhang zwischen Flußverschmutzung und steigender Zahl an Vergiftungskrankheituen im Gebiet um Jakarta untersucht. Die Autorin, Frau Meizar, die ihre Ergebnisse anläßlich eines Seminars über Wasserverschmutzung vortrug[1], setzt sich darin mit den offiziellen Untersuchungen zu diesem Problem auseinander:

So wird bei der Frage nach der Ernährungsweise üblicherweise von Voraussetzungen ausgegangen, die für den Großteil der Bevölkerung nicht gegeben sind. Man begnügt sich damit, Grenzwerte festzulegen, die an Vorgaben aus den westlichen Ländern orientiert sind und verplant die Verseuchung in Form von Verordnungen, denen jegliche ökologische Gesamtsicht fehlt.

Dieser Politik der Desinformation versucht die Ärztin, gestützt auf eigenes statistisches Material sowie Meßergebnisse von Flußproben, das ganze bisherige Ausmaß an Erkrankungen entgegenzusetzen, die von der Vergiftung durch Schwermetalle herrühren. Sie beschreibt eingehend Art und Verlauf der Vergiftungserscheinungen und malt damit gleichzeitig ein erschütterndes und düsteres Bild für die Zukunft der Anwohner, falls sich die Praktiken der Industrie und das Umweltbewußtsein der Verantwortlichen nicht ändern werden. Die beschriebenen Krankheitssymptome reichen von Koordinationsstörungen, Lähmungen, Krämpfen, epileptischen Anfällen, Mißbildungen und Verformungen bei Säuglingen bis zum sogenannten ‚Human Vegetable', also dem reinen Vegetieren. Sind sie erst einmal aufgetreten, kommt jede Hilfe zu spät.

Die beobachteten Krankheitsfälle bilden nur die Spitze eines Eisbergs, da die schleichende Vergiftung sich erst spät in diesen Symptomen äußert. So muß davon ausgegangen werden, daß alle Bewohner Jakartas schon heute mehr oder minder stark von der Verseuchung betroffen sind, da sie sich vorwiegend von Fisch ernähren und die städtischen Wasserwerke (PAM) das Wasser aus den Flüssen bezieht. Japan, das von der Autorin zum Vergleich herangezogen wird, ist gleichzeitig warnendes Beispiel: selbst von der Minamata[2]-Krankheit betroffen, reagierte es mit Verbraucherinformationen, schrieb verhältnismäßig niedrige Grenzwerte vor und fand die Opfer mit hohen Summen ab. Andererseits darf die verantwortliche Fabrik auch heute noch ihren Abfall in den Fluß leiten.

Und so wird es auch in Indonesien zu spät sein, wenn die Katastrophe erst einmal da ist. Meizar bezweifelt, daß man in Indonesien dazugelernt hat: „Diese Angelegenheit wird ein Verbrechen sein, ... nichts von dem sie nichts wußten."

Ihrer Meinung nach kann es auch nicht darum gehen, weiterhin alle Verschmutzungsquellen getrennt voneinander zu analysieren und nur niedrigere Werte zuzulassen. Sie kommt zu dem Schluß: „Der (vertretbare — die Red.) Grenzwert ist gleich null."

Sie ruft dazu auf, „alle Arten der Umweltverschmutzung zu stoppen und zu bekämpfen."

ft

Anmerkungen:

1. Thema: „Das Wasserproblem bei der Industrialisierung", veranstaltet von SKREEP, 7.-8. 8. 1985 in Jakarta
2. eine Art Paralyse-Krankheit infolge Quecksilbervergiftung



180 Konten wg. Südafrika gekündigt

„Wir wollen mit unseren Spareinlagen keinen Rassismus finanzieren", forderte in Aachen ein Zug von Demonstranten, der von Bank zu Bank zog, um im Rahmen bundesweiter Aktionen aus Protest gegen die Unterstützung Südafrikas ihre Konten aufzulösen.

In einer 1. Phase der Kündigungskampagne hatten Bankkunden, die mit ihren Einlagen keinen Rassismus stützen wollten, bei "ihrer" Bank angefragt, in welchem Umfang die Bank an Kredit-, Anleihen- und Goldgeschäften mit dem rassistischen Regime in Südafrika beteiligt ist. In der 2. Phase kam es nun aufgrund dieser Unterstützung bei allen Aachener Banken — bis auf Pax-Bank und BfG- zu Kontokündigungen. Im Rahmen dieser Aktion wurden bislang alleine in Aachen über 180 Konten gekündigt. Damit kommt Aachen selbst an die Kündigungszahlen deutscher Großstädte wie München, Köln und Berlin heran.

Um 15 Uhr sammelten sich etwa 100 Menschen am Theaterplatz vor der Dresdener Bank, um in einem Zug von Bank zu Bank die Kontokündigungen und weitere Anfragen an die Filialleiter der Aachener Banken und Sparkassen zu übergeben. Auf Plakaten, Transparenten und Flugblättern wurde über das Engagement deutscher Banken in Südafrika aufgeklärt, die nach den Rückzügen vieler US-amerikanischer und skandinavischer Banken zu den letzten Geldgebern des Apartheidsregimes gehören. Die Rückzüge der amerikanischen Banken wird mit dem zunehmenden öffentlichen Druck, der seit 13

Frauen in Indien

— Studie zur gesellschaftlichen Entwicklung im Spannungsfeld zwischen Tradition und der Einflußnahme der Industrienationen

Das ist der Titel einer Diplomarbeit und Fotoausstellung im Fach Sozialpädagogik. Die Verfasserinnen, Sabine Große und Annette Schenk, hatten sich aufgrund ihres sechsmonatigen Praktikums in Indien (Hazaribagh/Bihar) und dem Erleben von Gegensätzen und Widersprüchen, die ihnen in diesem Land begegnet sind, dazu entschlossen, "Frauen in Indien" zu ihrem Thema zu machen.

„Für uns ist es dabei wichtig, die Zusammenhänge zwischen der sogenannten "Ersten Welt" und der "Dritten Welt" deutlich werden zu lassen:

— Unser Reichtum hier bedingt die Armut der Menschen in der "Dritten Welt".

— Es besteht eine Verbindung zwischen der Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen hier und der Frauen in der "Dritten Welt"

Die Ausstellung besteht aus 33 großen Plakaten (70 x 100 cm). In der Ausstellung werden die wichtigsten Aussagen und Probleme dargestellt, wobei jedem theoretischen Teil ein Ausstellungsteil zugeordnet ist. Durch Texte, Zitate, Gedichte, Fotos und Schaubilder wird dem Betrachter die Problematik von Frauen in Indien deutlich gemacht.

Wichtige Themenbereiche sind: *Die Stellung der Frau in der Familie und Gesellschaft auf dem Hintergrund von Religion und Tradition. Frauen und Arbeit. Frauen und Entwicklungshilfe — Fortschritt für wen? Frauen wehren sich gegen die Unterdrückung und Ausbeutung.*

Die Ausstellung kann gegen einen Unkostenbeitrag entliehen werden.

Bezug des Ausstellungskataloges gegen 25 DM zuzügl. Porto bei: Annette Schenk, J2, 15a, 6800 Mannheim 1.

Jahren eben auch von derartigen Kontokündigungskampagnen ausgeht, begründet.
Vor dem Demonstrationszug ging ein farbiger Südafrikaner, der in einem blutgefleckten Gewand symbolisch die Unterdrückung in Südafrika darstellte. Es folgten vier, mit den Emblemen deutscher Banken und Sparkassen ausgestatteten Ärzte, die mit Infusionsflaschen die südafrikanische Arpartheid am Leben halten. Diese thront, von den Ärzten gestützt auf einer Trage, während der schwarze Südafrikaner dem Weißen lediglich als Unterlage dient.
Eine andere Gruppe entrollte vor den Banken Fotos von Schwarzen, um auf die zunehmende Unterdrückung und auf die Festnahme von tausenden Kindern in Südafrika aufmerksam zu machen. „Als Kunde dieser Bank trete ich die Rechte dieser Menschen mit Füßen", stand auf einem riesigen Menschenteppich zwischen den Fotos der Farbigen.
Farbige und Weiße sangen gemeinsam Lieder aus Südafrika und der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung gegen Rassismus und Diskriminierung.
Auch die Übergabe der zentral gesammelten Kontokündigungen und den neuen, inzwischen über 850 Anfragen wurde gemeinsam, jeweils von einem Kunden der Bank und einem farbigen Südafrikaner vorgenommen.
Die Reaktionen in den einzelnen Banken waren unterschiedlich. Die kritischen Bankkunden appellierten an "ihre" Banken, die verzweifelten Forderungen der betroffenen Farbigen in Südafrika ernst zu nehmen und der Apartheidregierung keine neuen Gelder zur Verfügung zu stellen. Einzelne Banken rechtfertigten ihr Engagement und verneinten die Möglichkeit über wirtschaftliche Beschränkungen politischen Druck zu erzeugen. Während die Kontokündiger Boykott als eines der letzten friedlichen Mittel sehen, die südafrikanische Regierung zur Aufgabe der Apartheid zu bewegen und ein Blutbad zu vermeiden, wurde von den Banken betont, daß ihr Handeln sich nicht an politischen Aspekten orientieren könne. Andere Banken und Sparkassen wiederum bestritten, daß mit ihren Geldern die Apartheidregierung gestützt würde. Dem wurde von den Kontokündigern Daten aus den Geschäftsberichten der einzelnen Kreditinstitute gegenübergehalten.
Lediglich bei der Pax-Bank und der BfG zeigte die Aktion Wirkung und Entgegenkommen. Diese haben z.B. den Verkauf des Krügerrands eingestellt.Mit anderen Banken und Sparkassen konnten lediglich Gesprächstermine im kleinen Rahmen vereinbart werden.
Die Veranstalter betonen, daß erst bei konstanten und über Jahre fortgeführten Kündigungskampagnen ernsthafte Konzessionen der Banken und Sparkassen zu erwarten sind. Dies zeigen Erfahrungen, die in anderen Ländern mit dieser Aktionsform gemacht wurden. Deshalb wurde zum Abschluß der Demo an alle Bankkunden appelliert, sich an der nächsten Anfrageaktion (Herbst 87) zu beteiligen und mit Bankeinlagen keinen Rassismus zu finanzieren. "Letztlich hat jeder Einzelne eine Verantwortung und gerade wir als Deutsche haben aufgrund unserer eigenen rassistischen Vergangenheit eine historische Erblast, die es uns verbieten sollte, Rassismus zu stützen", hieß es zum Schluß der Veranstaltung.
Kontakt: über den 3. Welt-Laden
Tel.: (02 41) 87 33 91 (abends)



Strahlende Exporte

Zusammen mit der Katastrophe in Tschernobyl ist auch die Frage nach den Exporten verstrahlter Nahrungsmittel in den letzten Monaten aus dem allgemeinen Bewußtsein verschwunden.

Dennoch gibt es einige kleinere Gruppen, die sich mit dem Thema befassen, um die immer noch laufenden Geschäfte mit verseuchten Produkten und die Taktik der Grenzwerte, die je nach Bedarf verändert werden, anzuprangern.

Dazu gehört die Dritte-Welt-Gruppe Dortmund, die in ständigem Kontakt mit einer brasilianischen Gemeinde steht. Ihr geht es nicht nur darum, den Zusammenhang zwischen den Exporten und der Rolle der Dritten Welt als Absatzmarkt für europäischen ‚Müll' herzustellen („Abfall bei uns — Nahrung für die 3. Welt?"), sondern sie will auch auf die Produzenten der Verseuchung zurückverweisen: In Bälde soll das sogen. „HTR-Modul", eine Variante des Hochtemperaturreaktors (THTR-300) aus Hamm-Uentrop in Serie hergestellt und in etwa 25 ‚Entwicklungsländer' exportiert werden. Die Gruppe fordert dazu auf, die Ursachen in unserem Land zu suchen und auch hier zu bekämpfen: „Unser Widerstand kann nur effektiv sein, wenn 3. Welt, Anti-AKW- und Verbraucherschutz-Gruppen zusammenarbeiten, bei uns und weltweit! Ein Netz von unabhängigen Meßstellen und ein Informationssystem, das international wirksam ist, muß aufgebaut werden."

Erste Schritte in diese Richtung sind gemacht: Neben mehreren anderen will die Münsteraner „Gesellschaft für Strahlenmeßtechnik" ihre Dienste als unabhängige Meßstelle für die 3. Welt-Länder anbieten, um den Informationen, die immernoch meist ungenau sind, eine objektive Basis zu geben. ft

Den Golfkrieg beenden

Aufruf



Irakische Front, Chorramschahr

Der irakisch-iranische, der »Golf«-Krieg verwüstet nun schon sieben Jahre ganze Landstriche, vernichtet ganze Volksgruppen. Niemand kann mehr die Toten auf beiden Seiten zählen; Schätzungen reichen bis zu anderthalb Millionen. Armeen von Kindern, Frauen, Greisen werden für den Krieg mobilisiert. Hunderttausende Menschen zwischen den Fronten sind auf der Flucht, weitere Hunderttausende werden systematisch vertrieben. Besonders die Angehörigen nationaler und religiöser Minderheiten sind hiervon betroffen.

Die Fronten des Krieges sind seit Jahren nahezu statisch. Ganze Divisionen werden wie vor Verdun in den Grabenkriegen des Ersten Weltkriegs um weniger Quadratkilometer Geländegewinn willens in den Tod getrieben.

Waffenlieferungen nahezu aller Industriestaaten bestimmen die Länge und Intensität dieses Krieges.

Auch wir sind beteiligt. Die Bundesrepublik ist der viertgrößte Waffen- und Ausrüstungslieferant für den Iran und den Irak. Darüberhinaus werden an bayrischen zivilen und Bundeswehrhochschulen irakische Mitlitärangehörige ausgebildet. Deutsche Waffenhändler verdienen mit oder ohne Staatsauftrag an der Fortsetzung des Krieges. — Die bundeseigene Firma Fritz Werner gehört zu den wichtigsten Lieferanten von Geschützen und Geschossen in diesem Krieg; die Firma Kolb liefert die Ausrüstung, die die Senfgas- und Tabunproduktion für Iraks Giftkrieg ermöglichte, Heckler und Koch die Anlagen für die Produktion der iranischen G3-Gewehre; Daimler-Benz liefert nun direkt oder über seine Töchter MTU, AEG, Dornier die gesamte Palette der im Krieg benötigten Güter: Militärfahrzeuge, Turbinen, Panzergetriebe, Flugzeuge, Amphibienfahrzeuge, Triebwerke, Torpedos, Minen, Nachtsichtgeräte, Feuerleitsysteme, Spitzenelektronik, Raketenteile, ins Kriegsgebiet.

Die Bundeswehr schließlich beteiligt sich mit 1000 Soldaten neben den weiteren 4000 Soldaten der Schnellen Eingreiftruppe der NATO (AMF) und den türkischen Streitkräften im Juni am Manöver »Aurora-Express '87« und den türkischen Kurdistan in unmittelbarer Nähe der heißen Nordfront zwischen Iran und Irak (»Bundeswehr aktuell«, 27.4.1987); die am Manöver beteiligten türkischen Truppen und Luftlandeeinheiten haben bereits dreimal, zuletzt im März dieses Jahres, im benachbarten irakischen Kurdistan militärisch eingegriffen. Zentrale Kommandostelle des Manövers in Kurdistan ist Heidelberg. — Die Bundeswehr begibt sich somit in eine äußerst heikle Lage, denn die türkische Presse hat inzwischen mehrfach von Drohungen türkischer Politiker berichtet, bei einem weiteren iranischen militärischen Erfolg im Irak das irakische Kurdistan zu besetzen.

Es ist unübersehbar geworden — wir sind nicht mehr nur stille Nutznießer, sondern zunehmend auch potentieller Akteur auf der Bühne des Krieges.

Aber auch: Weitgehend unbeachtet neben dem spektakulären erklärten Krieg finden eine Reihe ungeklärter und verschwiegener Kriege und völkermordartiger Verbrechen der drei Staaten Irak, Iran und Türkei statt: gegen die Kurden (Opfer und Instrumente dieses Krieges zugleich), gegen eigenständige Volksgruppen und religiöse Minderheiten — Assyrer, Armenier, Yezidin, gegen die Baha'li gegen die Mandäer, die in diesem Krieg vollends unterzugehen drohen, gegen sunnitische Volksgruppen im Iran und gegen Schiiten im Irak.

Zusammen mit Vertretern der betroffenen Volksgruppen und ihrer Selbsthilfeorganisationen fordern wir deshalb:

- **Das Geschäft mit dem Tod, Vertreibung und völkermordartige Verbrechen muß bedingungslos und ohne Verzug beendet werden;**
- **unsere Mitverantwortung muß benannt werden;**
- **den Helfershelfern und Nutznießern dieses Mordens, Waffenhändlern und -produzenten, den Hochschulen, die Soldaten für diesen Krieg ausbilden, muß entgegengetreten werden;**
- **Die vermeintliche Sicherung von Arbeitsplätzen darf nicht als Argument für die Teilhabe an den Kriegsverbrechen herhalten.**

Dieser Krieg geht uns alle an. Jeder Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie der Bundesrepublik kostet unzähligen Kindern, Frauen, Soldaten das Leben; jede Rüstungsfirma, jeder Waffenhändler bedroht die Existenz von Volksgruppen und Völkern, jede Hochschule, die Militärs der kriegsführenden Parteien ausbildet, macht sich mitschuldig; jeder Politiker, der Rüstungsexporte duldet oder fördert, ist Nutznießer des Krieges; jedes Gericht, das Kriegsflucht oder Vertreibung als »nicht asylrelevant«verwirft, billigt die tödliche Logik, die den Irak und Iran in immer neue Schlachten treibt.

Wir wollen dies nicht hinnehmen,sondern zur Beendigung des Krieges und zur Linderung seiner Folgen beitragen,

- **indem wir die Flüchtlinge und Vertriebenen aufnehmen;**
- **indem wir uns für die Pflege und Rehabilitation der Kriegsopfer einsetzen;**
- **indem wir über das Schicksal der Völker zwischen den Fronten aufklären;**
- **indem wir die bundesdeutsche Mitverantwortung beim Namen nennen.**

Gesellschaft für bedrohte Völker
Kampagne gegen den Golfkrieg

PS: Für viele bundesweit gestreuten Aktionen ab dem 30.Juni benötigen wir die Mithilfe vieler Einzelner und vieler Gruppen, Gemeinden, Freundeskreise, Jugendgruppen — in allen Teilen der Bundesrepublik. Wer mitmachen möchte, möge sich bei uns melden.

GfbV, Groner Str. 40, 3400 Göttingen, Tel.: 05 51 / 5 58 22

Neuerscheinungen

Afghanistan, Afghanistan Gruppe/Aktionszentrum Dritte Welt, Hamburg, Gilbertstr. 22, 2000 Hamburg 50 (Hrg), Hamburg 1987

Religion und Politik bei den schi'itischen Hazâra in Afghanistan, Iran und Pakistan, Rolf Bindemann, Ethnizität und Gesellschaft, Occasional Papers Nr. 7, Verlag Das Arabische Buch, Berlin 1987

Handbuch zur Rüstungskontrolle, Heinz Gärtner, Positionen ausgewählter Länder, Österreichisches Institut für internationale Politik, Wilhelm Braunmüller/Universitätsbuchhandlung, Wien 1987

Studentenunruhen in der Türkei, Informationsstelle Türkei (Hrg), Bezug ebd., Sophienallee 20, 2000 Hamburg 20

Soziale Wirkungen von Projekten in der Dritten Welt, Detlev Schwefel (Hrg), Nomos Express, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1987

Labour, Employment and Unemployment, R.H. Green (Ed.), An Ecumencial Reappraisal, World Council Of Churches, Geneva 1987

Aufrüstung, Krieg und Elend in der Dritten Welt, Colloquium Dritte Welt, Uni Osnabrück, Osnabrükker 3. Welt Schriften, Heft 1, Osnabrück 1987

Diaspora und Nischenökonomie der Halab innerhalb der komplexen Gesellschaft des Nil-Sudan, Bernhard Streck, FU Berlin, Occasional Papers Nr. 9, Verlag Das Arabische Buch, Berlin 1987

Das zentrale Hochland von Afghanistan, Ismael Langarzad, Rolf Bindemann, Topographische Übersichtskarte, Ethnizität und Gesellschaft, Occasional Papers Nr. 8, FU Berlin, Verlag Das Arabische Buch, Berlin 1987

Frauen in El Salvador, Frauengruppe El Salvador, Tübingen/Bochum (Hrg), Frauen im Kampf gegen Krieg und Repression, Broschüre, Bezug ESG, Querenburger Höhe 289, 4630 Bochum 1

Die Verfassung der Diktatur, Isidoro Bustos, Die Entwicklung der Grundrechte in Chile, FDCL, Berlin 1987, FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Honduras, Wolfgang Dietrich, Heidelberger Dritte Welt Studien 22, Heidelberg 1987

Felder ohne Früchte, Wieland Simon, Ökologie am Beispiel Tansania, dtv-Sachbuch 10709, München 1987

Geld für die Welt, Siegfried Pater (Hrg), Bundesdeutsche Banken und Dritte Welt, medico-international-Buch, Lamuv-Taschenbuch 50, Gießen 1987

Zwei Hunde und Freiheit, Südafrikanische Kinder aus dem Ghetto erzählen, isp-Verlag, Frankfurt 1987

Versöhnungsinitiativen in Israel, Pax Christi (Hrg), Schriftenreihe ‚Probleme des Friedens' 2/87

Hunger nach dem großen Leben, Doris Lessing, Erzählung, Diogenes-Verlag, Zürich 1976

Télumée, Simone Schwarz-Bart, Frauenroman aus Guadeloupe, Peter Hammer Verlag, 1987

Zeitschriftenschau

Lateinamerika Nachrichten 159, Mai 1986
Argentinien: Erste Zusammenfassung der Ereignisse um die Offiziersmeuterei; Alfonsin präsentiert peronistischen Gewerkschafter als neuen Arbeitsminister / Brasilien: Agrarreform — kein Land in Sicht; Alte Indianerpolitik der ‚neuen' Republik / Chile: Binanz nach dem Hurrikan Wojtila; ‚La Epoca' — eine neue Stimme der Opposition / El Salvador: Autonome Wiederansiedlungsprojekte von Flüchtlingen / Guatemala: Vinicio Verezos ‚aktive Neutralität' u.v.m.
Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Brasilien Nachrichten 92, Mai 1987
Schwerpunkt: Landkonflikte in Brasilien
Es gibt keine positiven Schritte auf dem Weg zu einer Agrarreform, vielmehr herrscht auf dem Land Krieg. Außer einem umfangreichen Bericht aus dem Gebiet des Bico do Papagaio enthält das Heft ein Interview mit einem Rechtsanwalt der CPT und ein Interview mit Bischof Plünder. Es wird berichtet von einem Bewässerungsprojekt im Nordosten und der Gründung eines Tribunals für Verbrechen im Zusammenhang mit Großgrundbesitz. Weiterhin: Artikel zum Staudamm von Balbina, zum Zinsmoratorium und zur Constituinte.
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Peripherie
Entwicklungspolitik gewendet — Michaela von Freyhold: Das Rätsel Entwicklungspolitik — Eine Bestandsaufnahme / Simonis / Ludwig: Die neue Südpolitik der Bundesrepublik / Tilman Schiel: ‚Entbürokratisierung' der Entwicklungshilfe? Über die Grenzen von Nichtregierungsorganisationen und die Illusion staatsferner Entwicklungshilfen / Michaela von Freyhold: Gibt es eine Grüne Entwicklungspolitik — kann es sie geben? / Lars Rudebeck: Strategien der Entwicklungspolitik im Wandel: der Fall Schweden im Vergleich mit anderen skandinavischen Ländern / Christa Wichterich: Paradigmenwechsel: von der ‚Integration in die Entwicklung' zur ‚Feminisierung der Entwicklung' / DAWN: Morgenrot für die Feminisierung der Entwicklung? / Silke May-Landgrebe: Touristische Entwicklungsstrategien — Wege aus der Armut?
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

epd-Entwicklungspolitik 9/87
Schwerpunkt: Bewahrung und Zerstörung — Die Kluft zwischen arm und reich auf internationaler Ebene ist eine wichtige Ursache der Umweltkrise in der Dritten Welt. Das Heft untersucht ethische und theologische Muster in der westlichen Kultur, die die zerstörerische Entwicklung verursachen.
Einzelbeiträge: Verschuldungskrise zwingt zu Ausgabeneinsparung auf Kosten des sozialen Friedens, der Gerechtigkeit und der Umwelt. Männer entscheiden über Entwicklungsprojekte, deren Folgen die Frauen zu tragen haben. Meeresverschmutzung in Peru. Ökologisches Wirtschaften in Mexiko. Pharmaindustrie und heimische Gesundheitsvorsorge. Stellungnahme zum Streit um die Kontokündigung des Evangelischen Kirchentages bei der Deutschen Bank.
Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt/Main 1, DM 3,50

Informationsdienst Südliches Afrika 2/87
Schwerpunkt: Verschuldung — Immer mehr Länder Afrikas sind gezwungen, sich den Bedingungen von IWF und Weltbank zu unterwerfen. Es drängt sich daher die Frage auf, ob Afrika vor einem neuerlichen Kolonisierungsprozeß steht. Der Informationsdienst untersucht vor allem Beispielländer des Südlichen Afrika. Ein Aufsatz widmet sich der Verschuldungskrise Tansanias, welche ein Ende des sozialistischen Transformationsprozesses bedeutet, ein weiterer der Situation in Zimbabwe, das eine geschickte Politik des Krisenmanagements betreibt. Im Gegensatz dazu erfährt Südarfika bei den neuesten Umschuldungsverhandlungen eine Sonderstellung durch die westlichen Geldgeber. Außerdem: Beiträge zum Kirchentag, zu Kriegsdienstverweigerern in Südafrika u.a.m.
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, DM 5,-

Forum 116, Mai 1986
Schwerpunkt: EG-Agrarpolitik und Dritte Welt, mit einer Bestandsaufnahme der bisherigen Arbeit der BUKO-Agro-Kampagne. Weiterhin: Südkorea — Analyse des Modells Korea / Die Methoden der Firma Adler / Kirchentag gegen Apartheid, KA-Protokoll / Serviceteil.
Bezug: Forum, c/o ISW, Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster, Preis DM 3,-

ila-info 105, Mai 1987
Schwerpunktthema Wege aus der Verschuldung — die Beiträge beschäftigen sich im einzelnen mit lateinamerikanischen Positionen zur Verschuldung, der erfolgreichen ‚Teile und Herrsche'-Strategie der Gläubiger sowie der bisherigen peruanischen Politik gegenüber den internationalen Finanzorganisationen.
Weitere Beiträge zu Überlebensstrategien in den Elendsvierteln Managuas, zu lateinamerikanischen Emigranten in den USA, ein Interview mit dem brasilianischen Bischof Dom Jose Rodriguez und ein Gespräch zu den Perspektiven der Frauenbewegung in Mexiko. Der Kulturteil enthält Beiträge zum Raub lateinamerikanischer Kulturschätze und deren Repräsentation in der BRD.
Bezug: Informationsstelle Lateinamerika, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1, DM 3,50

Tagungshinweise

Der IWF, die Weltbank und die Verschuldungskrise Afrikas, vom 25.-27. 9. 87 in Bremen. Info und Anmeldung bei: Informationszentrum Arfika (IZA) c/o Dirk Hansohm, Inselstr. 57, 28 Bremen.

Seminare der Fritz-Erler-Akademie:
USA und Europa im Süd-Nord-Konflikt, vom 31. 8. - 2. 9. 87
Medien in der Dritten Welt, vom 2.-4. 9. 87
Die Seminare finden statt in der Heimvolkshochschule der Fritz-Erler-Akademie, Am Zollernblick 1, 7290 Freudenstadt. Anmeldung: dort, Tel. 0 74 41 / 21 88 (Frau Haas).

Gruppenreise nach Israel, 11. 7.-24. 7. 87
Planung und Durchführung der Fahrt geschieht in Zusammenarbeit mit der „Arab Students Organisation of Acco". Umfangreiches Besuchs- und Begegnungsprogramm in Israel und in den besetzten Gebieten. Kosten der Fahrt: 1.200 DM (Flug und Aufenthalt). Anmeldung und Information: Oekomenisches Begegnungszentrum, Weinberg 10, 3062 Bückeburg, Tel.: 0 57 22 / 2 50 47.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg